



76. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses
Gremium: Hauptausschuss
Sitzungstermin: Mittwoch, 12.09.2012, 17:00 Uhr
Ort, Raum: R. 280 a, Stadthaus

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 29. August 2012**

- 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
 - 3.1 Information zu den Ergebnissen der Gespräche zwischen KIS und Archiv e.V. bezüglich der Umsetzbarkeit der Eigentumsübertragung und den Stand der finanziellen Unterstützung durch privat Geldgeber siehe HA 30.5. - TOP 3.3

 - 3.1.1 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung - aus HA 30.5.
11/SVV/0825

 - 3.2 Pachtzins für alternative Wohnprojekte Fraktion Die Andere
11/SVV/0874

 - 3.3 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP) Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
12/SVV/0022

3.4	Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen 12/SVV/0023	Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement Austauschblätter vom 25.01.2012
3.5	Offenlegung der Aufhebungsvereinbarungen 12/SVV/0401	Fraktion FDP
3.6	Neue Homepage für Potsdam 12/SVV/0458	Fraktionen FDP, CDU/ANW, Potsdamer Demokraten auch überwiesen an Behindertenbeirat
3.7	Barrierefreie Gestaltung der städtischen Homepage 12/SVV/0493	Fraktion Die Andere auch überwiesen an Behindertenbeirat
3.8	Kein Verkauf von Meldeadressen 12/SVV/0474	Fraktion Die Andere
3.9	Sitzungskalender 2013 12/SVV/0463	Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV
3.10	Pauschale Mietsenkung im städtischen Wohnungsbestand 12/SVV/0470	Fraktion Die Andere
3.11	Anhebung der Ausbildungsvergütung im Klinikum "Ernst von Bergmann" 12/SVV/0479	Fraktion Die Andere
3.12	Wechsel städtischer Bediensteter in die private Wirtschaft 12/SVV/0536	Fraktionen Potsdamer Demokraten und Die Andere
3.13	Kauf von 135 Wohnungen durch die ProPotsdam 12/SVV/0538	Fraktionen Potsdamer Demokraten und DIE LINKE
3.14	'Büro für Bürgerbeteiligung' und 'Beteiligungsrat' der Landeshauptstadt Potsdam 12/SVV/0539	Oberbürgermeister, Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Erledigung

- | | | |
|------|--|---|
| 3.15 | Handlungsauftrag Wagenhausburg
Hermannswerder

12/SVV/0570 | Oberbürgermeister,
Servicebereich Recht und
Grundstücksmanagement |
| 3.16 | Erhalt des Standortes der WagenHausBurg
Hermannswerder
12/SVV/0468 | Fraktion DIE LINKE |
| 4 | Bad | |
| 4.1 | Familien- und Sportbad Brauhausberg

12/SVV/0515 | Oberbürgermeister, FB Bildung
und Sport |
| 4.2 | Städtebaulicher Wettbewerb Brauhausberg
Einordnung des Familien- und Sportbades und
ergänzender innerstädtischer Wohnungsbau
12/SVV/0556 | Oberbürgermeister, FB
Stadtplanung und
Stadterneuerung |
| 5 | Mitteilungen der Verwaltung | |
| 5.1 | Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung

12/SVV/0423 | Oberbürgermeister, FB
Stadtplanung und
Stadterneuerung |
| 5.2 | Statusbericht Regionaler Wachstumskern Potsdam
2012
12/SVV/0471 | |
| 5.3 | Garagenstandortkonzept
bzgl. DS 12/SVV/0292

12/SVV/0542 | Oberbürgermeister, FB
Stadtplanung und
Stadterneuerung |
| 6 | Sonstiges | |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|---|--|--|
| 7 | Feststellung der nicht öffentlichen
Tagesordnung / Entscheidung über
eventuelle Einwendungen gegen die
Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der
Sitzung vom 29. August 2012 | |
|---|--|--|

7.1 Verkauf eines Grundstücks in der Lendelallee Oberbürgermeister,
Servicebereich Recht und
Grundstücksmanagement

12/SVV/0569

8 **Mitteilungen der Verwaltung**

8.1 Bericht über Werbeverträge städtischer
Beteiligungen
gemäß Beschluss 12/SVV/0548

9 **Sonstiges**



Niederschrift

75. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 29.08.2012
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:33 Uhr
Ort, Raum:	R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs Oberbürgermeister

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	
Frau Hannelore Knoblich	SPD	
Herr Mike Schubert	SPD	
Herr Dr. Hagen Wegewitz	SPD	
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis	ab ca. 17:10 Uhr
Herr Arndt Sändig	Die Andere	ab 17:05 Uhr
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten	

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Birgit Morgenroth	SPD
Herr Horst Heinzl	CDU/ANW

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Claus Wartenberg	SPD	entschuldigt
Herr Michael Schröder	CDU/ANW	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB Zentrale Steuerung und Service	Herr Böhme, Herr Neumann, Stadtwerke
Frau Dr. Magdowski, GB Bildung, Kultur, Sport	Frau Trauth-Koschnik, Büro f. Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Müller-Preinesberger, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz	Herr Jetschmanegg, Büro des OBM
Herr Klipp, GB Stadtentwicklung und Bauen	Herr Frerichs, Bereich Wirtschaftsförderung
Frau Wiemann, Rechnungsprüfungsamt	Herr Goetzmann, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
Frau Hartmann, Bereich Beteiligungsmanagement	Herr Kümmel, Büro des Oberbürgermeisters
Schriftführerin: Frau Ziegenbein	
weitere Gäste – siehe Gästeliste	

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
08. August 2012
- 3 Vorstellung des Leiters der Polizeidirektion West, Herrn Meyritz und des Leiters
der Polizeiinspektion, Herrn Toppel
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)
Vorlage: 12/SVV/0022
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
 - 4.2 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den
Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen
Vorlage: 12/SVV/0023
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
Austauschblätter vom 25.01.2012
 - 4.3 Bad
 - 4.3.1 Familien- und Sportbad Brauhausberg
Vorlage: 12/SVV/0515
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport
 - 4.3.2 Städtebaulicher Wettbewerb Brauhausberg
Einordnung des Familien- und Sportbades und ergänzender innerstädtischer
Wohnungsbau
Vorlage: 12/SVV/0556
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
 - 4.3.3 Städtebaulicher Wettbewerb zum Brauhausberg
Vorlage: 11/SVV/0388
Fraktion DIE LINKE
 - 4.3.4 Städtebauliches Konzept für das Vorgelände des Brauhausberges
Vorlage: 11/SVV/0423
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 4.3.5 Konkretisierung Masterplan Brauhausberg
Vorlage: 11/SVV/0434
Fraktion FDP
 - 4.3.6 Rückübertragung der Grundstücke am Brauhausberg
Vorlage: 11/SVV/0665
Fraktionen FDP, BürgerBündnis

- 4.4 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 - 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger'
Platz 1 - Tierheim endlich bauen
Vorlage: 11/SVV/0815
Ausschuss für Finanzen (ff)
- 4.5 Bestärkung des Vorkaufsrechtes zur Erfüllung des Planungszieles "Öffentliche Grünfläche am Groß Glienicker Seeufer"
Vorlage: 12/SVV/0300
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
OBR Groß Glienicke
- 4.6 Korruptionsprävention
Vorlage: 12/SVV/0366
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Bericht über die Umsetzung des Beschlusses zur Gründung einer Stiftung Freier Uferweg Griebnitzsee
gemäß Beschluss: 12/SVV/0016
- 5.2 Nachschau zum Stadtwerkefest
- 5.3 Bericht über den Stand der Zielerreichung der ProPotsdam GmbH
Vorlage: 12/SVV/0460
Oberbürgermeister
- 5.4 Standortbeauftragung Medienstadt Potsdam-Babelsberg
Vorlage: 12/SVV/0558
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung
- 6 Sonstiges

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08. August 2012

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw.

stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.
Bezüglich der öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Zurückzustellen sind:

- Tagesordnungspunkt 3, Vorstellung des Leiters der Polizeidirektion West, Herrn Meyritz und des Leiters der Polizeiinspektion, Herrn Toppel, da letztgenannter erkrankt ist. Als neuer Termin sei die Sitzung des Hauptausschusses am 26.09.2012 verabredet worden.

Von der Tagesordnung zu streichen sind:

- Tagesordnungspunkt 4.3.6 - Rückübertragung der Grundstücke am Brauhausberg, DS 11/SVV/0665 – da diese bereits in den Ausschüssen für Finanzen und für Stadtentwicklung und Bauen **zurückgezogen** worden seien,
- Tagesordnungspunkt 4.4 - Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 - 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' Platz 1 - Tierheim endlich bauen, DS 11/SVV/0815, weil die Stadtverordnetenversammlung diese in der Sitzung am 22.08.2012 abgelehnt hat,
- Tagesordnungspunkt 4.5 - Bestärkung des Vorkaufsrechtes zur Erfüllung des Planungszieles "Öffentliche Grünfläche am Groß Glienicker Seeufer", DS 12/SVV/0300, weil hierzu das Votum des Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung fehlt,
- Tagesordnungspunkt 4.6 – Korruptionsprävention, DS 12/SVV/0366, weil die Antragstellerin diese in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung **zurückgezogen** hat.

Herr Dr. Scharfenberg bittet im Weiteren darum, unter dem Punkt „Sonstiges“ etwas zum Thema „Pfortnerampeln“ auszuführen.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift der 74. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 08. August 2012 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 10 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Vorstellung des Leiters der Polizeidirektion West, Herrn Meyritz und des Leiters der Polizeiinspektion, Herrn Toppel

zurückgestellt – bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 26. September 2012

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)

Vorlage: 12/SVV/0022

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Der Oberbürgermeister führt aus, dass die angekündigten Gespräche mit der Kommunalaufsicht am 23. August 2012 stattgefunden haben – ein entsprechender Gesprächsvermerk mit den einvernehmlich getroffenen Feststellungen wird an alle Mitglieder des Hauptausschusses ausgereicht und anschließend von Frau Krusemark erläutert. Anschließend werden die von Herrn Dr. Scharfenberg geäußerten Bedenken bezüglich der Aufsichtsratsbesetzung unter Berücksichtigung aller Fraktionen und der sogenannten Drittelregelung diskutiert. Darauf Bezug nehmend verweist der Oberbürgermeister auf die

seitens der Verwaltung zu überarbeitende Vorlage, die zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses vorgelegt werde.

zu 4.2 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen

Vorlage: 12/SVV/0023

Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
Austauschblätter vom 25.01.2012

zurückgestellt – siehe Tagesordnungspunkt 4.1

zu 4.3 Bad

zu 4.3.1 Familien- und Sportbad Brauhausberg

Vorlage: 12/SVV/0515

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

Der Oberbürgermeister verweist auf die Verständigung im Vorfeld der Stadtverordnetenversammlung, dass diese Vorlage in der Sitzung am 19.09.2012 abschließend beraten werden soll. Anschließend bringt Herr Gessner die Vorlage ein. Herr Dr. Scharfenberg beantragt, die Bezeichnung des Bades der aktuellen Beschlusslage anzupassen, die nämlich von einem „Sport- und Freizeitbad“ ausgehe.

Der Oberbürgermeister übernimmt diesen Änderungsantrag und schlägt vor, das Votum des Ausschusses für Finanzen abzuwarten, so dass die Vorlage bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 12.09.2012 **zurückzustellen** ist. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

**zu 4.3.2 Städtebaulicher Wettbewerb Brauhausberg
Einordnung des Familien- und Sportbades und ergänzender innerstädtischer Wohnungsbau**

Vorlage: 12/SVV/0556

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Goetzmann bringt die Vorlage ein und erläutert an hand visueller Darstellung die Ziele der Planung. Er unterstreicht die Notwendigkeit einer Beschlussfassung am 19. September 2012 – sollte diese nicht erfolgen, gebe es dramatische Auswirkungen auf den Zeitplan und die Inbetriebnahme des Bades. Er verweist darauf, dass mit den Stadtwerken lang und intensiv die Frage diskutiert worden sei, wie man das wettbewerbliche Herangehen strukturiere. Im Ergebnis werden zwei ineinander verschränkte Verfahren vorgeschlagen, die er im Weiteren erläutert.

Herr Dr. Scharfenberg begrüßt in seinen Ausführungen die gewählte Abfolge und fragt, ob die Frage der Bestandsbauten im Wettbewerb eingeschlossen sei. In seiner Antwort verweist Herr Goetzmann auf die Ausführungen auf der Seite 5 der Vorlage, wo ausdrücklich klargestellt werde, dass Lösungsangebote, die den bisherigen baulichen Bestand aufgreifen und immobilienwirtschaftlich realistisch in die weitere Entwicklung einbeziehen, nicht ausgeschlossen seien. Er sehe einen Vorteil darin, dass im Rahmen der Diskussion fundiert über die Ergebnisse gesprochen werden könne, um sie dann abzuwägen und zu bewerten – es gebe kein „Entweder-oder“, sondern alle Varianten seien offen.

Der Oberbürgermeister betont nochmals, dass die Verzahnung der Wettbewerbe besonders wichtig sei und schlägt vor, auch hier das Votum des Fachausschusses – Stadtentwicklung und Bauen – abzuwarten und die Angelegenheit am 12.09.2012 im Hauptausschuss abschließend zu beraten. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

zu 4.3.3 Städtebaulicher Wettbewerb zum Brauhausberg

Vorlage: 11/SVV/0388

Fraktion DIE LINKE

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, ob sich der Antrag mit den DS 12/SVV/0515 (Tagesordnungspunkt 4.3.1) und 12/SVV/0556 (Tagesordnungspunkt 4.3.2) erledigt hätte, entgegnet Herr Dr. Scharfenberg, dass die Vorlage nach Beschlussfassung der beiden genannten Drucksachen zurückgezogen werde.

zu 4.3.4 Städtebauliches Konzept für das Vorgelände des Brauhausberges

Vorlage: 11/SVV/0423

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, ob sich der Antrag mit den DS 12/SVV/0515 (Tagesordnungspunkt 4.3.1) und 12/SVV/0556 (Tagesordnungspunkt 4.3.2) erledigt hätte, entgegnet Herr Schüler, dass die Vorlage nach Beschlussfassung der beiden genannten Drucksachen zurückgezogen werde.

zu 4.3.5 Konkretisierung Masterplan Brauhausberg

Vorlage: 11/SVV/0434

Fraktion FDP

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, ob sich der Antrag mit den DS 12/SVV/0515 (Tagesordnungspunkt 4.3.1) und 12/SVV/0556 (Tagesordnungspunkt 4.3.2) erledigt hätte, entgegnet Herr von der Osten-Sacken, dass die Vorlage nach Beschlussfassung der beiden genannten Drucksachen zurückgezogen werde.

zu 4.3.6 Rückübertragung der Grundstücke am Brauhausberg

Vorlage: 11/SVV/0665

Fraktionen FDP, BürgerBündnis

zurückgezogen

zu 4.4 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 - 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' Platz 1 - Tierheim endlich bauen

Vorlage: 11/SVV/0815

Ausschuss für Finanzen (ff)

Diese Drucksache wurde bereits in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.08.2012 abgelehnt.

**zu 4.5 Bestärkung des Vorkaufsrechtes zur Erfüllung des Planungszieles
"Öffentliche Grünfläche am Groß Glienicker Seeufer"**

Vorlage: 12/SVV/0300

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

OBR Groß Glienicke

zurückgestellt - es fehlt das Votum des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

zu 4.6 Korruptionsprävention

Vorlage: 12/SVV/0366

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP

Diese Drucksache wurde bereits in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.08.2012 zurückgezogen.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 5.1 Bericht über die Umsetzung des Beschlusses zur Gründung einer Stiftung
Freier Uferweg Griebnitzsee
gemäß Beschluss: 12/SVV/0016**

Eingangs erläutert Herr Dr. Klosa an hand visueller Darstellung die Inhalte einer Stiftung, die Voraussetzungen für die Gründung der Stiftung, das Stiftungsvermögen und den Stiftungszweck sowie das Stiftungsgeschäft. Im Weiteren erörtert er die Notwendigkeit der Anerkennung durch das Ministerium des Innern sowie Überlegungen der Verwaltung bezüglich der Stiftung „Freier Uferweg Griebnitzsee“, die im Ergebnis gegen eine Stiftung sprechen, weil die Stadt derzeit nicht über ausreichend Ufergrundstücke verfüge, die als Vermögen in eine Stiftung eingebracht werden könnten. Er unterbreitet den Vorschlag, in einem Jahr den nächsten Bericht zu geben, wenn sich die Rahmenbedingungen verfestigt haben. Als eine Form bürgerschaftlichen Engagements erscheine die Ausweitung von Spenden aussichtsreich und zweckmäßig. Hier bestehe die Möglichkeit einer zweckgerichteten Spende für die Herstellung eines bestimmten Uferweges oder auch für eine bestimmte Maßnahme auf den Uferwegen, so dass Spenden auch offensiv beworben werden sollen. Eine weitere Möglichkeit sehe die Verwaltung in der Einbindung derjenigen Bürger und Initiativen, für die der Uferweg und das Landschaftserleben am Wasser eine große Bedeutung besitzen.

Herr Dr. Scharfenberg führt anschließend aus, dass er nach diesen Ausführungen enttäuscht sei, denn das habe er alles schon einmal gehört. Als die Fraktion DIE LINKE den Vorschlag unterbreitet hat, wurde darauf verwiesen, dass die Finanzierung anstehe, wenn der B-Plan vorliege. Der Beschluss sollte zur Finanzierung beitragen und die Stadt, auch für zu zukünftige Generationen, entlasten – wenn diese das alleine stemmen könne, auch gut. Viele Aktivitäten habe es schon gegeben und seien Gespräche geführt worden, um Spender zu finden – das, was präsentiert wurde, liege weit hinter dem zurück. Er erwarte mehr Anstrengungen der Verwaltung und eine Berichterstattung nicht erst in einem Jahr. Ebenso führt Herr Schüler aus, dass der Bericht wenig befriedigend

sei und spricht sich dafür aus, die Prüfung kontinuierlich zu erweitern. Er halte eine Vielzahl von Ansätzen für machbar, die den Status quo verändern. Er plädiert für eine kontinuierliche Fortschreibung und wolle auch selbst Ideen dazu beitragen.

Herr Dr. Klosa entgegnet, dass es die Frage sei, ob eine Stiftung sinnfälliger ist; diese werde derzeit mit „nein“ beantwortet. Ein Großspender wäre toll, den habe man aber im Moment nicht und der Umfang der Flächen sei erst in einigen Jahren bekannt.

Frau B. Müller plädiert ebenfalls für eine frühere Berichterstattung und fragt, wie die Spenden bisher beworben wurden und zukünftig beworben werden sollen. Frau Dr. Schröter fragt nach, welche Art der Gespräche geführt wurden und wie daran angeschlossen werden könne, um die Mittel zu erhöhen.

Der Oberbürgermeister betont, dass die Diskussion unter der Rahmenbedingung stattgefunden habe, dass der B-Plan gekippt worden sei. Im Ergebnis sei von verschiedenen Seiten Gesprächsbereitschaft signalisiert worden, wenn der neue B-Plan aufgestellt sei. Jetzt seien die Voraussetzungen gegeben, so dass die Stadt auf diese Angebote zurückgreifen werde. Er meine, es sollte statt der Gründung einer Stiftung eine Kampagne gestartet werden, um Geld zu sammeln. Er bittet um Geduld, um alle Dinge in Angriff nehmen und das Vorhaben sukzessive umsetzen zu können.

Frau Dr. Schröter betont, dass es über die Zielstellung im Hauptausschuss Konsens gegeben habe und man sich jetzt nicht an Details „aufhängen“ solle. Herr Dr. Scharfenberg unterstreicht nochmals, dass es darum gehe, entsprechende Vorbereitungen zu treffen, weil der Abwägungsbeschluss im November beschlossen werden könne. Er bestehe nicht auf die Form der Stiftung – es könne auch ein Spendenkonto sein. Letztlich gehe es um die Motivierung der Bürger.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die Stiftungsgründung nicht „begraben“ werden soll; jetzt gehe es um eine intensive Öffentlichkeitsarbeit und Gespräche mit der Bürgerinitiative. Er schlägt vor, über die Aktivitäten im Dezember zu informieren, so dass der Hauptausschuss daran teilhaben und das unterstützen kann.

zu 5.2 Nachschau zum Stadtwerkefest

Herr Böhme präsentiert an hand visueller Darstellung die Angebote, Teilnehmerzahlen und die Resonanz des Stadtwerkefestes. Im Ergebnis stellt er fest, dass alles gut gelaufen sei, es keine Zwischenfälle gegeben habe und das Budget eingehalten wurde. Allerdings seien innerhalb des Budgets mehr Kosten als geplant für organisatorische Aufgaben benötigt worden, so dass für 2013 und 2014 jeweils 50.000 Euro mehr eingeplant werden sollten, um einen Spielraum für sich ändernde Preise zu haben. 2013 sei geplant, das Fest vom 28.06. – 30.06. durchzuführen und 2014 in der Zeit vom 27. – 29.06. oder 04. – 06.07.2014. Hier wolle man einen entsprechenden Vorlauf in der Planung schaffen, um auch Künstler langfristig binden zu können.

Der Oberbürgermeister schließt daran an und betont, dass das Event – auch in der Struktur über 3 Tage – großen Anklang gefunden habe. Er wirbt dafür, dem von Herrn Böhme vorgeschlagenen Betrag von zusätzlich 50.000 Euro zuzustimmen und die Summe mit 850.000 Euro zu deckeln. Herr Schubert bittet, stattfindende sportliche Großereignisse, wie z. B. 2014 die Fußballweltmeisterschaft, in die Planung mit einzubeziehen.

Herr Dr. Scharfenberg spricht sich ebenfalls für den Vorschlag von Herrn Böhme aus und betont, dass es im Vorfeld des Stadtwerkefestes ein hohes Maß an

Transparenz durch die Befragung und entsprechende Vorinformationen gegeben habe.

Gegen die Terminvorschläge und die Finanzierungssumme erhebt sich kein Widerspruch.

Anschließend wird der Verantwortungsbericht der Stadtwerke Potsdam ausgereicht, in dem Strategien und Aussichten sowie die Geschäftsführergehälter dargestellt werden.

zu 5.3 Bericht über den Stand der Zielerreichung der ProPotsdam GmbH

Vorlage: 12/SVV/0460

Oberbürgermeister

Herr Westphal trägt die Ergebnisse der Pro Potsdam in einer Power-Point-Präsentation vor, einschließlich des Leitbildes der Nachhaltigkeit der Ziele und des Jahres „2011 in Zahlen“. Im Weiteren erläutert er den Potsdamer Wohnungsmarkt und die diesbezügliche Rolle der Pro Potsdam. Anschließend beantwortet er die Nachfragen von Herrn Dr. Scharfenberg zu den Auswirkungen des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 22.08.2012, DS 12/SVV/0466 - Festlegungen zu Modernisierungsumlage, Mietsteigerungen und Neuvermietungszuschlägen bei Wohnungen der städtischen ProPotsdam und einer angenommenen Bezuschussung der Stadt Potsdam für den Wohnungsbau sowie von Herrn Sändig, inwieweit 1.000 neu gebaute Wohnungen zu einer Entlastung des Marktes führen, wenn der Bedarf wesentlich höher sei.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.4 Standortbeauftragung Medienstadt Potsdam-Babelsberg

Vorlage: 12/SVV/0558

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

Herr Frerichs erläutert die Standortbeauftragung an hand visueller Darstellung; anschließend stellt Frau Peters das Profil des media.net berlinbrandenburg e. V. und media.connnect.brandenburg vor sowie Frau Wolf als neue Standortbeauftragte ihre Arbeitsfelder.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass dieser Auftragskatalog für ein Jahr verabredet worden sei – verbunden mit einem Rechenschaftsbericht, so dass der Hauptausschuss das mitgestalten und kontrollieren kann. Auf Nachfrage von Frau B. Müller bestätigt er, dass der Aufgabenkatalog dem Hauptausschuss zur Kenntnis vorgelegt wird. Auf eine weitere Bitte von Frau B. Müller sagt er einen Zwischenbericht im März 2013 zu, der mit dem Bericht zur Wirtschaftsförderung gekoppelt werden soll.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6 Sonstiges

Entsprechend der Bitte von Herrn Dr. Scharfenberg informiert Herr Klipp über die umweltabhängige Verkehrssteuerung, die sich grundsätzlich bewährt habe.

Dies habe er auch den beschwerdeführenden Umlandgemeinden versucht zu erläutern und dafür zu werben. Da dieses System erstmalig in Deutschland eingeführt worden sei, müsse man dieses regelmäßig auf Grund der gesammelten Erfahrungen evaluieren. Sowohl die Stadt habe daran ein starkes

Interesse als auch der Hersteller selbst.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, ob es einen Evaluierungszeitpunkt gibt, schlägt Herr Klipp vor, nach einem halben Jahr im Hauptausschuss Bericht zu erstatten und diesen auch den Umlandgemeinden zur Verfügung zu stellen.

Da das System seit April in Betrieb genommen wurde, so Herr Dr. Scharfenberg, stehe eine erste Evaluierung im Oktober dieses Jahres an. Er bittet, die Fraktionen über die Gespräche mit den Umlandgemeinden auf dem Laufenden zu halten.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

11/SVV/0825

öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten

Einreicher: Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 24.10.2011

Eingang 902: 24.10.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Kulturstandort „Archiv“ wird dauerhaft erhalten. Der KIS wird beauftragt, das Gebäude soweit zu sanieren, dass der Brandschutz gesichert ist. Zwischen dem KIS und dem ARCHIV e.v. wird ein langfristiger Nutzungsvertrag abgeschlossen.

gez. Schüler

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

--

Klimatische Auswirkungen:

--

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Platz 11 >> 1039 Punkte

Dem Kulturstandort „ARCHIV“, in der Leipziger Straße 60, die Brandschutzsanierung bezahlen und den Kommunalen Immobilien Service beauftragen endlich langfristige Nutzungsverträge mit dem Archiv e.V. abzuschließen!

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2012 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt **1039 Punkte** und erreichte damit **Platz 11**. Er wurde unter dieser Nummer in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2011 der Stadtverordnetenversammlung übergeben. Das Beteiligungskonzept sieht vor, dass im Rahmen der Gremien ein Votum abgegeben wird. Dabei können die Vorschläge in den Fraktionen und Ortsbeiräten erörtert werden. Entscheidungskategorien sind „Annahme“, „Bereits in Umsetzung“, „Prüfauftrag“ oder „Ablehnung“.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Durch die Landeshauptstadt Potsdam wurden für die brandschutztechnische Sanierung des Gebäudes des Archiv e.V. in der Leipziger Straße im Jahr 2010 225.000 Euro zur Verfügung gestellt. Im ersten Quartal 2011 erfolgte die Genehmigung des Bauantrages. Dadurch ist die Voraussetzung gegeben, dass mit der brandschutztechnischen Sanierung des Gebäudes begonnen werden kann. Die letztendlich erteilte Baugenehmigung bildet die Grundlage für die dauerhafte Nutzung des Gebäudes in der Leipziger Straße 60 zu Zwecken des Archiv e.V. Weiterhin stellt die Landeshauptstadt Potsdam weitere 100.000 Euro im Jahr 2011 zur Verfügung.

Die Landeshauptstadt Potsdam wird auch weiterhin gemeinsam mit dem Archiv e.V. und der Arbeitsgruppe Jugend- und Soziokultur an der Umsetzung des Vorschlags arbeiten.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten:

Abhängig von der „Entwurfsunterlage-Bau“

Umsetzungszeitraum: Laufend

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Ja

Grundlage der Umsetzung:

Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto:

2840104.7818000 Einrichtungen Freier Träger, Zuschüsse und Investitionen

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam:

Der Vorschlag befindet sich bereits in der Realisierung.



X Änderungsantrag zur Drucksache Nr.
 Ergänzungsantrag 11/SVV/0825
 Neue Fassung
 öffentlich

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Betreff: Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger – Platz 11 –
Kulturstandort „Archiv“ erhalten

Erstellungsdatum 18.04.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:	Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium	
25.04.2012	Hauptausschuss	x

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Kulturstandort Archiv wird dauerhaft erhalten.

Der KIS wird beauftragt, den Archiv e.V. bei den notwendigen Sanierungsarbeiten zu unterstützen. Zudem wird der KIS beauftragt, mit dem Archiv e.V. eine vertragliche Regelung zu erarbeiten, die eine gemeinnützige soziokulturelle Nutzung des Gebäudes durch den Verein dauerhaft ermöglicht und sichert.

Konkrete Vorschläge hierfür sind bis Juni 2012 dem Hauptausschuss und der Stadtverordnetenversammlung zu unterbreiten.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
 Fraktionsvorsitzender

 Unterschrift

Begründung siehe Anlage



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

11/SVV/0874

öffentlich

Betreff:

Pachtzins für alternative Wohnprojekte

Einreicher: Fraktion Die Andere

Erstellungsdatum 14.11.2011

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister und die Vertreter/innen der Stadt Potsdam in den Gremien und Organen des GEWOBA Potsdam werden beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die Pachtzinserhöhungen für die sich in Erbbaupacht befindlichen Hausprojekte zurückgenommen werden.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Pachtzinserhöhungen zahlreicher alternativer Wohnprojekte wurden kürzlich mit Verweis auf den erhöhten Preisindex für die Gesamtlebenshaltungskosten des Statistischen Bundesamtes erhöht.

Allerdings wurde bei dieser Argumentation die Entwicklung der Bruttomonatsverdienste nicht berücksichtigt..

Am 09.11.2011 veröffentlichte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) eine Untersuchung die aufzeigt, dass die Löhne im letzten Jahrzehnt geringer stiegen als die Inflation, also die Lebenshaltungskosten. Betroffen sind nahezu alle Einkommensgruppen und besonders die Geringverdienenden.

http://www.diw.de/de/diw_01.c.388614.de/themen_nachrichten/lohnentwicklung_2000_bis_2010_ein_fuer_die_arbeitnehmer_verlorenes_jahrzehnt.html

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,796625,00.html>

Alle Hausprojekte haben das Ziel, bezahlbaren Wohnraum für junge, sozial schwache Menschen bereitzustellen. Dies wird durch Pachterhöhungen von bis zu 16,5% stark erschwert.

Oft wurden die Gebäude als Ausweichprojekte zur Beendigung von Hausbesetzungen angeboten. Die Häuser befanden sich zu diesem Zeitpunkt fast ausschließlich in einem unvermietbaren Zustand.

Angesichts der Explosion der Mieten in Potsdam werden alternative Hausprojekte immer wichtiger für den Erhalt einer ausgewogenen Bevölkerungsstruktur.

Es ist kaum vermittelbar, dass bei Immobilienverkäufen hohe Preisnachlässe gewährt werden, aber bei der Erhöhung der Pachtzinsen für alternative Wohnprojekte die vorhandenen sozialpolitischen Spielräume nicht genutzt werden.

Dies widerspricht den Zielsetzungen des städtischen Wohnkonzeptes und dem Selbstverständnis Potsdams als weltoffene und tolerante Landeshauptstadt.



Landeshauptstadt
Potsdam

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0022

Betreff:

öffentlich

Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)

neue Fassung vom

Einreicher: SB Finanzen und Berichtswesen

Erstellungsdatum **11.09.2012**

Eingang 902: 11.09.2012

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
25.01.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		
08.02.2012	Hauptausschuss		
19.09.2012	Stadtverordnetenversammlung		

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Gesellschaftsvertrag der Stadtwerke Potsdam GmbH in der Fassung vom 14. Februar 2011 soll in § 9 Abs. 1 wie folgt geändert werden:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus **15** Mitgliedern besteht. Dem Aufsichtsrat gehören an:

- der/die Oberbürgermeister/in der Landeshauptstadt Potsdam oder ein/eine **von ihm/ihr zu betrauende/r Beschäftigte/r der Landeshauptstadt Potsdam**, welcher/welche den Vorsitz führt,
- sieben** von der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam zu entsendende Mitglieder, für deren Berufung und Abberufung die kommunalrechtlichen Bestimmungen maßgeblich sind,
- zwei** Mitglieder, von denen eine/r auf Vorschlag des Ostdeutschen Sparkassen und Giroverbandes (OSGV) und der/die weitere auf Vorschlag des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) von der Gesellschafter-versammlung bestellt werden. Hierbei soll es sich um Mitglieder handeln, die aufgrund besonderer unternehmerischer, kommunal- bzw. finanzwirtschaftlicher oder juristisch/ administrativer Kenntnisse und Erfahrungen über die Fähigkeit und fachliche Eignung verfügen, ihre Aufgaben im Aufsichtsrat ordnungsgemäß wahrzunehmen.
- soweit die Voraussetzungen des Drittelbeteiligungsgesetzes vorliegen, **fünf** aus der Mitte der Arbeitnehmerschaft zu entsendende Mitglieder.

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

keine

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
0	0	0	0	0	0	keine

Begründung:

I. Sachverhalt

Die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) ist hundertprozentige Gesellschafterin der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP).

Unter Beachtung der kommunalrechtlichen Regelungen zur wirtschaftlichen Betätigung (§§ 91 ff. BbgKVerf) und der Leitlinien guter Unternehmensführung - Public Corporate Governance Kodex der Landeshauptstadt Potsdam soll der Gesellschaftsvertrag der SWP hinsichtlich der Größe und der Zusammensetzung des Aufsichtsrates in § 9 Abs. 1 Gesellschaftsvertrag wie folgt geändert werden:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus **15 Mitgliedern** besteht. Dem Aufsichtsrat gehören an:

- a) der/die Oberbürgermeister/in der Landeshauptstadt Potsdam oder ein/eine **von ihm/ihr zu betrauende/r Beschäftigte/r der Landeshauptstadt Potsdam**, welcher/welche den Vorsitz führt,
- b) **sieben** von der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam zu entsendende Mitglieder, für deren Berufung und Abberufung die kommunalrechtlichen Bestimmungen maßgeblich sind,
- c) **zwei** Mitglieder, von denen eine/r auf Vorschlag des Ostdeutschen Sparkassen und Giroverbandes (OSGV) und der/die weitere auf Vorschlag des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) von der Gesellschafterversammlung bestellt werden. Hierbei soll es sich um Mitglieder handeln, die aufgrund besonderer unternehmerischer, kommunal- bzw. finanzwirtschaftlicher oder juristisch/administrativer Kenntnisse und Erfahrungen über die Fähigkeit und fachliche Eignung verfügen, ihre Aufgaben im Aufsichtsrat ordnungsgemäß wahrzunehmen.
- d) soweit die Voraussetzungen des Drittelbeteiligungsgesetzes vorliegen, **fünf** aus der Mitte der Arbeitnehmerschaft zu entsendende Mitglieder.

Die geplante Änderung (s. anliegende Synopse) betrifft ausschließlich § 9 Abs. 1 Satz 1 bis 4 Gesellschaftsvertrag der SWP in der Fassung der notariellen Beurkundung vom 14. Februar 2011 des Notars Jens Hunger.

Die zu Buchst. a) vorgeschlagene Fassung/ Ergänzung folgt der gesetzlichen Regelung in § 97 Abs. 1 S. 1 Abs. 2, 3 BbgKVerf. Sie entspricht im Wesentlichen denjenigen Regelungen, die in weiteren kommunalen Unternehmen der Landeshauptstadt Potsdam im jeweiligen Gesellschaftsvertrag formuliert sind (z.B. PRO POTSDAM GmbH, ViP, STEP, EWP) und wie sie nun auch für die SWP vorgeschlagen wird.

Durch die zu Buchst. c) vorgeschlagene Regelung, nämlich dass Expertinnen und Experten mit Sitz und Stimme im Aufsichtsrat auf Vorschlag von Fachverbänden bzw. Institutionen durch die Gesellschafterversammlung bestellt werden, soll externer Sachverstand generiert werden. Diese Regelung ist mit der Kommunalaufsicht abgestimmt.

Die zu Buchst. d) vorgeschlagene Änderung entspricht den gesetzlichen Regelungen. Voraussetzung für die Anwendbarkeit der drittelparitätischen Mitbestimmung nach § 1 Drittelbeteiligungsgesetz (DrittelbG) ist, dass das Unternehmen regelmäßig mehr als 500 ArbeitnehmerInnen beschäftigt. Nach § 2 Abs. 2 DrittelbG werden ArbeitnehmerInnen von abhängigen Unternehmen der herrschenden Konzerngesellschaft - hier SWP – zugerechnet, wenn zwischen den Unternehmen entweder ein Beherrschungsvertrag besteht, oder das abhängige Unternehmen gem. den § 319 ff AktG eingegliedert ist. Nach hiesiger Einschätzung dürften die Voraussetzungen mit den zwischen der SWP und ihren Tochtergesellschaften ViP, BLP, SBP und KFP geschlossenen Beherrschungsverträgen erfüllt sein. Der von der SWP mitgeteilte Personalbestand 2011 beläuft sich für die SWP bei 84 Mitarbeitern incl. Auszubildende, für die ViP bei 405, für die BLP bei 55, für die SBP bei 23 lag, die KFP hatte keinen Arbeitnehmer, mithin damit insgesamt bei 567 Arbeitnehmern. Damit ist zum Stichtag die Schwelle des § 1 Abs. 1 Nr. 3 DrittelbG von 500 zurechenbaren Arbeitnehmern erreicht.

II. Rechtliche Grundlagen

Rechtliche Grundlagen für die Änderung des Gesellschaftsvertrages der SWP sind die Regelungen des GmbHG i.V.m. dem AktG, die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf), die Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam sowie der Gesellschaftsvertrag der SWP.

III. Finanzielle Auswirkungen

Der Landeshauptstadt Potsdam entstehen keine finanziellen Aufwendungen.

Anlage:

Synopse zur beabsichtigten Änderung des Gesellschaftsvertrages der SWP

Gesellschaftsvertrag der SWP in der Fassung vom 14. Februar 2011	Änderungsvorschlag Gesellschaftsvertrag der SWP
<p>§ 9 Abs. 1 Satz 1 bis 4</p> <p>Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus neun Mitgliedern besteht.</p> <p>Die Mitglieder werden, soweit sie nicht als Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer nach den Vorschriften des Drittelbeteiligungsgesetzes zu wählen sind, von der Landeshauptstadt Potsdam entsandt.</p> <p>Aufsichtsratsvorsitzender ist der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam.</p> <p>Die übrigen Mitglieder des Gesellschafters werden unter Berücksichtigung der geltenden Vorschriften der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg über die Bestellung von Vertretern in Unternehmen von der Gesellschafterversammlung gewählt.</p>	<p>§ 9 Abs. 1 Satz 1 und 2</p> <p>Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 15 Mitgliedern besteht. Dem Aufsichtsrat gehören an:</p> <p>a) der/die Oberbürgermeister/in der Landeshauptstadt Potsdam oder ein/eine von ihm/ihr zu betrauende/r Beschäftigte/r der Landeshauptstadt Potsdam, welcher/welche den Vorsitz führt,</p> <p>b) sieben von der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam zu entsendende Mitglieder, für deren Berufung und Abberufung die kommunalrechtlichen Bestimmungen maßgeblich sind,</p> <p>c) zwei Mitglieder, von denen eine/r auf Vorschlag des Ostdeutschen Sparkassen und Giroverbandes (OSGV) und der/die weitere auf Vorschlag des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) von der Gesellschafterversammlung bestellt werden. Hierbei soll es sich um Mitglieder handeln, die aufgrund besonderer unternehmerischer, kommunal- bzw. finanzwirtschaftlicher oder juristisch/ administrativer Kenntnisse und Erfahrungen über die Fähigkeit und fachliche Eignung verfügen, ihre Aufgaben im Aufsichtsrat ordnungsgemäß wahrzunehmen.</p> <p>d) soweit die Voraussetzungen des Drittelbeteiligungsgesetzes vorliegen, fünf aus der Mitte der Arbeitnehmerschaft zu entsendende Mitglieder.</p>

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
0	0	0	0	0	0	keine



Änderungsantrag zur Drucksache Nr.
 Ergänzungsantrag 12/SVV/0022
 Neue Fassung
 öffentlich

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Betreff: Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)

Erstellungsdatum 18.04.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:	Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung		
25.04.2012		x
Gremium		
Hauptausschuss		

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Punkt c) in der vorliegenden Fassung wird gestrichen.
2. Der Punkt b) erhält folgende Fassung:

11 von der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam zu entsendende Mitglieder, für deren Berufung und Abberufung die kommunalrechtlichen Bestimmungen maßgeblich sind.

3. Der Punkt d) wird Punkt c).

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Begründung siehe Anlage



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0023

Betreff:

öffentlich

Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen

neue Fassung vom

Einreicher: GB Zentrale Steuerung und Service

Erstellungsdatum 11.09.2012

Eingang 902: 11.09.2012

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
25.01.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		
08.02.2012	Hauptausschuss		
19.09.2012	Stadtverordnetenversammlung		

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die von der Landeshauptstadt Potsdam in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP) am 03.06.2009 entsandten städtischen Vertreter/innen werden abberufen.
- Die Landeshauptstadt Potsdam entsendet unter Bezugnahme auf die im Geschäftsgang befindliche Vorlage zur Änderung des Gesellschaftsvertrages der SWP gemäß § 9 Abs. 1 b) folgende **sieben** Mitglieder in den Aufsichtsrat der Gesellschaft:
 - über die Fraktion DIE LINKE
(2 Sitze):
 - über die Fraktion SPD (2 Sitze): Frau Heike Judacz Frau Birgit Morgenroth
 - über die Fraktion CDU/ANW Herr Klaus Rietz
(1 Sitz):
 - über die Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen (1 Sitz): Frau Ines Freier
 - über die Fraktion FDP (1 Sitz): Herr Prof. Dr. Christian Otto

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Fortsetzung Beschlusstext:

Als Nachrücker/innen werden entsandt:

- über die Fraktion DIE LINKE:
- über die Fraktion SPD: Herr Claus Wartenberg Herr Pete Heuer
- über die Fraktion CDU/ANW: Herr Horst Heinzel
- über die Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen: Frau Karin Vohland
- über die Fraktion FDP: Frau Franziska Schneider

Begründung:**I. Sachverhalt**

Die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) ist hundertprozentige Gesellschafterin der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP).

Der Aufsichtsrat der SWP besteht gemäß § 9 Abs. 1 des derzeit geltenden Gesellschaftsvertrages aus neun Mitgliedern, welche, soweit sie nicht nach den Vorschriften des Drittmittelbeteiligungsgesetzes zu wählen sind, von der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) entsandt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss in ihrer Sitzung am 03.06.2009 u. a. fünf städtische Vertreter/innen in den Aufsichtsrat der SWP zu entsenden (Drucksache Nr. 09/SVV/0491).

Aktuell ist der Aufsichtsrat der SWP aufgrund der gegenwärtigen gesellschaftsvertraglichen Regelungen und des vorgenannten Stadtverordnetenbeschlusses wie folgt besetzt:

Aufsichtsratsvorsitzender:	Oberbürgermeister, Herr Jann Jakobs (Mandat niedergelegt)
über die SVV - Fraktion DIE LINKE:	Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
über die SVV - Fraktion DIE LINKE:	Frau Dr. Karin Schröter
über die SVV - Fraktion SPD:	Frau Heike Judacz
über die SVV - Fraktion CDU/ANW:	Herr Horst Heinzel
über die SVV- Fraktion FDP/ FP *:	Herr Marcel Yon

*gemäß Einigung nach § 41 Abs. 2 Satz 5 BbgKVerf zwischen SPD, Bündnis 90/ die Grünen und FDP/ FP

Unter Beachtung der kommunalrechtlichen Regelungen zur wirtschaftlichen Betätigung (§§ 91 ff BbgKVerf) und der Leitlinien guter Unternehmensführung - Public Corporate Governance Kodex der Landeshauptstadt Potsdam soll der Gesellschaftsvertrag der SWP angepasst werden.

Vor diesem Hintergrund ist nunmehr auch beabsichtigt, den Gesellschaftsvertrag der SWP bezüglich der Größe des Aufsichtsrates und des Aufsichtsratsvorsitzes neu zu fassen. Im Geschäftsgang befindet sich deshalb eine Beschlussvorlage zur Änderung des Gesellschaftsvertrages der SWP. Danach soll der Gesellschaftsvertrag der SWP in der Fassung vom 14.02.2011 u.a. wie folgt geändert werden:

§ 9 Abs. 1: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus **15** Mitgliedern besteht. Dem Aufsichtsrat gehören an:

- a) der/die Oberbürgermeister/in der Landeshauptstadt Potsdam oder ein/eine **von ihm/ihr zu betrauende/r Beschäftigte/r der Landeshauptstadt Potsdam**, welcher/welche den Vorsitz führt,
- b) **sieben** von der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam zu entsendende Mitglieder, für deren Berufung und Abberufung die kommunalrechtlichen Bestimmungen maßgeblich sind,
- c) **zwei** Mitglieder, von denen eine/r auf Vorschlag des Ostdeutschen Sparkassen und Giroverbandes (OSGV) und der/die weitere auf Vorschlag des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) von der Gesellschafterversammlung bestellt werden. Hierbei soll es sich um Mitglieder handeln, die aufgrund besonderer unternehmerischer, kommunal- bzw. finanzwirtschaftlicher oder juristisch/administrativer Kenntnisse und Erfahrungen über die Fähigkeit und fachliche Eignung verfügen, ihre Aufgaben im Aufsichtsrat ordnungsgemäß wahrzunehmen.
- d) soweit die Voraussetzungen des Drittelbeteiligungsgesetzes vorliegen, **fünf** aus der Mitte der Arbeitnehmerschaft zu entsendende Mitglieder.

Der Oberbürgermeister hat mit Wirkung zum 31. Dezember 2011 sein Aufsichtsratsmandat bei der SWP niedergelegt.

Unter Zugrundelegung des § 41 Abs. 2 BbgKVerf ergibt sich für **sieben** nach den kommunalrechtlichen Bestimmungen in den Aufsichtsrat der SWP zu entsendenden Mitglieder folgende Sitzverteilung:

Sitze der Fraktionen = $\frac{\text{Zahl der Aufsichtsratssitze} \times \text{Mitgliederzahl der jeweiligen Fraktion}}{\text{Mitgliederzahl aller Fraktionen}}$

Fraktion DIE LINKE	= 7 x 16/54 = 2,074	2 Sitze
Fraktion SPD	= 7 x 15/54 = 1,944	2 Sitze
Fraktion CDU/ANW	= 7 x 6/54 = 0,778	1 Sitz
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	= 7 x 5/54 = 0,648	1 Sitz
Fraktion FDP	= 7 x 4/54 = 0,519	1 Sitz

II. Rechtsgrundlagen

Gemäß § 28 Absatz 2 Nr. 6 BbgKVerf i.V.m. § 97 Absatz 1 und 2 BbgKVerf obliegt der Stadtverordnetenversammlung die Bestellung ihrer Vertreter in wirtschaftlichen Unternehmen.

Hinweis

Die Beschlussfassung über Bestellungen von mehreren Gremienmitgliedern erfolgt gemäß § 41 Abs. 1 BbgKVerf mittels Wahl. Somit sind die sieben gemäß § 9 Abs. 1 GV in den Aufsichtsrat der SWP neu zu entsendenden Mitglieder gemäß § 41 Absatz 4 BbgKVerf durch offenen Wahlbeschluss von der Stadtverordnetenversammlung zu wählen.

Die bisher in den Aufsichtsrat der SWP von der Landeshauptstadt Potsdam entsandten (nach § 41 Abs. 1 BbgKVerf am 01.09.2010 durch die Stadtverordnetenversammlung gewählten) fünf Vertreter/innen können gemäß § 41 Abs. 7 BbgKVerf durch die Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung aus wichtigem Grund abgewählt werden.

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0401

öffentlich

Betreff: Offenlegung der Aufhebungsvereinbarungen

Einreicher: Fraktion FDP

Erstellungsdatum 21.05.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
06.06.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister, wird aufgefordert, in seiner Funktion des Gesellschaftervertreters die Aufhebungsvereinbarungen mit dem ehemaligen Geschäftsführer der SWP GmbH und der EWP GmbH vor den Stadtverordneten offen zu legen.

gez. Johannes von der Osten-Sacken
Fraktionsvorsitzender
FDP-Fraktion

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Im Zuge der veröffentlichten Erkenntnisse zu den Verstößen des ehemaligen Geschäftsführers der SWP Potsdam GmbH und der EWP Potsdam GmbH gegen seine arbeitsvertraglichen Verpflichtungen haben die Stadtverordneten im letzten Jahr frühzeitig darauf hingewiesen und die Freistellung bzw. Kündigung desselbigen gefordert.

Hinter verschlossenen Türen wurde entgegen dieser Forderungen, eine Aufhebungsvereinbarung geschlossen, die unter anderem die Zahlung einer erheblichen Abfindung zum Inhalt hatte. Auf Grund weiterer Vorwürfe wurde die Aufhebungsvereinbarung seitens des Gesellschafters zurück gezogen und der geschiedene Geschäftsführer fristlos entlassen. Eine Aufhebungsvereinbarung hätte auf Grund der frühzeitigen Erkenntnisse und Forderungen seitens der Stadtverordneten nie geschlossen werden dürfen. Die aktuelle Entwicklung zeigt, dass durch diese Vereinbarungen ein erheblicher finanzieller Schaden auf die Stadt bzw. deren städtische Beteiligung zukommen kann.

Die Stadtverordneten haben das Recht und die Pflicht den Gesellschafter städtischer Beteiligungen zu kontrollieren und damit zum Wohl Potsdams zu handeln. In diesem Sinne ist die damalige Vereinbarung vor dem Kontrollorgan offen zu legen.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0458

öffentlich

Betreff: Neue Homepage für Potsdam

Einreicher: Fraktionen FDP, CDU/ANW, Potsdamer Demokraten

Erstellungsdatum 27.06.2012

Eingang 902: _____

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
22.08.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, in wie weit und mit welchem finanziellen Aufwand für die Landeshauptstadt Potsdam ein neuer Internetauftritt gestaltet werden kann.

Der neue Internetauftritt sollte darauf ausgerichtet sein, den Bürger intuitiver und übersichtlicher zu informieren und mit einer verbesserten Suchfunktion ausgestattet sein.

Das Konzept offener Daten – wie bereits in Berlin erfolgreich angewandt – soll dabei hinsichtlich einer möglichen Integration überprüft werden.

gez. J. von der Osten-Sacken
Fraktionsvorsitzender
FDP-Fraktion

M. Schröder
Fraktionsvorsitzender
Fraktion CDU/ANW

P. Schultheiß
Fraktionsvorsitzender
Fraktion Potsdamer Demokraten

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium: _____

Sitzung am: _____

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Internetvertretung der Landeshauptstadt Potsdam ist eine Kontaktmöglichkeit für Bürger und Interessierte. Um allen die gesuchten Informationen schnell zur Verfügung stellen zu können, sollte der Aufbau möglichst übersichtlich gestaltet und intuitiv zu bedienen sein. Eine gut funktionierende Suchfunktion erleichtert dabei das Auffinden der notwendigen Informationen. Die gegenwärtige Internetpräsenz bietet hier deutliches Entwicklungspotenzial.

Als Bürgerkommune ist das Internet in der gegenwärtigen Zeit ein wichtiges Werkzeug, um in den Austausch mit den Potsdamern zu treten und als Stadt unkompliziert Informationen bereit zu stellen. In diesem Rahmen hat sich Berlin im Zusammenhang mit der beschlossenen „Open Data Strategie“ dazu entschlossen, ein Portal mit Datensätzen und Anwendungen bereit zu stellen, auf dem sich die Bürger umfassend informieren können. Die neuesten Datensätze, wie die Liste der Badestellen und der „Volks- und Straßenfeste“ sowie die Anwendungen „Ozon Sonar“ und „Berlinwahlkarte“, zeigen die praktische Relevanz im Alltag. Mit der Überarbeitung der städtischen Homepage könnten solche Ansätze aufgegriffen und zuvor ein generelles Konzept zur Veröffentlichung der Daten der Verwaltung erarbeitet werden. Der Bedarf der Diskussion über die Offenheit von Daten der Verwaltung zeigt sich am aktuellen Antrag zur „Einführung eines online basierten Info-Systems für Kita-Plätze“.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0493

öffentlich

Betreff:

Barrierefreie Gestaltung der städtischen Homepage

Einreicher: Fraktion Die Andere

Erstellungsdatum 25.07.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
22.08.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Internetangebot der Landeshauptstadt Potsdam, und der städtischen Unternehmen darauf zu prüfen, ob es den Anforderungen der Barrierefreien Informationstechnik-Verordnung 2 (BITV2) genügt.

Den Stadtverordneten ist bis zum November 2012 das Prüfergebnis vorzulegen. Sollte die Prüfung ergeben, dass die BITV2 nicht hinreichend umgesetzt wird, sind die Kosten zu ermitteln, die für eine vollständige Umsetzung entstehen und den Stadtverordneten mitzuteilen.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Ende 2011 wurde die inzwischen gültige Barrierefreien Informationstechnik-Verordnung 2 (BITV2) bekannt gemacht.

http://www.gesetze-im-internet.de/bitv_2_0/BJNR184300011.html

Sie formuliert in Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes Mindeststandards für die Gestaltung von barrierefreien Internetangeboten. Mit der Umsetzung soll sichergestellt werden, dass die Internetangebote für alle Menschen (unabhängig mit welcher Behinderung) niedrighschwellig genutzt werden können.

Es sollte selbstverständlich sein, dass die Landeshauptstadt Potsdam, die sich selbst gern als tolerant und weltoffen beschreibt, ihren Internetauftritt barrierefrei gestaltet und allen Bürger/innen einen gleichberechtigten Zugang zu ihren Serviceangeboten im Internet verschafft. Das sollte gerade auch gelten, weil die direkte Erreichbarkeit zahlreicher Ämter und Stellen der Stadt noch immer nicht als barrierefrei bezeichnet werden kann.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0474

öffentlich

Betreff:

Kein Verkauf von Meldeadressen

Einreicher: Fraktion Die Andere

Erstellungsdatum 11.07.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
22.08.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam fordert den Oberbürgermeister auf, die Adressen der Einwohner/innen künftig nicht mehr an Adressbuchverlage, Parteien und Wählergemeinschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie Privatpersonen zu veräußern.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob eine pauschale Weitergabe von persönlichen Adresdaten mit dem verfassungsrechtlich garantierten Grundrecht auf Datenschutz auch dann vereinbar ist, wenn die Betroffenen der Datenweitergabe bereits ausdrücklich widersprochen haben oder keine Möglichkeit haben, einen Widerspruch einzulegen.

Das Prüfergebnis ist den Stadtverordneten bis zum November 2012 vorzulegen.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Bereits vor 20 Jahren gab es in Potsdam immer wieder Proteste gegen die Weitergabe persönlicher Daten an Parteien, Religionsgemeinschaften und Adressbuchverlage.

Gleich mehrfach übermittelte die Stadtverwaltung die kompletten Adressdaten ihrer Einwohnerinnen an ein kommerzielles Unternehmen, das diese Adressen - nach Namen und Adressen sortiert - als Blaues Adressbuch druckte und verkaufte. Spätere Ausgaben des Adressbuches wurden sogar als CD zur Verfügung gestellt, so dass die elektronische Bearbeitung und Auswertung der Datensätze erheblich vereinfacht wurde.

Besonders heftig wurde 1999 die Herausgabe von Meldedaten an die DVU kritisiert. Die DVU nutzte die Adressen bestimmter Geburtsjahrgänge, um zielgruppenspezifische Wahlwerbung zu versenden. Durch einen Fehler in der Stadtverwaltung wurden sogar die Adressen von Menschen übermittelt, die der Weitergabe ihrer Daten schriftlich widersprochen hatten.

Die Proteste von Datenschutzbeauftragten, Bürgerinnen und auch unserer Wählergruppe führten zwar nicht dazu, die Datenveräußerung zu stoppen, allerdings wurde regelmäßig in der Presse auf das gesetzlich verankerte Widerspruchsrecht der Bürgerinnen hingewiesen. Dennoch gab es immer wieder Beschwerden über eine mangelnde Information über die Widerspruchsmöglichkeiten.

Inzwischen plant die Bundesregierung eine Änderung des Meldegesetzes. Künftig sollen Privatadressen noch leichter veräußert werden können und die Widerspruchsrechte der Betroffenen eingeschränkt werden. Vor diesem Hintergrund sollte die Stadt Potsdam alle Möglichkeiten nutzen, die Adressen ihrer Einwohner vor der Weitergabe zu schützen.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0463

öffentlich

Betreff:
Sitzungskalender 2013

Einreicher: Stadtverordneter Schüler aös Vorsitzender der StVV

Erstellungsdatum 29.06.2012

Eingang 902: 29.06.2012

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
22.08.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Sitzungskalender 2013 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie weiterer Gremien.

gez. Schüler

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

--

Klimatische Auswirkungen:

--

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der vorliegende Sitzungskalender dient als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Ausschüsse und Fraktionen. Die vorgelegte Planung der Sitzungstermine entspricht den Erfahrungen der letzten Jahre unter weitestgehender Beibehaltung der ursprünglichen Sitzungstermine. Allerdings lassen sich durch Feier- und Ferientage Änderungen bzw. Überschneidungen nicht vollständig verhindern. Ebenso gelingt es durch die Anzahl der Ausschusssitzungen nicht, die Ferientage vollständig von Sitzungsterminen freizuhalten.

Änderungen der vorgeschlagenen Termine sind unter Berücksichtigung der Ladungsfrist und der Sicherung des Teilnahmerechts der Ausschussmitglieder möglich, allerdings unter Beachtung der Beratung von Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung in der nächstfolgenden Ausschusssitzung. Änderungen sind in den Gremien zu beantragen, die davon betroffen sind.

Nach Beratung in allen Ausschüssen der StVV soll der Sitzungskalender spätestens am 07. November 2012 beschlossen und anschließend in gedruckter Form vorgelegt sowie im RIS veröffentlicht werden.

Sitzungskalender 2013

Januar			Februar			März			April		
Di	1	Neujahr	Fr	1		Fr	1		Mo	1	Ostermontag
Mi	2		Sa	2		Sa	2		Di	2	ÄR
Do	3		So	3		So	3		Mi	3	StVV
Fr	4	Ferienende	Mo	4	Winterferien 04.02.-09.02.	Mo	4	FS	Do	4	
Sa	5		Di	5		Di	5	ÄR	Fr	5	
So	6		Mi	6		Mi	6	StVV mit Einwohnerfragestunde	Sa	6	Ferienende
Mo	7	FS	Do	7		Do	7		So	7	
Di	8	Ges./Soz./Anschl./Präs./	Fr	8		Fr	8		Mo	8	FS
Mi	9	HA	Sa	9	Ferienende	Sa	9		Di	9	SB/Eing./Beschw.
Do	10	KOUL.	So	10		So	10		Mi	10	HA
Fr	11		Mo	11	FS	Mo	11	FS	Do	11	
Sa	12		Di	12	SB/Eing./Beschw.	Di	12	SB/Eing./Beschw.	Fr	12	
So	13		Mi	13	HA	Mi	13	HA	Sa	13	
Mo	14	FS	Do	14	KOUL.	Do	14	Kultur	So	14	
Di	15	SB./B/Sp.	Fr	15		Fr	15		Mo	15	FS
Mi	16	FA	Sa	16		Sa	16		Di	16	Ges./Soz./B/Sp.
Do	17	Kultur/JHA	So	17		So	17		Mi	17	FA
Fr	18		Mo	18	FS	Mo	18	FS	Do	18	KOUL./Kultur
Sa	19		Di	19	B/Sp.Ges./Soz./ Anschl./Präs.	Di	19	Ges./Soz./Anschl./Präs.	Fr	19	
So	20		Mi	20	FA	Mi	20	FA	Sa	20	
Mo	21	FS	Do	21	Kultur	Do	21	KOUL./JHA/RPA	So	21	
Di	22	ÄR	Fr	22		Fr	22		Mo	22	FS
Mi	23	StVV	Sa	23		Sa	23		Di	23	SB/Anschl./Präs.
Do	24		So	24		So	24		Mi	24	HA
Fr	25		Mo	25	FS	Mo	25	FS	Do	25	JHA/RPA
Sa	26		Di	26	SB	Di	26	SB/B/Sp.	Fr	26	
So	27		Mi	27	HA	Mi	27	HA; Osterferien 27.03.-06.04.	Sa	27	
Mo	28	FS	Do	28	JHA/RPA	Do	28		So	28	
Di	29					Fr	29	Karfreitag	Mo	29	FS
Mi	30	HA				Sa	30		Di	30	
Do	31					So	31	Ostersonntag			

kein RPA/Eing.Beschw.

Mai			Juni			Juli			August		
Mi	1	Maifeiertag	Sa	1		Mo	1		Do	1	
Do	2		So	2		Di	2		Fr	2	Ferienende
Fr	3		Mo	3	FS	Mi	3		Sa	3	
Sa	4		Di	4	ÄR	Do	4		So	4	
So	5		Mi	5	StVV mit Einwohnerfragestunde	Fr	5		Mo	5	FS
Mo	6	FS	Do	6		Sa	6		Di	6	
Di	7	ÄR	Fr	7		So	7		Mi	7	
Mi	8	StVV	Sa	8		Mo	8		Do	8	
Do	9	Christi Himmelfahrt	So	9		Di	9		Fr	9	
Fr	10	Ferientag	Mo	10	FS	Mi	10		Sa	10	
Sa	11		Di	11	SB/Eing./Beschw.	Do	11		So	11	
So	12		Mi	12	FA	Fr	12		Mo	12	FS
Mo	13	FS	Do	13	Ges./Soz./	Sa	13		Di	13	SB/Eing./Beschw.
Di	14	SB/Eing./Beschw.	Fr	14		So	14		Mi	14	HA
Mi	15	HA	Sa	15		Mo	15		Do	15	
Do	16	KOUL.	So	16		Di	16		Fr	16	
Fr	17		Mo	17	FS	Mi	17		Sa	17	
Sa	18		Di	18	KOUL.	Do	18		So	18	
So	19	Pfingstsonntag	Mi	19	HA	Fr	19		Mo	19	FS
Mo	20	Pfingstmontag	Do	20	Sommerferien 20.06.-02.08.	Sa	20		Di	20	Ges./Soz./Anschl./Präs.
Di	21	Ges./Soz./B/Sp./Anschl./Präs.	Fr	21		So	21		Mi	21	FA
Mi	22	FA	Sa	22		Mo	22		Do	22	KOUL./Kultur
Do	23	Kultur	So	23		Di	23		Fr	23	
Fr	24		Mo	24		Mi	24		Sa	24	
Sa	25		Di	25		Do	25		So	25	
So	26		Mi	26		Fr	26		Mo	26	FS
Mo	27	FS	Do	27		Sa	27		Di	27	SB./B/Sp.
Di	28	SB/	Fr	28		So	28		Mi	28	HA
Mi	29	HA	Sa	29		Mo	29		Do	29	JHA/RPA
Do	30	JHA/RPA	So	30		Di	30		Fr	30	
Fr	31					Mi	31		Sa	31	

kein Kultur/B/Sp./JHA

September		Oktober		November		Dezember	
So	1	Di	1	Fr	1	So	1
Mo	2	Mi	2	Sa	2	Mo	2
Di	3	Do	3	So	3	Di	3
Mi	4	Fr	4	Mo	4	Mi	4
Do	5	Sa	5	Di	5	Do	5
Fr	6	So	6	Mi	6	Fr	6
Sa	7	Mo	7	Do	7	Sa	7
So	8	Di	8	Fr	8	So	8
Mo	9	Mi	9	Sa	9	Mo	9
Di	10	Do	10	So	10	Di	10
Mi	11	Fr	11	Mo	11	Mi	11
Do	12	Sa	12	Di	12	Do	12
Fr	13	So	13	Mi	13	Fr	13
Sa	14	Mo	14	Do	14	Sa	14
So	15	Di	15	Fr	15	So	15
Mo	16	Mi	16	Sa	16	Mo	16
Di	17	Do	17	So	17	Di	17
Mi	18	Fr	18	Mo	18	Mi	18
Do	19	Sa	19	Di	19	Do	19
Fr	20	So	20	Mi	20	Fr	20
Sa	21	Mo	21	Do	21	Sa	21
So	22	Di	22	Fr	22	So	22
Mo	23	Mi	23	Sa	23	Mo	23
Di	24	Do	24	So	24	Di	24
Mi	25	Fr	25	Mo	25	Mi	25
Do	26	Sa	26	Di	26	Do	26
Fr	27	So	27	Mi	27	Fr	27
Sa	28	Mo	28	Do	28	Sa	28
So	29	Di	29	Fr	29	So	29
Mo	30	Mi	30	Sa	30	Mo	30
		Do	31			Di	31

kein RPA



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0470

öffentlich

Betreff:

Pauschale Mietsenkung im städtischen Wohnungsbestand

Einreicher: **Fraktion Die Andere**

Erstellungsdatum 10.07.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
22.08.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Vertreterinnen der Stadt Potsdam in den Gremien und Organen der städtischen Wohnungsgesellschaft Pro Potsdam und deren Tochtergesellschaften werden beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass diese Gesellschaften den Bestandsmieterinnen eine Senkung der Netto-Kaltmiete um 20 % anbieten.

Die daraus entstehenden finanziellen Einbußen für den Unternehmensverbund Pro Potsdam sowie die entstehenden Einsparungen im städtischen Haushalt sind den Stadtverordneten vom Oberbürgermeister im November 2012 darzustellen.

Über die erforderlichen Verschiebungen der Prioritäten innerhalb des städtischen Haushaltes wird mit dem Haushaltsentwurf 2013 beraten und entschieden. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Haushaltsentwurf im November 2012 vorzulegen.

Unterschrift

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

--

Klimatische Auswirkungen:

--

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Vor einigen Monaten wurde ein ähnlicher Antrag unserer Fraktion ohne jede inhaltliche Diskussion von der Mehrheit der Stadtverordneten abgelehnt. Sogar die sonst selbstverständliche Behandlung unseres Vorschlages in den Fachausschüssen wurde verwehrt. Als gewählte Stadtverordnete möchten wir Anträge nicht nur formal einbringen und von der Mehrheit ablehnen lassen. Vielmehr bestehen wir auf unserem legitimen demokratischen Anspruch, dass unsere Vorschläge zur Lösung des wohl zentralen sozialen Problems der Stadt öffentlich diskutiert werden. Aus diesem Grund wiederholen wir unseren Vorschlag.

Bestärkt fühlen wir uns dadurch, dass wohnungspolitische Themen immer größere Resonanz in der Stadt finden. Inzwischen hat sich die Expertengruppe Potsdam22 mit unserer Fraktion getroffen. Im Juni 2012 demonstrierten mehr als 2.500 Menschen für „Mietenstopp Jetzt!“. Danach wurde über die Mietentwicklung in Potsdam auch in den überregionalen Medien berichtet.

Unser Anliegen

Wir wollen, dass die Mieten der Gewoba bzw. Pro Potsdam vor Jahresende um 20% gesenkt werden. Das ist richtig, weil die Mieten in Potsdam zu hoch sind und die städtische Wohnungsgesellschaft seit Jahren eine aus Sicht der MieterInnen falsche Strategie verfolgt. Sie saniert an den finanziellen Möglichkeiten der Bewohner vorbei. In anderen Fällen verkauft sie die Häuser an private Investoren, die hier durch Sanierungen Gewinne erwirtschaften wollen - im Falle Semmelhaack sogar mit Preisnachlass. In beiden Fällen müssen die BewohnerInnen auf Grund steigender Mieten den Stadtteil verlassen.

In Potsdam wurde nach der Wende nicht wie anderswo einfach ein großer Teil städtischer Immobilien der Gewoba zugeordnet, sondern an diese verkauft. Damit flossen dem Haushalt der Stadt Potsdam gerade um die Bundesgartenschau 2001 herum große Summen zu, während die Gewoba diese Käufe zumindest teilweise mit Krediten bezahlte, die nun von den MieterInnen abgestottert werden müssen.

Da die Versäumnisse der vergangenen Jahren beim Neubau kurzfristig nicht überwunden werden können, braucht es schnelle und pragmatische Ansätze. Mietsenkungen von 20% sind bei den städtischen Wohnungsgesellschaften machbar. Und weil sich das über den neuen Mietspiegel, der Ende des Jahres erneuert wird, auch auf alle anderen Mieten auswirken soll, muss diese Maßnahme vorher umgesetzt werden.

Mietensenkung um 20 %

Die Mieten steigen in Potsdam seit Jahren drastisch. Dies bedroht mittlerweile die Lebenshaltung vieler Menschen in dieser Stadt. Um dem Einhalt zu gebieten, schlagen wir vor, dass die städtische Wohnungsgesellschaft alle Wohnungsmieten bis Ende des Jahres in ihrem Bestand um 20 % senkt. Das führt nicht nur zu einer deutlichen Entlastung der MieterInnen bei der Gewoba bzw. Pro Potsdam, sondern wird, da sich durch eine generelle Mietsenkung bei der größten Vermieterin der Stadt auch der Mietspiegel ändert, auch zu Entlastungen für MieterInnen führen, die auf dem privaten Wohnungsmarkt suchen.

Unser Vorschlag ist der einzige, der kurzfristig und wirksam das Problem der sehr hohen und steigenden Mieten konsequent anpackt. Alle bisher angedachten Maßnahmen sollten entweder nur vom Problem ablenken, greifen zu kurz oder sind nicht umgesetzt worden.

Gewoba / Pro Potsdam

Grundsätzlich erscheint die kommunale Wohnungsgesellschaft als das geeignete Instrument, um bezahlbaren Wohnraum in Potsdam sicherzustellen. Mit der größten Vermieterin in Potsdam und einem immer noch großen Wohnungsbestand könnte die Stadt regulierend in den Wohnungsmarkt eingreifen. Das tut sie aber bisher nicht, weil die Wohnungspolitik der Marktlogik untergeordnet wird und weil die inzwischen zur Pro Potsdam umgewandelte Gewoba die Kredite zu bedienen hat, mit denen um 2000/2001 herum über den Kauf städtischer Immobilien der Stadthaushalt gestützt wurde. Mit einer politischen Entscheidung, die Mieten um 20 % zu senken, hört die Pro Potsdam auf, ein reiner Erwerbsbetrieb zu sein und wird endlich wieder als wohnungspolitisches Instrument der Stadt genutzt.

Mietobergrenzen gescheitert

Bereits 1994 beschloss die Stadtverordnetenversammlung die Festlegung von Mietobergrenzen in den damaligen Sanierungsgebieten in Babelsberg oder der Innenstadt, weil ganz offensichtlich war, dass die Sanierung der Stadtteile durch Kirsch und Co. zu einem deutlichen Anstieg der Mieten und zur weitgehenden Verdrängung der ansässigen BewohnerInnen führen wird. Viel Herzblut investierte die Stadtverwaltung in die Durchsetzung des Beschlusses aber nicht. Als Grundstückseigentümer juristisch gegen die Mietobergrenzen vorgehen und Berliner Bezirke sich für die Deckelung der Mieten stark machten, übernahm die Potsdamer Verwaltung die Rechtsposition der Vermieter und schickte den Stadtverordneten Artikel aus Magazinen für Grundstückseigentümer, in denen gegen die Mietobergrenzen Stimmung gemacht wurde. Nachdem das Berliner Oberverwaltungsgericht die Mietobergrenzen für unvereinbar mit dem Sanierungsrecht erklärte, beschloss die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der Fraktion Die Andere, Milieuschutzsatzungen für die Sanierungsgebiete festzulegen und damit die Mietobergrenzen zu retten. Der Oberbürgermeister weigerte sich aber schlichtweg, diesen Beschluss umzusetzen.

Konzeptlos gegen hohe Mieten

Seit der Jahrtausendwende steigt der Zuzug nach Potsdam. Gleichzeitig ging der Wohnungsbau zurück. Wohnungen wurden immer knapper. Inzwischen bestreitet auch im Potsdamer Rathaus niemand mehr, dass insbesondere kleine preisgünstige Wohnungen fehlen. 2009 wurde das Stadtentwicklungskonzept Wohnen vorgelegt. Darin wurde ein Neubaubedarf von 11.553 Wohnungen bis 2020 festgestellt. Als denkbare Maßnahmen wurden vorgeschlagen, städtische Grundstücke für den Wohnungsbau kostengünstig bereitzustellen, Belegungsrechte anzukaufen oder auf Mieterhöhungsspielräume zu verzichten. Drei Jahre später hat sich die Situation nur verschärft, aber die Vorschläge wurden nicht ernsthaft umgesetzt. Mittlerweile flieht auch die Mittelschicht vor Potsdams hohen Mieten und die Rathausspitze setzt die nächste Kommission ein.

Mehr als das Pilotprojekt eines Sozialfonds für flexible Belegungsbindungen der Pro Potsdam ist bisher noch nicht zustande gekommen. Dieser Fonds wird genutzt, um die Differenz zwischen der tatsächlichen Miete und dem, was die Kommune als Kosten der Unterkunft übernimmt, im Einzelfall zu tragen. Dabei genügt das Volumen des Fonds gerade einmal, um 100 - 200 Wohnungen im

niedrigen Preissegment zu halten, wobei der Bedarf weit höher ist. Die angekauften Belegungsbindungen sind zeitlich begrenzt und laufen also nach einiger Zeit aus. Eine dauerhafte Sicherung bezahlbaren Wohnraums ist damit nicht möglich.

Auf der anderen Seite wurden alle konstruktiven Vorschläge zum Erhalt preiswerter Wohnungen abgelehnt. So scheiterte Die Andere mit Forderungen nach einer bedarfsgerechten Sanierung von Altbaubeständen durch Fördermittel. Die Pro Potsdam weigerte sich, Landesförderungen zu beantragen, weil sie damit zur Mietpreisdeckelung verpflichtet wäre. Selbst der Antrag, dass die Mieten bei der städtischen Pro Potsdam nicht oberhalb des Mietspiegels liegen sollen, wurde abgelehnt.

Stattdessen werden Wohnungsforen veranstaltet, Expertenrunden gegründet und Gutachten erarbeitet. Allerdings wird dies den Anstieg der Mieten in Potsdam nicht stoppen können, solange Stadt und Pro Potsdam nicht bereit sind, für den Erhalt preiswerter Wohnungen Geld auszugeben und auf die profitable Vermarktung des Wohnungsbestandes zu verzichten.

Darum: minus 20 % jetzt!

Die Fraktion Die Andere fordert, dem weiteren Anstieg der Mieten und dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum endlich ein klares Signal entgegen zu setzen.

Eine Senkung aller Wohnungsmieten im Bestand der städtischen Wohnungsgesellschaft um 20 % würde den in Potsdam fehlenden bezahlbaren Wohnraum schaffen. Das würde über den Mietspiegel auf die ganze Stadt ausstrahlen. Nur so können wieder viel mehr Wohnungen auf einen Mietpreis von 5,50 Euro kalt gedrückt werden, was in Potsdam dem Höchstwert entspricht, den die Stadt als „Kosten der Unterbringung“ für Menschen übernimmt, die Sozialleistungen wie Grundsicherung oder Arbeitslosengeld II beantragen.

Uns ist klar, dass uns wieder entgegengehalten wird, dass diese Idee nicht finanzierbar ist. Aber warum sind denn in anderen Städten Wohnungen so viel billiger als in Potsdam? Zement und Handwerkerstunden sind in Leipzig oder Dessau nicht billiger als in Potsdam. Die Grundstücke gehören der Pro Potsdam, so dass auch hier keine höheren Kosten entstehen.

Kurzum: Eine Senkung um 20 Prozent würde nicht den Ruin der Pro Potsdam bedeuten, sondern eine Anpassung an das Niveau sein, auf dem andere kommunale Wohnungsgesellschaften in anderen ostdeutschen Städten seit Jahren erfolgreich arbeiten, so z.B. in Leipzig und Jena.

Im Unterschied zu anderen Städten hat die Gewoba ihren Grundstücksbestand nach der Wende nicht kostenlos von der Stadt übernommen. Stattdessen hat die Stadt Potsdam die Grundstücke zwar mit der Gewoba als deren Vermögen ins Handelsregister eintragen lassen, aber im Nachhinein kaufte die Gewoba diese Grundstücke von der Stadt und zahlte dafür über 100 Millionen DM in die Stadtkasse. Es ist kein Geheimnis, dass der Schwerpunkt der Stadtentwicklung seit 1990 auf den Aufbau einer barocken Stadtkulisse gelegt wurde. Letztlich finanziert die Bevölkerung dies bis heute durch überhöhte Mieten.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0479

öffentlich

Betreff:

Anhebung der Ausbildungsvergütung im Klinikum "Ernst von Bergmann"

Einreicher: Fraktion Die Andere, Fraktion Potsdamer Demokraten

Erstellungsdatum 16.07.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
22.08.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Vertreter/innen der Stadt Potsdam in den Gremien des städtischen Klinikums „Ernst von Bergmann“ werden angewiesen, die nötigen Schritte zu veranlassen, um sicherzustellen, dass Auszubildende im Potsdamer Klinikum eine Ausbildungsvergütung erhalten, die mindestens so hoch ist wie im Krankenhaus Brandenburg.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Dezember 2012 über den Sachstand zu informieren.

Christine Anlauff
Fraktionsvorsitzende Die Andere

Peter Schultheiß
Fraktionsvorsitzender Potsdamer Demokraten

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragte mit der DS 10/1079 den Oberbürgermeister:

Gespräche mit den Tarifvertragsparteien des Klinikums ‚Ernst von Bergmann‘ einschließlich der Tochtergesellschaften mit dem Ziel zu führen, in einem ersten Schritt den Abschluss eines Tarifvertrages für den ‚Gesamtkonzern‘ zu befördern. Darüber hinaus soll das Tarifniveau schrittweise an das Tarifniveau des VKA herangeführt werden.

Weitergehende Anträge wurden zwar in den letzten Jahren mehrfach mit Hinweis auf die finanzielle Situation des städtischen Klinikums abgelehnt. Allerdings lässt sich dem oben zitierten Beschlusstext ein Auftrag entnehmen, die Bezahlung im Klinikum und seinen Tochtergesellschaften anzugleichen und das Niveau der Bezahlung insgesamt nach oben anzuheben.

Diesem Anliegen wird die Vergütung der Auszubildenden im städtischen Klinikum derzeit nicht gerecht. Im städtischen Klinikum der Stadt Brandenburg/Havel erhalten Auszubildende im Pflegebereich eine Ausbildungsvergütung, die sich am Tarifvertrag für Auszubildende im öffentlichen Dienst (TVAöD) orientiert, während das Potsdamer Klinikum deutlich unter diesen Vergütungssätzen bleibt:

Ausbildungsvergütung im Vergleich (Stand Februar 2012):

	Klinikum EvB	Städt. Klinikum Brandenburg/H.
1. AJ	626,53€	817,57€
2. AJ	677,77€	878,45€
3. AJ	780,18€	976,55€

Das Klinikum „Ernst von Bergmann“ zahlt damit den Auszubildenden in der Pflege zwischen 76 und 80% der Ausbildungsvergütung nach dem Tarifvertrag für Auszubildende im Öffentlichen Dienst bzw. dem Tarifvertrag für Auszubildende für das Städtische Klinikum in Brandenburg.

Für die geringere Ausbildungsvergütung ist aus unserer Sicht kein sachlicher Grund ersichtlich. Gerade in Potsdam liegen die Lebenshaltungskosten (besonders für Miete und Nebenkosten) deutlich über denen in der Stadt Brandenburg.

Auch die finanzielle Situation des Potsdamer Klinikums ist kein stichhaltiges Argument. Das Potsdamer Klinikum hat in den letzten Jahren jährliche Überschüsse in Millionenhöhe erwirtschaftet und dürfte kaum schlechter als in Brandenburg/Havel gestellt sein. Außerdem wird die in Brandenburg gezahlte Ausbildungsvergütung (in Höhe des TVAöD) in voller Höhe durch die Krankenkassen erstattet.

Daher sollte auch das Potsdamer Klinikum den Auszubildenden im Pflegebereich eine Vergütung in der Höhe des TVAöD erstatten und damit einen Beitrag zur Angleichung der Bezahlung in den einzelnen Kliniken im Land sowie zur schrittweisen Annäherung an das Tarifniveau der Kommunalen Arbeitgeberverbände leisten.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0536

öffentlich

Betreff:

Wechsel städtischer Bediensteter in die private Wirtschaft

Einreicher: Fraktionen Potsdamer Demokraten und Die Andere

Erstellungsdatum 07.08.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
22.08.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf geeignete Weise dafür Sorge zu treffen, dass städtische Bedienstete erst zwei Jahre nach ihrem Ausscheiden aus dem Arbeits-, Angestellten- oder Beamtenverhältnis bei der LHP zu einem Arbeitgeber wechseln, der Empfänger kommunaler Zuwendungen aus dem Geschäftsbereich war, dem der/die Bedienstete angehörte.

Das Verbot soll auch für Fälle gelten, in denen der/die städtische Bedienstete gegen Entgelt Leistungen für einen vorgenannten Arbeitgeber erbringt, ohne in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen zu werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Stadtverordneten im Januar 2013 über die ergriffenen Maßnahmen zu informieren.

Peter Schultheiß
Vorsitzender
der Fraktion Potsdamer Demokraten

Christine Anlauff
Vorsitzende
der Fraktion Die Andere

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Wechsel des Leiters des Jugendamtes zu einem Träger der Jugendhilfe, der bisher in nicht unerheblichem Maße auch aus dem Zuständigkeitsbereich des Jugendamtes Zuwendungen von der LHP erhalten hat, ist sowohl für den neuen Arbeitgeber als auch für den Bediensteten selbst nicht unproblematisch. Das gilt umso mehr, als in den vergangenen Monaten intensive Verhandlungen zwischen der LHP (Maßgeblich geführt vom Jugendamtsleiter Schweers) und den Trägern über die vertraglichen Rahmenbedingungen und die Höhe der Leistungsentgelte und Zuschüsse zu den Personal- und Sachkosten stattfanden und noch stattfinden.

Der Wechsel eines ehemaligen Kommissars der EU¹, eines früheren Bundeskanzlers², von Ministerpräsidenten einzelner Bundesländer³ sowie hochrangigen Bundes-, Landes- und Kommunalbeamten zu Unternehmen, die während der Amtszeit der Wechsler Empfänger von Aufträgen oder Begünstigte von Gesetzesänderungen waren, ist immer in der Öffentlichkeit Objekt kritischer Nachfragen der Presse gewesen und hat deutliche Kratzer am Bild der Staatsdiener, aber auch am Ansehen der jeweiligen Unternehmen hinterlassen.

¹ Bangemann zu Telefonica

² Gerhard Schröder zu Gasprom

³ z.B. Koch zu Hochtief



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0538

öffentlich

Betreff:

Kauf von 135 Wohnungen durch die ProPotsdam

Einreicher: Fraktionen Potsdamer Demokraten und DIE LINKE

Erstellungsdatum 07.08.2012

Eingang 902: _____

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
22.08.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister als Gesellschaftervertreter sowie die SVV-Aufsichtsratsmitglieder der ProPotsdam werden beauftragt, sich dafür einzusetzen, die in der Landeshauptstadt Potsdam gelegenen 135 Wohnungen (Hubertusdamm 31 – 47), die die TLG in einem Paket zum Verkauf anbietet, zu kaufen.

Soweit die TLG alle 11.500 Wohnungen nur im Paket verkaufen will, sollen der Oberbürgermeister und die Aufsichtsratsmitglieder darauf hinwirken, dass die ProPotsdam mit den anderen kommunalen Wohnungsgesellschaften eine Bietergemeinschaft bildet.

Peter Schultheiß
Vorsitzender
der Fraktion Potsdamer Demokraten

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Vorsitzender
der Fraktion DIE LINKE

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium: _____

Sitzung am: _____

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die bundeseigene Treuhand Liegenschaften (TLG) will 11.500 Wohnungen verkaufen; diese Wohnungen sind über ca. 42 Standorte in Ostdeutschland verteilt. Davon befinden sich 135 Wohnungen in Potsdam.

Wie die lokale und überregionale Presse meldete, konkurrieren um die begehrten TLG-Wohnungen die US-Kapitalgesellschaften Cerberus, Blackstone, Apollo sowie der Immobilienfonds der US-Investmentbank Morgan Stanley.

Derartige Fonds haben grundsätzlich nur **ein** Interesse, nämlich das Geld ihrer Anleger zu vermehren. Im Kapitaldeutsch nennt man das „Gewinnmaximierung“.

Insofern sind bei einem Verkauf an die Fonds Mietsteigerungen - im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten - mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu erwarten.

Was dabei herauskommen kann, hat die LHP unlängst erlebt, als bei den AWAG-Wohnungen den Mietern plötzlich Strom und Heißwasser abgedreht werden sollte, weil ihr Vermieter, eine ebensolche Gesellschaft, die von den Mietern bezahlten Nebenkosten nicht weitergeleitet hat.

Deshalb sollen die in Potsdam gelegenen Wohnungen von der ProPotsdam erworben werden. Der voraussichtliche Kaufpreis kann durch die bestehenden Mietverträge refinanziert werden.

Allerdings ist denkbar, dass die TLG alle 11.500 Wohnungen nur im Paket verkauft. In diesem Fall soll die ProPotsdam versuchen, mit anderen betroffenen kommunalen Wohnungsunternehmen eine Bietergemeinschaft zu bilden.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

12/SVV/0538

 öffentlich**Einreicher: Fraktionen Potsdamer Demokraten, DIE LINKE****Betreff: Kauf von 135 Wohnungen durch die ProPotsdam**

Erstellungsdatum 17.08.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
22.08.2012	Stadtverordnetenversammlung		X

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister als Gesellschaftervertreter sowie die SVV-Aufsichtsratsmitglieder der ProPotsdam werden beauftragt, sich dafür einzusetzen, die in der LHP gelegenen 135 Wohnungen (Hubertusdamm 31 – 47) die die TLG in einem Paket zum Verkauf anbietet, zu kaufen.

Soweit die TLG alle 11.500 Wohnungen nur im Paket verkaufen will, sollen der OB und die Aufsichtsratsmitglieder darauf hinwirken, dass die ProPotsdam mit den anderen kommunalen Wohnungsgesellschaften eine Bietergemeinschaft bildet.

Hilfsweise soll die ProPotsdam verpflichtet werden, mit dem potenziellen Erwerber des Gesamtpakets Verbindung mit dem Ziel aufzunehmen, die Potsdamer Wohnungen abzukaufen.

Peter Schultheiß
Fraktionsvorsitzender
Potsdamer Demokraten

Dr. Hans-Jürgen Scharfenber
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE

Begründung:

Die bundeseigene Treuhand Liegenschaften (TLG) will 11.500 Wohnungen verkaufen; diese Wohnungen sind über ca. 42 Standorte in Ostdeutschland verteilt. Davon befinden sich 135 Wohnungen in Potsdam.

Wie die lokale und überregionale Presse meldete, konkurrieren um die begehrten TLG-Wohnungen die US-Kapitalgesellschaften Cerberus, Blackstone, Apollo sowie der Immobilienfonds der US-Investmentbank Morgan Stanley.

Derartige Fonds haben grundsätzlich nur **ein** Interesse, nämlich das Geld ihrer Anleger zu vermehren. Im Kapitaldeutsch nennt man das „Gewinnmaximierung“.

Insofern sind bei einem Verkauf an die Fonds Mietsteigerungen - im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten - mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu erwarten.

Was dabei herauskommen kann, hat die LHP unlängst erlebt, als bei den AWAG-Wohnungen den Mietern plötzlich Strom und Heißwasser abgedreht werden sollte, weil ihr Vermieter, eine ebensolche Gesellschaft, die von den Mietern bezahlten Nebenkosten nicht weitergeleitet hat.

Deshalb sollen die in Potsdam gelegenen Wohnungen von der ProPotsdam erworben werden. Der voraussichtliche Kaufpreis kann durch die bestehenden Mietverträge refinanziert werden.

Allerdings ist denkbar, dass die TLG alle 11.500 Wohnungen nur im Paket verkauft. In diesem Fall soll die ProPotsdam versuchen, mit anderen betroffenen kommunalen Wohnungsunternehmen eine Bietergemeinschaft zu bilden.

Ist das nicht möglich, soll die ProPotsdam mit dem Erwerber der Wohnungen Verbindung aufnehmen, um die Potsdamer Wohnungen abzukaufen.

Unterschrift



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0539

Betreff:

öffentlich

'Büro für Bürgerbeteiligung' und 'Beteiligungsrat' der Landeshauptstadt Potsdam

Einreicher: Büro des Oberbürgermeisters
Fraktionen DIE LINKE,
SPD, Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 07.08.2012

Eingang 902: 07.08.2012

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
22.08.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Einrichtung eines „Büros für Bürgerbeteiligung“ der Landeshauptstadt Potsdam, welches zu gleichen Teilen durch die Stadtverwaltung Potsdam und einen zu bestimmenden freien Träger gleichberechtigt besetzt wird. Das Büro soll bis Mitte 2013 seine Arbeit aufnehmen und folgende Aufgaben erfüllen:
 - Planung, Koordinierung und Begleitung von Prozessen der Beteiligung in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachbereichen der Stadtverwaltung;
 - Aktivierung der Einwohner durch Vernetzung, Mobilisierung und Information;
 - Kontrolle einheitlicher Standards der Bürgerbeteiligung (Kompetenzzentrum);
 - interner und externer Erfahrungsaustausch.
- Gründung eines „Beteiligungsrates“ als sonstiges Beratungsgremium nach § 12 Hauptsatzung zur Begleitung der Arbeit des „Büros für Bürgerbeteiligung“. Bis Januar 2013 ist der Stadtverordnetenversammlung eine Geschäftsordnung vorzulegen, die Aufgaben, Zusammensetzung, Bildung und Größe des Beteiligungsrates bestimmen soll.
- Das Büro für Bürgerbeteiligung wird beauftragt, in Kooperation mit dem Beteiligungsrat eine Ziel- und Aufgabenplanung für die Aufbauphase zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis zu geben.
- Das Projekt wird über drei Jahre hinweg wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Grundlage der Evaluation sind die „Grundsätze der Bürgerbeteiligung“ (Anlage). Nach einem Jahr ist der Stadtverordnetenversammlung ein Zwischenbericht vorzulegen.

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Im Produkt 1110900/Büro des Oberbürgermeisters sind im Konto 5499000 derzeit 40.000 € Sachmittel für das Büro für Bürgerbeteiligung vorgesehen. Im Stellenplan sind 2 Vollzeitstellen (E11 und E5) für die Jahre 2012 ff. beschlossen.

Ab 2013 ergibt sich folgender Mehrbedarf pro Jahr:

Sachmittel freier Träger:	40.000 €
Personalmittel freier Träger:	90.000 €
Evaluation:	<u>20.000 €</u>
Mehrbedarf:	150.000 € pro Jahr

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Dr. H.-J. Scharfenberg
Vorsitzender der Fraktion DIE
LINKE

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

M. Schubert
Vorsitzender der Fraktion SPD

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
0	3	0	0	2	70	mittlere

Begründung:**A. Allgemeines**

Der Wunsch nach mehr und direkterer Beteiligung verändert zunehmend das Verhältnis zwischen Verwaltung, Politik und Bevölkerung. Insbesondere in Kommunen findet dieser Wandel mit hoher Intensität statt, da hier das unmittelbare Erleben der Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes (z.B. bei Entscheidungen in Fragen der Stadtentwicklung) am stärksten ausgeprägt ist. Dieser Entwicklung möchte sich die Landeshauptstadt Potsdam stellen und in einem aktiven Dialog aus Einwohnern, Verwaltung und Kommunalpolitik ein aus den Potsdamer Gegebenheiten und Bedürfnissen gewachsenes Modell zur langfristigen und verlässlichen Beteiligung aller Einwohner der Stadt entwickeln.

Ausgehend von einer Bestandsanalyse der in der Landeshauptstadt bereits bestehenden Bürgerbeteiligungsprozesse (DS 08/SVV/0435) wurde im Frühjahr 2011 das Ergebnis eines ersten Workshops der Stadtverwaltung mit externen Fachleuten dem Hauptausschuss zur Kenntnis gegeben (DS 11/SVV/0287). Darin wurden neue Instrumente der Bürgerbeteiligung vorgeschlagen.

Mit diesem Vorschlag lud der Oberbürgermeister am 14.09.2011 viele Vertreter unterschiedlicher Initiativen und Vereine zu einer Beteiligungskonferenz ein. Dort stellte er zusammen mit Vertretern aus der Wissenschaft ein Papier mit dem Titel „Bürgerbeteiligung – Ein Streitfeld zwischen Regierungskunst und Basisaktivierung“ vor, in dem eine ganze Reihe von Überlegungen und Vorschlägen vorgestellt wurden. Entwickelt wurde dieses Papier gemeinsam von Vertretern aus Wissenschaft, Verwaltung und Praxis. Die auf der Konferenz anwesenden Potsdamer Bürgerinnen und Bürger nahmen zwar viele der in dem Papier gemachten Vorschläge wohlwollend auf, stellten jedoch fest, dass das Papier in einem geschlossenen Kreis erarbeitet wurde und die Erfassung der speziellen Potsdamer Bedürfnisse und Gegebenheiten vermissen ließ. Als Folge wurde unter den Anwesenden vereinbart, dass unter Berücksichtigung des vorliegenden Papiers ein weiterer und offenerer Prozess stattfinden solle, der proaktiver die Einwohnerschaft Potsdams mit einbezieht.

Unter diesen Vorzeichen fand am 29.10.2011 eine Open-Space-Konferenz im Bürgerhaus am Schlaatz statt, auf der sich eine Vielzahl von Einwohnern beteiligten und die Möglichkeit hatten, unterschiedlichste Vorstellungen und Wünsche zu artikulieren. Auf der Konferenz wurde auf freiwilliger Basis die Gruppe „Beteiligung in Potsdam“ zusammengestellt, die die Aufgabe hatte, die Ergebnisse der Open-Space-Konferenz zu sichten und in übersichtlicher Form zusammenzufassen. Diese Gruppe hat darüber hinaus in intensiver Zusammenarbeit - streng fußend auf den Ergebnissen der Open-Space-Konferenz - konkrete Vorschläge erarbeitet, wie sich „Grundsätze der Beteiligung“ artikulieren ließen und wie ein Modellprojekt „Büro für Beteiligung“ umgesetzt werden könnte.

Diese Zusammenfassungen und Ausarbeitungen wurden am 04.05.2012 auf einer offenen Veranstaltung in Räumlichkeiten im Hauptbahnhof Potsdam vorgestellt, diskutiert und gemeinsam mit den Anwesenden erweitert. Im Zuge dessen zeigte sich, dass insbesondere die aus dem ersten Papier „Bürgerbeteiligung – Ein Streitfeld zwischen Regierungskunst und Basisaktivierung“ stammende Idee eines „Büros für Beteiligung“ in seiner auf den Folgeveranstaltungen weiterentwickelten und in dieser Beschlussvorlage vorgestellten Form großen Zuspruch fand.

In Konsequenz dieser Veranstaltungsreihe und der Arbeit der Gruppe „Beteiligung in Potsdam“ beschloss der Hauptausschuss auf seiner Sitzung am 09.05.2012, dass unter der Leitung des

Vorsitzenden der StVV aus einem Arbeitskreis aus Vertretern aller Fraktionen sowie der Gruppe „Beteiligung in Potsdam“ heraus ein Vorschlag für einen Beschlussantrag zu einem Modellprojekt „Büro für Bürgerbeteiligung“ erarbeitet und vorgelegt werden soll.

B. Besonderer Teil

zu Nummer 1

Das „Büro für Bürgerbeteiligung“ soll über eine zweiteilige gleichberechtigte Struktur verfügen und sowohl verwaltungsintern als auch verwaltungsextern arbeiten. Dafür sind zwei Stellen in der Verwaltung sowie finanzielle Mittel für einen freien Träger vorgesehen. Damit soll eine paritätische Besetzung des Büros durch Verwaltungsmitarbeiter und einen externen Träger ermöglicht werden.

Die externe Trägerschaft wird ausgeschrieben. Bewerber werden aufgefordert, eigene kreative Konzepte zur Umsetzung der Zielvorgaben und der Aufgabenstellung des Büros unter Verwendung des vorhandenen Budgets zu entwickeln und umzusetzen.

Um die Zusammenarbeit der Verwaltungsmitarbeiter mit dem externen Träger zu regeln, soll sich das Büro für Bürgerbeteiligung eine gemeinsame Geschäftsordnung geben.

Das Büro soll eine Schnittstelle zwischen Verwaltung und Einwohnerschaft sein. Dabei ist es zum einen ein Kompetenzzentrum für die Verwaltung, um Prozesse der Bürgerbeteiligung besser zu planen und zu koordinieren. Die Mitarbeiter sind Ansprechpartner für die Geschäftsbereiche der Verwaltung und sollen Hilfestellung bei Beteiligungsprozessen geben. Dies dient auch der Stärkung der Beteiligungskultur in der Verwaltung.

Zum anderen sollen im Sinne einer Basisaktivierung durch Vernetzung und Mobilisierung Bürgerbeteiligungsverfahren koordiniert und begleitet werden. Das Büro soll die Verbindung zu Initiativen, Stadtteilräten, Bürgervertretungen und Einrichtungen herstellen und als Ansprechpartner für die Einwohnerschaft dienen. Eine weitere Aufgabe soll die Kompetenzvermittlung für Initiativen, Vereine und Bürger sein, die sich aktiv beteiligen wollen. Damit sollen Hürden der Beteiligung abgebaut, Hilfestellung gegeben, Ansprechpartner vermittelt und ein niedrigschwelliger Zugang gesichert werden.

Das Büro für Bürgerbeteiligung kann Drittmittel für ergänzende Projekte einwerben.

Mit dieser Vorlage wird der Beschluss der SVV vom 04.05.2011 zu DS 11/SVV/0313 umgesetzt.

zu Nummer 2

Zur Begleitung der Arbeit des „Büros für Bürgerbeteiligung“ und als Beratungsgremium der Stadtverordnetenversammlung zu Fragen der Bürgerbeteiligung wird ein „Beteiligungsrat“ gegründet, dessen genaue Ausgestaltung bis Ende 2012 diskutiert werden soll.

Bis zu seiner Einsetzung durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung wird die durch Beschluss des Hauptausschusses vom 09.05.2012 gebildete Gruppe die Verwaltung im weiteren Diskussionsprozess beraten und begleiten.

zu Nummer 3

Eine Ziel- und Aufgabenplanung dient der Ergänzung der Geschäftsordnung und soll die Arbeit des „Büros für Bürgerbeteiligung“ strukturieren und Arbeitsschritte in einem Projektplan aufzeigen. Die Planung soll verbindlich die Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungsmitarbeitern und dem externen Träger abstimmen, den Aufbau der Arbeitsstruktur und der Arbeitsabläufe dokumentieren und erreichbare Aufgaben in der Aufbauphase abstecken. Die Aufbauphase soll nach einem halben Jahr – also Ende 2013 – abgeschlossen sein.

zu Nummer 4

Das Projekt ist vorerst auf 3 Jahre angelegt. Damit begibt sich die Landeshauptstadt Potsdam in ein bisher einmaliges Experiment der Zusammenarbeit von Verwaltung, einem freien Träger und einem ehrenamtlichen Beirat zur Förderung der Bürgerbeteiligung. Es ist daher sinnvoll, eine begleitende wissenschaftliche Evaluation des Prozesses in Auftrag zu geben, um im Anschluss an die dreijährige Modellphase Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen.

Als Eckpunkte der Evaluation werden die „Grundsätze der Bürgerbeteiligung“ dienen, die im Diskussionsprozess entstanden sind. Sie sind als Anlage beigefügt.

Anlage

Grundsätze der Bürgerbeteiligung

- Dokument vom 4.5.2012, Vorlage der Auswertung der Open Space Konferenz vom 29.10.2011

Grundsätze der Bürgerbeteiligung

Ein in vielen Gesprächsrunden wiederkehrendes Thema waren die Grundsätze der Bürgerbeteiligung und welche Voraussetzungen eigentlich gegeben sein müssen, damit Mitbestimmung auf Augenhöhe für alle Beteiligten ermöglicht wird. Dabei wurde auch das Ziel formuliert, ein „Bewusstsein“ für die eigene Stadt zu entwickeln und das Bild des „Aktiven Bürgers“ zu fördern. Bürgerbeteiligung beginnt im direkten Umfeld eines jeden Einwohners, deshalb sollte die Beteiligungskultur auch aktiv in den Stadtteilen gefördert und entwickelt werden. Dabei sind gegenseitiges Vertrauen, eine klare, eindeutige und verständliche Kommunikation und transparente Entscheidungsprozesse die Grundlagen, um die Diskrepanz zwischen Stadtverwaltung, Bürgerschaft und Stadtpolitik abzubauen. Dabei wurde auch auf die Gemeinsamkeiten und teilweise gleichen Zielsetzungen von Bürgerschaft, Stadtpolitik und Stadtverwaltung hingewiesen und gefordert, die Bürger/innen stärker als die "Experten vor Ort" einzubeziehen. Eine weitere Unterscheidung ist zwischen aktiver und passiver Bürgerbeteiligung zu treffen. Dabei wurde auf die unterschiedliche Bedeutung und Herangehensweise bei der Bürgerbeteiligung von unten (bottom-up), z.B. durch Bürgerinitiativen und Vereine, und die Bürgerbeteiligung von oben (top-down) durch die Verwaltung, z.B. durch Bürgerbefragungen, Werkstattverfahren und andere Instrumente, hingewiesen.

Die Grundsätze sind im Weiteren in folgenden Punkten ausgeführt:

Verbindlichkeit

Die Bürger/innen brauchen die Gewissheit, dass ihre Vorschläge und Beiträge von der Stadtpolitik und Stadtverwaltung Gehör finden und auch ernstgenommen werden. Bürgerbeteiligung als Ergänzung zu den bestehenden Formen der repräsentativen Demokratie braucht demnach eine verbindlich festgelegte Grundlage. Dazu sollte es zunächst einen grundsätzlichen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung geben, der die Verbindlichkeit von Beteiligungsverfahren regelt. Für einzelne Beteiligungsverfahren (z.B. Workshops, Werkstattverfahren, usw.) braucht es einen Handlungsrahmen (z.B. durch Kooperationsvereinbarungen), der beschreibt, welche Einflussmöglichkeiten konkret bestehen und welche nicht. Eine klare Verbindlichkeit erhöht die Akzeptanz und Bereitschaft zur Beteiligung.

Frühzeitige Einbeziehung

Eine frühzeitige Einbeziehung der Einwohner/innen fehlt derzeit oftmals, ist jedoch erstrebenswert, damit Entscheidungen zu Fragestellungen gemeinsam erarbeitet werden und nicht im Nachhinein über schon beschlossene Sachverhalte debattiert wird.

Informationsbereitstellung

Um eine Diskussion auf Augenhöhe führen zu können, ist eine umfassende Information über alle Belange zu der jeweiligen Fragestellung unerlässlich. Alle relevanten Informationen sollen daher in einem frühen Stadium bereitgestellt und verständlich aufbereitet werden. Dabei ist auf einen gegenseitigen Informationsfluss zu achten, bei dem auch die Verwaltung und die Politik Kenntnisse über die Diskussion im Beteiligungsverfahren bekommen, die ähnlich verständlich aufbereitet werden müssen. Der Zugang zu Informationen soll ohne Barrieren möglich sein.

Kommunikation

Die Kommunikationsform soll offen, direkt, persönlich und proaktiv/initiativ sein. Die Umgangsformen in Beteiligungsverfahren sollen sachlich und konstruktiv sein. Dabei sollen Vorwürfe vermieden und es soll einander gegenseitig ohne Misstrauen begegnet werden. Verschiedene Sichtweisen auf ein Thema sollen gleichberechtigt behandelt werden. Alle Beteiligten sollen mit ihren Bedürfnissen wahrgenommen, anerkannt und ernst genommen werden.

Aktivierung

Bürgerbeteiligung setzt die Einbeziehung von möglichst vielen Interessierten voraus. Das Ziel muss sein, nicht über, sondern mit den Menschen in den Dialog über ihre Wünsche, Vorstellungen und Ideen zu treten. Dabei sollen alle mitgenommen werden. Je nach Thema, Gruppe der Betroffenen und Fragestellung sind dafür unterschiedliche Herangehensweisen und Ansätze im Verfahren zu

überlegen. Die Hindernisse sich einzubringen (mangelnde Zeit, eingeschränkte Mobilität, Sprachhemmnisse, Kenntnisstand) sollen abgebaut werden.

Anerkennungskultur

Die an Beteiligungsverfahren beteiligten Personen aus Verwaltung, Bürgerschaft und Politik sollten eine gemeinsame Kultur der Anerkennung und Wertschätzung entwickeln. So sollte z.B. das Engagement von Mitarbeiter/innen aus der Stadtverwaltung auch innerhalb der Verwaltung Anerkennung finden.

Gleichbehandlung

Alle Bevölkerungsgruppen sollen gleichberechtigt in Beteiligungsverfahren einbezogen werden. Bürgerbeteiligung soll so zur EinwohnerInnen-Beteiligung werden. Eine gleichberechtigte Beteiligung muss darauf abzielen, dass alle EinwohnerInnen der Stadt unabhängig von Herkunft, Einkommen, Geschlecht, Alter, Sprachfähigkeit die gleichen Chancen haben, sich in die Gestaltung ihres direkten Lebensumfeldes einzubringen. Dazu müssen die Strukturen der Beteiligung darauf ausgerichtet sein, benachteiligte Gruppen – wie zum Beispiel Jugendliche, SeniorInnen, Nicht-Deutsche-StaatsbürgerInnen etc. – verstärkt einzubeziehen und ihnen den Zugang zu Möglichkeiten der Teilhabe zu erleichtern.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0570

Betreff:

öffentlich

Handlungsauftrag Wagenhausburg Hermannswerder

Einreicher: SB Recht und Grundstücksmanagement

Erstellungsdatum 23.08.2012

Eingang 902: 23.08.2012

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
12.09.2012	Hauptausschuss		X

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss möge beschließen:

1. Die Bewohner der Wagenhausburg erhalten einen Pachtvertrag mit einer Laufzeit von 5 Jahren. Für das Versetzen der Bauwagen in die bebaubare Fläche ist durch die Wagenhausburg eine Baugenehmigung zu beantragen, um nach Erteilung der Baugenehmigung die Bauwagen zu versetzen.
2. Parallel hierzu wird der Verkauf des Pachtgrundstückes der benachbarten Grundstücke zur Realisierung einer Wohnbebauung vorbereitet.
3. Vertraglich wird der Wagenhausburg ein Vorkaufsrecht für das derzeit genutzte Grundstück eingeräumt.
4. Bis zur Beendigung des Pachtvertrages wird die Landeshauptstadt Potsdam das Grundstück in Golm, Kuhforter Damm, als möglichen Ersatzstandort für die Wagenburg vorhalten.

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Die Entscheidung über das weitere Vorgehen ist von erheblicher Bedeutung für die Umsetzung von Ansätzen in der mittelfristigen Investitionsplanung.

Die zu erzielenden Erlöse von Veräußerungen der Grundstücke sowie aus dem Abschluss eines Pachtvertrages für die Wagenhausburg kommen der Landeshauptstadt Potsdam zugute. Derzeit werden Erlöse aus Grundstücksveräußerungen i.H.v. insgesamt 5.174.000,00 € prognostiziert (siehe DS 12/SVV/0437, Variante 1).

In dem genannten Wert ist eine Wartezeit von 5 Jahren mindernd berücksichtigt. Bei kürzerer Wartezeit können sich die Erlöse erheblich erhöhen und das Risiko von Bodenwertschwankungen verringert sich. Im Hinblick auf die sinkenden Eigenmittel der LHP für Investitionen im Finanzplanungszeitraum einerseits und den angespannten Wohnungsmarkt andererseits ist eine schnellere Verwertung als nach Ablauf der angenommenen Wartezeit geboten. Diese ist nur für kleinere Teilflächen möglich. Die erst nach Ablauf der vollen Wartezeit von 5 Jahren zu verwertende Pachtfläche der Wagenhausburg stellt die werthaltigste Teilfläche dar.

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Begründung:

Aufgrund des SVV-Beschlusses vom 07.12.2011, DS-Nr.: 11/SVV/0787, ist die Verwaltung erneut in Gespräche mit der Wagenhausburg eingetreten und hat die erforderlichen Verkehrswertgutachten erstellen lassen. Das Arbeitsergebnis des vorgenannten Beschlusses wurde dem Hauptausschuss mit der Mitteilungsvorlage DS 12/SVV/0437 (Wagenhausburg Hermannswerder-Stand der Verhandlungen) vorgestellt. Auf den Inhalt der Mitteilungsvorlage wird verwiesen.

In der Mitteilungsvorlage wurden 3 Szenarien bezüglich der möglichen Vermarktungserlöse der einzelnen Teilflächen auf Hermannswerder hinsichtlich der wirtschaftlichen Auswirkungen für die Landeshauptstadt Potsdam und deren Umsetzbarkeit verglichen und vorgestellt. Dabei wurden die Varianten vollständiger Verkauf oder Verkauf nur der Umfeldgrundstücke bei Weiterbestehen der Wagenhausburg in den Alternativen Verkauf von Teilflächen oder Verkauf an einen Gesamtinvestor untersucht.

In Auswertung der in der Mitteilungsvorlage DS 12/SVV/0437 (Wagenhausburg Hermannswerder-Stand der Verhandlungen) angenommenen 3 Szenarien und vor dem Hintergrund der darin dargestellten Sachverhalte und Bewertungsergebnisse ergibt sich die folgende Handlungsempfehlung:

1. Die Bewohner der Wagenhausburg erhalten einen Pachtvertrag mit einer Laufzeit von 5 Jahren. Für das Versetzen der Bauwagen in die bebaubare Fläche ist durch die Wagenhausburg eine Baugenehmigung zu beantragen, um nach Erteilung der Baugenehmigung die Bauwagen zu versetzen.
2. Parallel hierzu wird der Verkauf der Grundstücke zur Realisierung einer Wohnbebauung vorbereitet.
3. Vertraglich wird der Wagenhausburg ein Vorkaufsrecht für das derzeit genutzte Grundstück eingeräumt. Dies erfolgt schuldrechtlich. Durch das Vorkaufsrecht hat die Wagenhausburg das Recht, in einen künftigen Kaufvertrag zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und einem Dritten (beispielsweise im Ergebnis eines Ausschreibungsverfahrens) zu den dort vereinbarten Bedingungen einzutreten. Das heißt insbesondere, dass auch der dort vereinbarte Kaufpreis unverändert zu übernehmen und an die Landeshauptstadt Potsdam zu zahlen ist.
4. Bis zur Beendigung des Pachtvertrages wird die Landeshauptstadt Potsdam das Grundstück in Golm, Kuhforter Damm, als möglichen Ersatzstandort für die Wagenburg vorhalten.

Sofern kein Beschluss zum weiteren Verfahren gefasst wird, ergibt sich aus der aktuellen Rechtslage folgendes:

Der bisherige Pachtvertrag mit der Wagenhausburg endet am 30.09.2012. Mit Ablauf des Pachtvertrages wird auch das ordnungsbehördliche Verfahren wieder aufgenommen. Das bedeutet, die Beseitigungsverfügung vom 14.07.2009, deren Vollstreckung bis 30.09.2012 ausgesetzt wurde, wird wieder aktiviert (Grundlagen: Ablehnung der Baugenehmigung vom 19.10.2005, Widerspruchsbescheid vom 12.05.2010, Klageverfahren ruht derzeit.).

Hinsichtlich des Mietvertrags ist davon auszugehen, dass das Mietverhältnis lt. Ursprungsvertrag bis spätestens zum 30.09.2009 befristet war. Da die vereinbarte Räumung binnen 6 Monaten bei Versagung der Baugenehmigung nicht erfolgte, hat sich das Mietverhältnis aufgrund der Duldung auf unbestimmte Zeit verlängert. Eine Kündigung wäre nach § 580a BGB unter Beachtung der ordentlichen Kündigungsfristen möglich. Die Kündigung ist demgemäß erneut auszusprechen.

Aus vorgenanntem Grund wird gebeten, dem Entscheidungsvorschlag der Verwaltung zu folgen und den Handlungsauftrag zu beschließen.

Anlage:

Berechnungstabelle Demografieprüfung

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungs- index Demografie	Bewertung Demografie- relevanz
0	1	3	0	3	130	große



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0468

öffentlich

Betreff:

Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 09.07.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
22.08.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den Bewohner/innen der WagenHausBurg in Verhandlungen zum Abschluss eines Erbbaurechts- bzw. Kaufvertrages für den jetzigen Standort Tornowstraße 38 auf Hermannswerder einzutreten.

Über die jeweiligen Ergebnisse der Gespräche ist der Hauptausschuss alle zwei Monate, beginnend im Oktober 2012, zu informieren.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Diskussionen um den Erhalt des „Lebens- und Lernortes Tornowstraße 38 - nachhaltig leben im urbanen Raum“ konnten trotz des großen Interesses der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung und der Bemühungen der WagenHausBurg-Bewohner/innen zu keinem konkreten Ergebnis geführt werden.

Die in dem geltenden Vertrag enthaltene Option auf Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages war für die Bewohner/innen der WagenHausBurg über die gesamten 12 Jahre der Existenz des Projektes Grundlage ihres konzeptionellen Denkens und Handelns.

Wie dem Konzept des Gemeinschaftsprojektes u. a. zu entnehmen ist, wurden bisher alle Angebote und Projekte selbst bzw. durch akquirierte Fördermittel finanziert.

Die notwendig gewordenen baulichen Maßnahmen jedoch sind nicht aus eigener Kraft finanzierbar, können nur über Fremdfinanzierung, also durch eine Kreditaufnahme, realisiert werden. Dafür müssen die eigentumsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Über den sozialen Wert des Projektes in seiner Innen- und Außenwirkung wurde bereits viel Positives erklärt. Das legt nahe, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass sich die WagenHausBurg ihren jetzigen Standort langfristig entwickeln kann.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0515

Betreff:

öffentlich

Familien- und Sportbad Brauhausberg

Einreicher: FB Bildung und Sport

Erstellungsdatum 02.08.2012

Eingang 902: 02.08.2012

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
22.08.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Das Finanzierungskonzept – Anlage 1 – für den Bau eines Familien- und Sportbades wird beschlossen.
2. Das Betreiberkonzept – Anlage 2 – für den Bau eines Familien- und Sportbades wird mit der Maßgabe der Vorläufigkeit beschlossen.
3. Spätestens zur Beauftragung des Generalplaners für das Familien- und Sportbad durch die SWP sind der Stadtverordnetenversammlung die fortgeschriebenen Anlagen 1 und 2 (einschl. Anlagen) erneut zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Siehe Finanzierungskonzept

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Begründung:

Gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 06.06.2012 Drucksache 12/SVV/0390, Punkt 1 wird für den Bau eines Familien- und Sportbades ein Finanzierungskonzept (Anlage 1) und ein Betreiberkonzept (Anlage 2) vorgelegt.

Das Finanzierungskonzept enthält die Finanzansätze, die den Bau eines Familien- und Sportbades am Standort Nord hätten realisieren können. Für eine Umsetzung am Standort Brauhausberg werden wie im Finanzierungskonzept beschrieben weitere Maßnahmen erforderlich, die zum jetzigen Stand der Planung und Realisierung noch nicht in Zahlen ausgedrückt werden können.

Die Erläuterungen zu einem Kostenrahmen für das Familien- und Sportbad am Brauhausberg, der bislang nur auf einer Grobkostenschätzung für den geplanten Badneubau an der Biosphäre basieren kann, werfen naturgemäß diverse Verständnisfragen auf, die durch das vorliegende Finanzierungskonzept allein nicht beantwortet werden können. Im Hinblick auf die Kalkulationsgrundlagen für das vorliegende Finanzierungskonzept und im Vorgriff auf zu erwartende Verständnisfragen wurde daher eine "Dokumentation der Grundlagen und Angaben" erstellt, die dieser Vorlage als Anlage 3 beigefügt ist.

Soweit sich im Zuge der weiteren Vorbereitung Veränderungen des Finanzierungskonzeptes (Anlage 1) und des Betreiberkonzeptes (Anlage 2) ergeben, sollen zum besseren Verständnis auch die Abweichungen gegenüber den in Anlage 3 dokumentierten Grundlagen in ähnlicher Form dokumentiert werden.

Anlagen 1 bis 3 und Finanzkonzept

Anlage 1

Beschluss: Neubau eines Familien- und Sportbades Am Brauhausberg**Finanzierungskonzept gemäß Pkt. 1 des StVV-Beschlusses vom 06.06.2012**

Die Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP) wird gemäß o. g. Beschluss beauftragt, die Errichtung eines Familien- und Sportbades zu planen.

Der durch den Beschluss vorgegebene Kostenrahmen für das Projekt beträgt 23 Mio. € (netto), gemäß Beschlussfassung sind die Stellplatzflächen davon ausgenommen.

Die Annahme der Projektkosten basiert auf folgender Grobkostenschätzung aus dem VOF-Vergabeverfahren für Generalplanungsleistungen für ein Sport- und Familienbad im Bornstedter Feld:

Kostengruppe 100	0 €
Kostengruppe 200	60.000 €
Kostengruppe 300	11.617.500 €
Kostengruppe 400	5.475.012 €
Kostengruppe 500	1.000.000 €
Kostengruppe 600	185.000 €
Kostengruppe 700	4.034.253 €
<u>SUMME</u>	<u>22.371.765 €</u>

Kostenstand dieser Grobkostenschätzung ist das III. Quartal 2011, es wurden die Baustandards für energieeffiziente Gebäude gemäß der zum Zeitpunkt der Abnahme geltenden Energieeinsparverordnung 2012 (EnEV) berücksichtigt.

Zur Realisierung des Projektes am Standort „Brauhausberg“ sind zusätzliche Maßnahmen erforderlich, die nicht Bestandteil des Referenzangebotes für ein Sport- und Familienbad im Bornstedter Feld waren. Dazu gehören:

- ggf. energetische Maßnahmen, wie z. B. Passiv- oder Nullenergiehausstandard oder der Einsatz von Technik zur Erzeugung erneuerbarer Energie
- höhere standortspezifische gestalterische Ansprüche des Areals am Brauhausberg
- Durchführung von zusätzlichen Planungswettbewerben
- Rechtsberatung
- Erstellung von Gutachten und Konzepten für den Standort Brauhausberg
- Überarbeitung des Bebauungsplanes 36-2
- Vermarktung von Flächen am Brauhausberg
- Schaffung von ausreichenden Parkmöglichkeiten am Brauhausberg
- Baureifmachung und Medienschließung des Grundstückes
- temporäre Erschließungslösungen während der Bauphase und Weiterbetrieb der alten Schwimmhalle in dieser Zeit
- Kosten für ggf. erforderlichen Grunderwerb einschl. Erwerbsnebenkosten
- Kosten für ggf. erforderliche Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen

Eine tabellarische Aufbereitung, welche Maßnahmen Teil der Grobkostenschätzung zur Errichtung des Freizeitbades sind und welche Maßnahmen nicht innerhalb des Budgets i. H. v. 23,0 Mio. € liegen, ist in **Anlage a** zu finden.

Anlage 1

Des Weiteren sollen erwartete Erlöse aus dem Verkauf von Flächen am Brauhausberg zur Finanzierung des Bades eingesetzt werden. Die Höhe der Erlöse aus Grundstücksverkäufen ist u. a. abhängig von

- der Größe der zu verkaufenden Flächen,
- ihrer Lagequalität,
- Art und Maß der zulässigen Bebauung,
- dem Entwicklungsstand (beräumt / nicht beräumt),
- den Grundstücksmarktverhältnissen zum Verkaufszeitpunkt.

Da diese Einflussgrößen noch nicht feststehen, konnten konkrete Grundstückswerte noch nicht ermittelt werden. Die tatsächliche Höhe der Erlöse ist der SWP daher derzeit nicht bekannt.

Für das Gesamtprojekt „Neubau eines Familien- und Sportbades“ kann daher noch kein endgültiges realistisches Gesamtkostenbudget durch die SWP benannt werden.

Die SWP wird die Investition für das zu errichtende Sport- und Freizeitbad am Brauhausberg durch Aufnahme von Einzelkrediten finanzieren.

In **Anlage b** erfolgt eine ergänzende Information zur Bezuschussung der Hallenbäder ab dem Jahr 2017. Es werden die für die aktuelle Berechnung des zukünftigen Zuschusses getroffenen Annahmen dargelegt und mögliche Auswirkungen steigender Investitionskosten oder sinkender Verkaufserlöse für Flächen am Brauhausberg auf den zukünftigen Zuschuss in Szenarien berechnet.

Familien- und Sportbad am Brauhausberg – Projektkostenübersicht zum Finanzierungskonzept

- Leistungen gemäß Grobkostenschätzung zur Errichtung des Familien- und Sportbades (max. 23,0 Mio. €)

Leistung	Leistungszeitraum
Projektsteuerung	2013 – 2016
Planungsleistungen	2014 – 2016
Bauleistungen	2015 – 2016

- Zusätzliche Maßnahmen zur Errichtung des Familien- und Sportbades, die nicht im Kostenbudget (23,0 Mio. €) enthalten sind

Leistung	Leistungszeitraum
Ggf. zusätzliche energetische Maßnahmen	2015 – 2016
Höhere gestalterische, architektonische Anforderungen aus dem Städtebaulichen Wettbewerb	2015 – 2016
Durchführung von zusätzlichen Planungswettbewerben	2012 / 2013
Rechtsberatung	2012 – 2016
Erstellung von Gutachten und Konzepten für den Standort „Brauhausberg“ über den gegenwärtigen Stand hinaus	2012 – 2014
Überarbeitung des Bebauungsplanes 36/2	2013 – 2014
Vermarktung von Flächen am Brauhausberg	ab 2014
Schaffung von Parkmöglichkeiten für das FSB	2015 – 2016
Baureifmachung, wie z. B. Medienumverlegungen, restliche Munitionsberäumung	2014
Medienschließung des Grundstückes	2015 – 2016
Temporäre Erschließungslösungen	2014 – 2016
Ggf. Grunderwerb einschl. Nebenkosten	2014
Ggf. Kosten für Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen	2014

- Die Höhe der Erlöse aus Grundstücksverkäufen zur Refinanzierung ist der SWP derzeit nicht bekannt.

Information zur Bezuschussung der Hallenbäder ab dem Jahr 2017

Auswirkungen sinkender Verkaufserlöse BHB und steigender Investitionskosten

(Alle Angaben in T€)

KBS Zuschuss -32.061 Summe 30 Jahre Betrieb
-1.043 p. a. im Durchschnitt

FSB	Beschluss	sinkender Verkaufserl.	steigende Inv.kosten	steigende Inv.kosten + sinkend.Verkaufserlös
Investition	23.000	23.000	29.000	26.000
Verkaufserlös	6.000	3.000	6.000	3.000
Finanzierungssumme	17.000	20.000	23.000	23.000
Zuschuss Summe 30 Jahre Betrieb FSB	-47.721	-49.533	-57.344	-54.344
Zuschuss p. a. im Durchschnitt FSB	-1.552	-1.611	-1.708	-1.767
Zuschuss p. a. im Durchschnitt mit KBS	-2.595	-2.653	-2.751	-2.810
<i>Abweichung zum Beschluss</i>		-59	-118	-215
				-372
				-431

Ergebnis:

Bei gleicher Finanzierungssumme erhöhen steigende Investitionskosten die Betriebskosten stärker als sinkende Verkaufserlöse.

Erklärung:

Zusätzlich zum höheren Zinsaufwand erhöhen sich bei steigenden Investitionskosten auch die Abschreibungen.

KBS = Kiezbad Am Stern
FSB = Familien- und Sportbad am Brauhausberg
BHB = Brauhausberg (Grundstück)

Anlage b zum Finanzierungskonzept

Information zur Bezuschussung der Hallenbäder ab dem Jahr 2017

2017 = voraussichtlich 1. Betriebsjahr des neuen Familien- und Sportbades am Brauhausberg

Zuschuss lt. Planung Stand VOF-Verfahren zum Standort Bornstedter Feld Februar 2012:

2.595 T€

zeigt den durchschnittlichen jährlichen Zuschuss über 30 Jahre ab 2015 (- 2045)

enthält auch den Zuschuss für das Kiezbad Am Stern (KBS)

enthält nicht den Zuschuss für die Strandbäder

Basiert auf: Raumbuch lt. VOF-Verfahren zum Bornstedter Feld
Energiestandard ENEC 2009 ./20% --> ENEC 2012
Investitionskosten von 23 Mio. €
Verkaufserlös von 6 Mio. € für BHB wird zur Finanzierung eingesetzt

Verteilung des Betriebskostenzuschusses auf FSB und KBS:

T€	Betriebskostenzuschuss der LHP				
	im Durchschnitt 30J.p.a.	30J.-Summe	z. B.1. Bj.	10.Bj.	20.Bj.
FSB	-1.552	-47.721	-3.512	-1.802	-452
KBS	-1.043	-32.061	-941	-739	-959
Summe	-2.595	-79.782	-4.453	-2.541	-1.411

KBS = Kiezbad Am Stern

FSB = Familien- und Sportbad am Brauhausberg

BHB = Brauhausberg (Grundstück)

Anlage 2

Beschluss: Neubau eines Familien- und Sportbades Am Brauhausberg

Betreiberkonzept gemäß Pkt. 1 des Beschlusses vom 06.06.2012

Die Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP) wird gemäß o. g. Beschluss beauftragt, die Errichtung eines Familien- und Sportbades zu planen.

Die Planungen für das Familien- und Sportbad beinhalten gemäß Raumbuch der SWP, das als wesentliche Vorgabe für die Planung dient, folgende Bestandteile:

- Sportbadbereich
- Familienbadbereich
- Sauna- und Wellnessbereich
- Fitnessclub
- Gastronomie

Das neue Bad hat einen deutlichen Schwerpunkt seiner Angebote im Sportbadbereich mit 10 50m-Bahnen, Lehrschwimmbecken, integriertem Sprungbereich und Zuschauertribüne. Hier soll ein hoch funktionales, modernes Sportbad den hohen und ständig wachsenden Bedarf der Öffentlichkeit, der Schulen und Sportvereine an sportlichem Schwimmen decken.

Im Freizeitbereich wird das Angebot auf Familien und Kinder ausgerichtet. Dies war eine Entscheidung der Stadtverordneten für Potsdam als familienfreundliche Stadt, ist aber auch in Abgrenzung zur bestehenden und derzeit im Bau befindlichen Konkurrenz in der Region für einen erfolgreichen Betrieb notwendig. Hier wird es – neben der familien- und kindgerechten Ausstattung – Spiel-, Spaß- und Erholungsangebote im und am Wasser geben.

Der Sauna- und Wellnessbereich richtet sich an die Ruhe- und Erholung suchenden Besucher aller Altersgruppen. Hier liegt der Schwerpunkt auf Entspannung und Gesundheit.

Sowohl der Sauna- als auch der Familienbadebereich haben Außenbereichen welche im Ganzjahresbetrieb betrieben werden. Ebenso werden beide Bereiche so gestaltet, dass spätere bedarfsgerechte Erweiterungen und Umgestaltungen möglich sind.

Die Gastronomie dient der individuellen Versorgung der unterschiedlichen Nutzergruppen in den verschiedenen Bereichen.

Für die Planungen wurde ein Besucherpotential von ca. 68.000 Schul- und Vereinsbesuchern, ca. 102.000 öffentlichen Besuchern des Sportschwimmbades, 140.000 Familienbadbesuchern, ca. 80.000 Besuchern des Sauna- und Wellnessbereiches und 50.000 Besuchern im Fitnessclub angenommen.

Die Gesamtanlage soll durch die Bäderlandschaft Potsdam GmbH (BLP), eine 100%-ige Tochtergesellschaft der SWP, betrieben werden. Die Verpachtung einzelner Angebotsbereiche oder Einrichtungen wird nicht generell ausgeschlossen.

Im Raumbuch der SWP, das die Planungsgrundlage bildet, sind die Grundsätze und die Philosophie des Betriebskonzeptes wie folgt beschrieben:

- Behindertengerechte Gestaltung aller Bereiche des Sport- und Freizeitbades.
- Die Realisierung und Bauausführung wird nach gültigen gesetzlichen Vorschriften und jeweils aktuellem Stand der Technik durchgeführt.
- Die Betriebsorganisation ist kundenfreundlich und wirtschaftlich.
- Hohe Service- und Erlebnisqualität.
- Einsatz eines modernen Kassensystems als Grundvoraussetzung für den reibungslosen Ablauf des gesamten Besucherverkehrs. (z. B. Chip-Coin-System, einfache Übergänge zwischen den Bereichen, Nachzahlautomaten).
- Übersichtlich gestaltetes Tarifsystem, mit unterschiedlichen Tarifzonen und Zeittakten, Tariftrennungen zwischen Familienbad/Sportbad/Sauna/Fitness.
- Möglichkeit von Rabattangeboten (z. B. Mehrfachkarten, Gruppen- und Familienkarten, Stammkundenkarten).
- Die Angebotsbereiche Sportbad, Familienbad, Sauna- und Wellnessbereich sowie Fitnessclub bilden die 4 Tarifbereiche, wobei Übergänge angeboten werden.
- Die Öffnungszeiten für die einzelnen Bereiche werden entsprechend der Nachfrage der einzelnen Nutzergruppen und unter Beachtung wirtschaftlicher Aspekte gestaltet.
- Für den wirtschaftlichen Erfolg ist es wichtig, dass die Besuchergruppen im Foyer / an der Rezeption in
 - 1. die Bereiche Sport- und Familienbad und
 - 2. Sauna-, Wellness und Fitnessclub
 - 3. Zugang für Zuschauer zur Tribüne
 getrennt werden. Für 1. und 2. stehen getrennte Umkleide- und Sanitärbereiche zur Verfügung, wobei für den Sportbadbereich auch Gruppenumkleiden vorgesehen sind.
- In den Bereichen Familienbad, Sauna- und Wellness, Fitnessclub und Foyer sind verschiedene gastronomische Angebote vorgesehen.
- Es werden ausreichend geeignete Nebenräume für Lehrer, Mitarbeiter, Verwaltung, Lager, Beratung / Schulung, Gruppeneinweisung, Kassenzählung usw. geschaffen.
- Die technischen Anlagen und Maschinen (Gebäudeleittechnik, Wasseraufbereitung, Attraktionensteuerung, EDV, Kassensystem usw.) entsprechen dem aktuellen Stand der Technik und ermöglichen ebenso wie die bauliche Anordnung und Gestaltung der Bereiche einen größtmöglichen kosten- und ressourcensparenden Betrieb des gesamten Sport- und Freizeitbades.

Des Weiteren gelten für die funktionale Zuordnung der einzelnen Angebotsbereiche folgende Vorgaben:

- Der Gast erreicht auf kurzen Wegen nach Möglichkeit witterungsgeschützt den Eingang / das zentrale Foyer.
- Es müssen ausreichend Behinderten-, Reisebus- und PkV-Stellplätze geschaffen werden.
- Im Eingang sind alle Aus- und Eingangsvorgänge mit minimalen Wartezeiten und ausreichend Stauraum möglich.
- Der Gast hat Einsicht auf das Angebot und erhält übersichtlich alle notwendigen Informationen.

- Vom Eingang sind die Bereiche Kasse / Empfang, Umkleiden (Gäste und Mitarbeiter), Bistro, Boutique, die Zuschauertribüne des Sportbades und die Verwaltung zugänglich.
- Die Boutique hat eine eigene Einzelumkleidekabine zum Verkauf von Artikeln des Bad- und Saunazubehörs.
- Über die Umkleiden und Duschen kann der Gast direkt in Sportbad, Familienbad, Sauna- und Wellnessbereich und in den Fitnessclub sowie später in das Freibad gelangen.
- Die gesamte Gastronomie wird zentral von einer Küche versorgt. Die Hauptanbindung zur Küche haben die Gastrobereiche in Familienbad und Sauna. Die Theken- und Baranordnung ermöglicht einen flexiblen und kostengünstigen Personaleinsatz.
- Die Versorgung der Küche und des Lagers erfolgt außerhalb des Sichtbereiches der Kunden entsprechend der Versorgungstechniken vor Ort.
- Die Umkleiden und Duschen für das Küchenpersonal befinden sich entsprechend den gesetzlichen Vorschriften in der Nähe der Küche.

Das Betriebskonzept des neuen Sport- und Freizeitbades wird nach Vorlage verbindlicher Planungsergebnisse weiter präzisiert.

Pos.	Stichwort	Sachverhalt / Präzisionsbedarf	Rechenweg / Grundlage für Angabe des SWP	Bemerkungen
1	Budget, Umsatzsteuer	Ist in den 23 Mio EUR die ges. Umsatzsteuer enthalten?	Alle Kostangaben der SWP sind grundsätzlich Nettobeträge, also ohne ges. Umsatzsteuer. Die SWP als Bauherr sind vorsteuerabzugsberechtigt, so dass die Umsatzsteuer zu keiner wirtschaftlichen Mehrbelastung führt.	
2	Budget, Basis	Worauf basiert die Kostenangabe in Höhe von 23 Mio EUR für einen Badneubau?	Die Badneubaukosten i.H. von 23 Mio EUR sind das Ergebnis der Generalplanausschreibung für das gem. Beschluss der SVV v. 27.01.2010 (DS 10/SVV/0037) zu errichtende Bad neben der Biosphäre. Im Zuge des Vergabeverfahrens wurde durch das Auswahlgremium die ursprüngliche Kostenobergrenze i.H.v. 18 Mio EUR aufgehoben. Die bietenden Generalplaner waren aufgefordert, zu ihren eingereichten Entwürfen eine Grob-Kostenschätzung abzugeben. (Vgl. hierzu auch Mitteilungsvorlage DS 11/SVV/0942 v. 23.11.2011 zur SVV am 07.12.0211, Punkt 2 des Variantenvergleiches) <u>Kostenstand ist das III. Quartal 2011.</u>	

PGS	Stichwort	Sachverhalt/Prüfungsinhalte	Preis/Leine/Grundpreis/Anschubel-SWP	Bemerkungen
3	Betriebsnotwendiger Flächenbedarf (Schwimmbad)	Von welchem betriebsnotwendigen Flächenbedarf für den Badneubau gehen die SWP aus? Auf welchen Erkenntnissen / Ermittlungen beruht dieser Flächenbedarf?	Ein Familien- und Sportbad entsprechend dem ursprünglich neben der Biosphäre geplanten Bad lässt sich ohne Parkplätze auf einer Grundstücksfläche von 21.263 m ² (entspricht dem "Badgrundstück" südlich der Biosphäre) realisieren. Das wurde über die Entwürfe in der Generalplanerausschreibung nachgewiesen. Die SWP gehen davon aus, dass das neue Bad am Brauhausberg nördlich der Max-Planck-Straße errichtet wird. Dort befinden sich ca. 18.500 m ² im Eigentum der SWP.	
4	Nicht betriebsnotwendige Flächen der SWP am Brauhausberg	Welche nicht betriebsnotwendige Fläche im Eigentum der SWP befindet sich am Brauhausberg?	Insgesamt befinden sich am Brauhausberg 42.157 m ² Grundstücksfläche im Eigentum der SWP, einschließlich der Max-Planck-Straße. Diese Fläche teilt sich wie folgt auf: nördl. Max-Planck-Str.: ca. 18.500 m ² Max-Planck-Str.: ca. 2.500 m ² südl. Max-Planck-Str.: ca. 21.000 m ² . Die Max-Planck-Straße ist weiterhin zur Erschließung des Areals erforderlich, sie wird öffentlich gewidmet und der LHP übertragen. Abzüglich der Fläche für den Badneubau (siehe Pos. 3) verfügt die SWP somit rechnerisch über 23.500 m ² nicht betriebsnotwendige Flächen.	Die Fläche südlich der Max-Planck-Str. ist zu ca. 30-40% (nicht bebaubarer) Hang!

Dokumentation der Grundlagen und Angaben der SWP für die Budgetierung

Pos.	Stichwort	Sachverhalt/Präzisionsbedarf	Präzisierung/Grundlage für Angabe der SWP	Bemerkungen
5	Verwendung nicht betriebsnotwendiger Flächen	Von welcher Verwendung für die nicht betriebsnotwendigen Flächen gehen die SWP aus?	<p>Wesentlicher Bestandteil der Refinanzierung der Investitionskosten eines Badneubaues war immer die Verwertung von Flächen am Brauhausberg (vgl. Beschluss der SVV v. 27.01.2010 - DS 10/SVV/0037). Auch für die Standortvariante "Brauhausberg" sind die SWP von einer teilweisen Refinanzierung aus Verkaufserlösen in Höhe von 6 Mio EUR ausgegangen. Dieser Refinanzierungsansatz wurde anlässlich der Bürgerbeteiligung im Werkstattverfahren auch zur vergleichenden Gegenüberstellung der Varianten benutzt.</p> <p>Somit gehen die SWP davon aus, die nicht betriebsnotwendigen Flächen zu veräußern mit der Zielstellung, Verkaufserlöse in Höhe von 6 Mio EUR zu generieren. Die Erreichung diese Zieltes ist u.a. abhängig von</p> <ul style="list-style-type: none"> - Art u. Maß der zulässigen Bebauung - Lagequalität - Entwicklungsstand (beräumt / nicht beräumt) 	

Pos.	Stichwort	Schlüsselwort / Preisobergrenzen	Praxislinie / Grundlage für Ansatz der SWP	Bemerkungen
6	"Minsk" und alte Schwimmhalle	Wie wird mit den Bestandsgebäuden umgegangen?	Die Bestandsgebäude befinden sich auf dem Teil des Brauhausberges, der für den Badneubau nicht betriebsnotwendig ist, vgl. Pos. 5. Die SWP haben für die Bestandsgebäude keine Verwendung. Die Verwaltung oder Umnutzung leerstehender Gebäude gehört nicht zum Gesellschaftszweck der SWP. Zur teilweisen Refinanzierung der Investitionskosten des Badneubaus sind die Flächen zu veräußern, vgl. Pos. 5.	
7	Parkplätze	Sind die Kosten für die Errichtung notwendiger Parkplätze in dem Kostenbudget von 23 Mio EUR enthalten?	Die Kostenangabe in Höhe von 23 Mio EUR basiert auf den Planungen und Ausschreibungsergebnissen zum Badneubau an der Biosphäre, vgl. Pos. 2. Da bei der damaligen Standortwahl davon ausgegangen wurde, dass die vorhandenen Parkplätze der Biosphärenhalle mit genutzt werden können und das neben der Biosphäre zur Verfügung stehende Grundstück darüber hinaus zu klein war, um dort die erforderlichen Parkplätze unterzubringen, war dementsprechend in den 23 Mio EUR kein Kostenansatz für die Errichtung von Parkplätzen enthalten. Zwangsläufig trifft dies auch für den Standort Brauhausberg zu, d.h. in dem Budget von 23 Mio EUR sind die Kosten zur Errichtung der hier notwendigen Parkplätze <u>nicht</u> enthalten.	

Dokumentation der Grundlagen und Angaben der SWP für die Budgetierung

Pos.	Standort	Schnittpunkt / Projektionsbereich	Präzisierung / Grundlage für Angebots-SWP	Bemerkungen
8	<p>Gestaltungsansprüche</p> <p>Die Fläche neben der Biosphäre und die Flächen am Brauhausberg besitzen unterschiedliche Standortmerkmale und unterliegen daher einem unterschiedlichen Anspruch bzgl. ihrer städtebaulich-architektonischen Einbindung in die Umgebungsbebauung, der Einbindung in den Landschaftsraum und die Topografie. Sind diese Kosten in dem Kostenbudget von 23 Mio EUR berücksichtigt?</p>	<p>Zur Basis des Kostenbudgets vgl. Pos. 2. Dieser Basis liegt eine Referenzplanung zugrunde, die die Standortmerkmale an der Biosphäre, nicht aber die Standortmerkmale am Brauhausberg berücksichtigt.</p>		
9	<p>Terminrahmen</p> <p>Wann kann das neue Schwimmbad eröffnet werden? Welche Annahmen liegen dem Terminrahmen zugrunde?</p>	<p>Die SWP gehen von folgenden Meilensteinen aus: Start Städtebaul. Wettbewerb: Ende 09/2012 Start Realisierungswettbewerb Bad: 02/2013 Vergabe Generalplanung Bad: 09/2013 Start Planung Bad: 11/2013 Baubeginn: 12/2014 Bei Eintritt dieser Annahmen kann das neue Familien- und Sportbad am Brauhausberg in 10/2016 eröffnet werden.</p>		



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0556

Betreff:

öffentlich

Städtebaulicher Wettbewerb Brauhausberg

Einordnung des Familien- und Sportbades und ergänzender innerstädtischer Wohnungsbau

Einreicher: FB Stadtplanung und Stadterneuerung	Erstellungsdatum	16.08.2012
	Eingang 902:	16.08.2012
	4/46/462	

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
29.08.2012	Hauptausschuss		
19.09.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die Formulierung der übergreifenden städtebaulich-architektonischen Bedingungen für die Einbindung des Familien- und Sportbades ist ein städtebaulicher Wettbewerb in Verantwortung der Stadt durchzuführen, der die Fläche nördlich und südlich der Max-Planck-Straße erfasst.

Dem Wettbewerb sind die in Anlage 1 zusammengestellten Ziele zugrunde zu legen.

An den städtebaulichen Wettbewerb soll sich ein hochbaulicher Realisierungswettbewerb für den Neubau des Familien- und Sportbades in Verantwortung der Stadtwerke anschließen.

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Finanzielle Auswirkungen:

Das städtebauliche Wettbewerbsverfahren löst Kosten in Höhe von voraussichtlich **ca. 200.000 €** aus, die sich auf die fachliche und technische Begleitung des Verfahrens, Honorare und Aufwandsentschädigungen für Juroren und etwaige externe Sachverständige, sowie auf die räumliche und technische Durchführung des Verfahrens wie auch der anschließenden öffentlichen Ausstellung der Wettbewerbsergebnisse erstrecken.

Die Aufwendungen werden in Teilen im Jahr 2012, in Teilen im Jahr 2013 anfallen, müssen jedoch überwiegend wegen des unteilbaren Zusammenhangs bereits im Jahr 2012 gebunden werden. Die Zuordnung erfolgt zum Produktkonto 5110400 / 5431590, die Ausfinanzierung der bislang aus Budgetgründen nicht geplanten Maßnahme wird über die Haushaltsplanung 2013/14 zu gewährleisten sein, wenn nicht anderweitige Aufträge vor allem im Rahmen der Prioritäten der Verbindlichen Bauleitplanung wegen der anderweitigen Inanspruchnahme der Mittel gestrichen oder in Folgejahren verschoben werden sollen.

Auf den Haushaltsvorbehalt auch für die Haushaltsplanung 2013/2014 wird hingewiesen.

Für den zeitlich nachgelagerten hochbaulichen Realisierungswettbewerb in Verantwortung der Stadtwerke können zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Angaben gemacht werden.

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Begründung:**Stand der Überlegungen zur wettbewerblichen Vorbereitung am Brauhausberg**

Die mit der Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung vom 06.06.2012 (DS 12/SVV/0390) getroffene Standortentscheidung für das Familien- und Sportbad macht das bisherige städtebauliche Konzept (Masterplan Kohl / Krier 2009) für die Flächen am Fuß des Brauhausberges obsolet; mehr als die Hälfte der baulich nutzbaren Grundstücksflächen (die gesamte Fläche nördlich der Max-Planck-Straße) wird für diese Nutzung benötigt, für die verbleibenden Flächen ergeben sich daraus andere Parameter der städtebaulichen Bezüge.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 06.06.2012 (Drucksache 12/SVV/0390, Punkt 4) beschlossen, dass zum Neubau des Bades "ein städtebaulicher Wettbewerb nach den Richtlinien für Planungswettbewerbe durchzuführen" ist. Weiter ist festgelegt: "Über die Ziele des Wettbewerbsverfahrens wird in der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im September 2012 entschieden."

Die Standortentscheidung erfordert mit Blick auf die besondere städtebauliche Situation nicht nur eine wettbewerbliche Konkurrenz zur Gewährleistung eines Optimums an Funktionalität, Wirtschaftlichkeit, energetischer Sparsamkeit und gestalterischer Qualität für die bauliche Ausgestaltung des Bades selbst. Daneben verlangt sie vielmehr auch ein hohes Maß an städtebaulicher Einbindung in die vielfältigen besonderen Bedingungen des Standortes am Brauhausbergfuß. Schließlich ist auch die Wechselwirkung mit den übrigen zu entwickelnden Flächen südlich der Max-Planck-Straße zu beachten; hier ist eine angemessene städtebauliche Antwort der nicht durch das Bad in Anspruch genommenen Flächen auf deren Einordnung gefordert, aber auch zugleich eine Einpassung der hier zu nutzenden Potenziale innenstadtnahen Wohnungsneubaus in die städtebauliche Gesamtsituation.

Daher gilt sowohl für die städtebauliche Aufgabenstellung wie auch für die detaillierte baulich-gestalterische Ausprägung des Bades, dass diese komplexen Ansprüche bestmöglich nur durch die konkurrierende Entwicklung von Konzepten und deren fachlich qualifizierte vergleichende Bewertung zu erfüllen sind, wie sie ein Wettbewerbsverfahren erbringen kann.

Deshalb sind zwischen den Stadtwerken und der Verwaltung verschiedene Modelle der Ausgestaltung dieser wettbewerblichen Vorläufe für die eigentliche Hochbauplanung des Bades überlegt und bewertet worden – von der integrierten Bearbeitung der städtebaulichen und projektbezogenen Aspekte bis hin zu verschiedenen Formen aufeinander folgender Wettbewerbe mit jeweils spezifischer Ausrichtung.

Im Ergebnis liegen die größten Vorteile und geringsten Risiken in der miteinander verkoppelten Durchführung von zwei zeitlich hintereinander liegenden Wettbewerben:

Zunächst sollen in einem städtebaulichen Wettbewerb in Verantwortung der Stadt für die Fläche nördlich und südlich der Max-Planck-Straße die übergreifenden städtebaulich-architektonischen Bedingungen entwickelt und eine Einbindung des Badneubaus sowie des geplanten Wohnquartiers in die sich neu entwickelnde Stadtstruktur in Nähe des Potsdamer Hauptbahnhofs und der Speicherstadt erreicht werden.

An den städtebaulichen Wettbewerb soll sich ein hochbaulicher Realisierungswettbewerb für den Neubau des Familien- und Sportbades in Verantwortung der Stadtwerke anschließen.

Für die Durchführung beider Wettbewerbe war nach bisherigem Planungsstand, ausgehend von einer Beratung im Hauptausschuss Ende August, ein (organisatorisch anspruchsvoller) Zeitraum vom Anfang September 2012 bis Juli 2013 kalkuliert. Mit einer Entscheidung zu dieser Vorlage verschiebt sich dieser Zeitraum (und damit mindestens in gleichem Maße auch die Realisierung des Bades) entsprechend.

Über die enge organisatorische wie inhaltliche Verkoppelung der beiden Verfahren soll erreicht werden, dass trotz der vorlaufenden Fixierungen im städtebaulichen Wettbewerb im anschließenden Hochbauwettbewerb die Bedingungen gegeben sind, einen qualitätvollen Badneubau im

Kostenrahmen mit vollständiger Erfüllung der funktionalen Anforderungen und Wechselbezüge des Raumbuchs, wirtschaftlicher Optimierung des Betriebs und der energetischen Bedingungen zu planen.

Ziele des städtebaulichen Wettbewerbs

(Zusammenfassung als Beschlussbestandteil siehe Anlage 1)

Schon flächenseitig bildet die städtebauliche Optimierung der Einbindung des Badstandortes auf der Nordseite der Max-Planck-Straße in die weitere Entwicklung des Umfeldes am Brauhausbergfuß den zentralen Fokus der Wettbewerbsaufgabe. Daneben wird die (voraussichtlich in den verfügbaren Flächen nördlich der Max-Planck-Straße nicht unterzubringende) platzsparende Einordnung und städtebauliche Einbindung des erforderlichen Stellplatzangebotes für die Badnutzung zu bewältigen sein. Das besondere Gewicht der optimalen Bedingungen für die anschließende entwurfliche Ausfüllung des Badstandortes (siehe unten hochbaulicher Wettbewerb) soll über eine ausführliche Thematisierung der Anforderungen und Wechselbezüge des Raumbuchs sowie eine intensive fachliche Unterstützung der Wettbewerbsteilnehmer im Rahmen des sog. „Rückfragenkolloquiums“ gewährleistet werden.

Weiteres wesentliches städtebauliches Ziel bleibt die qualitätvolle urbane Einbindung zusätzlichen Wohnungsbaus. Diese ist zur Nutzung der zentralen Standorteinordnung im Sinne der Innenentwicklung und der Verkehrsvermeidung geboten und kann bei guter Ausprägung zugleich dazu beitragen, die zwangsläufig entstehende Großform des Bades in einen gewachsenen Stadtraum einzubetten. Nach erster Einschätzung müssten von den bislang hier bilanzierten ca. 400 WE noch etwa 150 bis 200 Einheiten realisierbar sein.

Qualitativ bedeutsam erscheint der Anspruch, auch bei der solitären Nutzungsstruktur des Bades durch die Verbindung mit Wohnungsbaupotenzialen Raumkanten des Quartiers zur städtebaulichen Abgrenzung gegenüber den umgebenden öffentlichen Verkehrsflächen zu entwickeln. Damit soll zugleich ein Bezug hergestellt werden zu der bestehenden stadträumlichen Struktur an den Flanken Heinrich-Mann-Allee / Albert-Einstein-Straße / Brauhausberg sowie zu dem Planungsstand für die nördliche Speicherstadt (Bebauungsplan 36-1 "Speicherstadt/Leipziger Straße").

Bei allem bleibt zu gewährleisten, dass die städtebauliche Massenentwicklung auf die topographischen Gegebenheiten am Brauhausbergfuß reagiert und die Sichtbezüge von der Stadt auf die bewaldete Kuppe des Brauhausberges einerseits und die Sichtbezüge von den überkommenen Aussichtspunkten am Brauhausberghang (insb. Kaiser-Wilhelm-Blick) auf die Lange Brücke und die Potsdamer Mitte aufgenommen werden. Schließlich soll im Wettbewerb zugleich geprüft werden, welche Möglichkeiten (trotz der flächenseitig eher begrenzten Gegebenheiten) noch bestehen, prägende freiraumgestalterische Klammern innerhalb des Quartiers aufzugreifen.

Mit dem Ergebnis des Werkstattverfahrens zum Bad sowie in der Fokussierung für die anschließende Bürgerbefragung ist festgestellt worden, dass die auch im jüngsten Beschluss noch einmal dokumentierte Bedingung eines möglichst unterbrechungsfreien Badbetriebs, insbesondere für die Anforderung der wassersportlichen Nutzungen, nur gewährleistet werden kann, wenn das neue Bad bestandsunabhängig und voll funktionsfähig als Neubau errichtet werden kann, das bisherige Bad am Brauhausberg mithin entfällt, wenn das neue Familien- und Sportbad seine Funktionen übernimmt. Vor diesem Hintergrund soll die Fläche südlich der Max-Planck-Straße planerisch zur Disposition gestellt werden; selbstverständlich werden Lösungsangebote, die den bisherigen baulichen Bestand aufgreifen und immobilienwirtschaftlich realistisch in die weitere Entwicklung einbeziehen, nicht ausgeschlossen.

Ziele des hochbaulichen Realisierungswettbewerbs

Herausgehobenes Ziel bleibt die Gewährleistung eines qualitätvollen Badneubaus im Kostenrahmen mit vollständiger Erfüllung der funktionalen Anforderungen und Wechselbezüge des Raumbuchs, wirtschaftlicher Optimierung des Betriebs und der energetischen Bedingungen.

Zugleich soll der Wettbewerb in Fortführung der Erkenntnisse aus dem vorlaufenden städtebaulichen Wettbewerb die optimale städtebauliche Einbindung des Badstandortes in die weitere Entwicklung des Umfeldes am Brauhausbergfuß verifizieren und ebenso die platzsparende und wirtschaftliche Einordnung und städtebauliche Einbindung des erforderlichen Stellplatzangebotes für die Badnutzung nachweisen. Deshalb werden das Reaktionsvermögen und die Einordnungsfähigkeit von

Lösungsansätzen in das Ergebnis des städtebaulichen Wettbewerbs neben den funktionalen, wirtschaftlichen und energetischen Kriterien maßgebliche Beurteilungsfaktoren sein müssen.

Zeitliche Einordnung der weiteren Schritte

Die aktuellen Vorbereitungen sind so weit gediehen, dass die formelle Einleitung des städtebaulichen Wettbewerbs allein abhängig ist von der Entscheidung zu dieser Beschlussvorlage, die sich die Stadtverordnetenversammlung vorbehalten hat.

Für die Durchführung beider Wettbewerbe ist nach derzeitigem Planungsstand ein (organisatorisch anspruchsvoller) Zeitraum von 10 bis 11 Monaten kalkuliert, die detaillierte Untersetzung mit einzelnen Schritten in Abstimmung mit dem hierfür beauftragten Dienstleister steht noch aus und ist im Detail auch davon abhängig, wann eine Bestätigung der Ziele des Verfahrens erwartet werden kann.

Mit allen notwendigen Vorbehalten aufgrund des gegenwärtig groben Planungsstandes kann bei Einhaltung der jeweiligen vorherigen Meilensteine folgende Schrittabfolge angenommen werden:

- Wettbewerbe 09/2012 bis 07/2013
- Bauplanung und Genehmigung 11/2013 bis 11/2014
- Baubeginn 12/2014
- Eröffnung 10/2016

Anlagen

Anlage 1 Städtebaulicher Wettbewerb Brauhausberg – Maßgebliche Ziele der Planung
Berechnungstabelle Demografieprüfung

Städtebaulicher Wettbewerb Brauhausberg

Maßgebliche Ziele der Planung

- städtebauliche Optimierung der Einbindung des Badstandortes auf der Nordseite der Max-Planck-Straße in die weitere Entwicklung des Umfeldes am Brauhausbergfuß
- platzsparende Einordnung und städtebauliche Einbindung des erforderlichen Stellplatzangebotes für die Badnutzung (voraussichtlich in den verfügbaren Flächen nördlich der Max-Planck-Straße nicht unterzubringen)
- qualitätvolle urbane Einbindung zusätzlichen Wohnungsbaus im Sinne der Innenentwicklung und der Verkehrsvermeidung
Orientierung: 150 bis 200 WE
- angemessene Reaktion auf die topographischen Gegebenheiten am Brauhausbergfuß, Aufnahme der Sichtbezüge von der Stadt auf die bewaldete Kuppe des Brauhausberges einerseits und von den überkommenen Aussichtspunkten am Brauhausberghang (insb. Kaiser-Wilhelm-Blick) auf die Lange Brücke und die Potsdamer Mitte andererseits
- Nutzung ergänzender baulicher Entwicklung zur Einbettung der Großform des Bades in einen gewachsenen Stadtraum
- Ausbildung von Raumkanten des Quartiers zur städtebaulichen Abgrenzung gegenüber dem ausgreifenden öffentlichen Verkehrsraum am Leipziger Dreieck
- Herstellung eines Bezuges zu der bestehenden stadträumlichen Struktur an den Flanken Heinrich-Mann-Allee / Albert-Einsteinstraße / Brauhausberg nach Südosten sowie zu dem Planungsstand für die nördliche Speicherstadt nach Nordwesten (Bebauungsplan 36-1 "Speicherstadt/Leipziger Straße").
- Aufzeigen von Möglichkeiten, prägende freiraumgestalterische Klammern innerhalb des Quartiers aufzugreifen (trotz der flächenseitig eher begrenzten Gegebenheiten)
- Berücksichtigung stadtklimatischer Anforderungen zur Vermeidung überhöhter Feinstaub- und Schadstoffkonzentrationen in den verkehrsreichen Straßenräumen

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografierelevanz
		2	1		60	mittlere



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0423

Betreff:
Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 03/SVV/0806

Erstellungsdatum 31.05.2012

Eingang 902: 31.05.2012

4/46

Einreicher: FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

22.08.2012 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Mit Beschluss vom 31.03.2004 zur Drucksache 03/SVV/0806 hat die Stadtverordnetenversammlung die Verwaltung beauftragt, zu Beginn eines jeden Jahres einen Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung vorzulegen, in dem Probleme und Aufgaben sowie Strategien und Prioritäten vorgestellt und begründet werden.

Dieser jährliche Bericht wird hiermit für das Jahr 2012 vorgelegt – siehe Anlage

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt

zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung

2012



Landeshauptstadt Potsdam

**Geschäftsbereich
Stadtentwicklung und Bauen**

Vorbemerkung

Mit Beschluss vom 31.03.2004 hat die Stadtverordnetenversammlung die Verwaltung beauftragt, jährlich einen Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung vorzulegen, in dem Probleme und Aufgaben sowie Strategien und Prioritäten vorgestellt und begründet werden.

Dieser Bericht wird nunmehr im achten Jahr vorgelegt. Struktur und inhaltliche Ausrichtung sind dabei jeweils eng an den Berichten der Vorjahre ausgerichtet, um eine kontinuierliche Berichterstattung zu gewährleisten. Es soll damit also nach wie vor nicht ein breiter und in seinen Gewichten wenig differenzierter Gesamtüberblick gegeben werden; vielmehr bleibt es dabei, dass bewusst schwerpunktmäßig bedeutsame aktuelle Aufgaben dargestellt und Probleme angesprochen werden, die mit Priorität angegangen werden müssen.

Für die inhaltliche Gliederung ist ebenso unverändert die Strukturierung der „Produkte“ maßgeblich, die auch für die Haushaltsplanung und die Aufgabensteuerung verwandt wird. Von Bedeutung sind hier der durch Definition des Landes vorgegebene Produktbereich *Räumliche Planung und Entwicklung* mit den Untergliederungen *Stadtentwicklung*, *Bauleitplanung* sowie *Stadterneuerung*.

Maßgeblich verändert hat sich seit der letzten Berichterstattung die organisatorische Einordnung der angesprochenen Aufgabenfelder in der Bauverwaltung: Angesichts des schon in den Vorjahren angesprochenen Trends an erforderlicher breiter fachlich komplexer Steuerung ungeachtet des formellen Einsatzes des klassischen besonderen Städtebaurechts in abgegrenzten Sanierungs- und Entwicklungsbereichen und mit Blick auf die Nachvollziehbarkeit der planerischen Zusammenhänge innerhalb und außerhalb von Erneuerungsgebieten sind die in diesem Bericht angesprochenen Aufgabenfelder seit dem 1. Dezember 2011 Zuständigkeitsbereich eines einheitlichen und übergreifenden Fachbereichs für Stadtplanung und Stadterneuerung.

Die schon im letzten Bericht angekündigten vertiefenden organisatorischen Untersuchungen haben, von ersten vorläufigen Entscheidungen abgesehen, noch nicht erfolgen können, sondern müssen – neben der inhaltlich meist vorrangigen Bearbeitung der dringenden aktuellen Aufgaben – im laufenden Jahr weiterverfolgt werden.

Zu den o.g. inhaltlichen Aufgabenfeldern sollen nachfolgend jeweils die Schwerpunkte der aktuellen Aufgaben und Probleme dargestellt, die Strategien erläutert und in den Rahmen der Prioritäten eingeordnet werden.

Stadtentwicklung

Im Rahmen der Verfahren des Landes Brandenburg zur Neufestsetzung von Wasserschutz-zonen im Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam konnte erreicht werden, dass die vom Land vorgesehene Fassung, die die Planungshoheit der Stadt wesentlich einschränken würde, noch nicht verabschiedet wurde. An einer Auflösung des Konfliktes wird weiterhin gearbeitet.

Im Jahr 2012 wird der Regionalplan Havelland-Fläming durch die Regionale Planungsstelle als Entwurf ausgelegt werden. Die Stadt

Planungen
in der Region

Potsdam versucht, durch die Mitwirkung an dem Vorentwurf die eigenen Planungsziele in den Regionalplan einzubringen. Sie wird im Rahmen der Stellungnahme zum Entwurf ihre Auffassung zur Darstellung des „Potenziellen Siedlungsraumes“ bekräftigen.

Intensive fachliche Diskussionen erfordert das eingeleitete Planfeststellungsverfahren für die Erneuerung einer überregionalen 110 kV-Hochspannungsleitung, die die Ortsteile Marquardt und Golm empfindlich schneidet. Die Bemühungen konzentrieren sich darauf, Entlastungen in diesen Ortslagen durch veränderte Leitungsführungen zu erreichen.

Gesamtstädtische Pläne und Programme

Der Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Potsdam hat 2011 erneut ausgelegen und sollte danach abgeschlossen werden. Im Zusammenhang mit den Diskussionen um die Darstellung der Erweiterung der Gewerbeflächen im Kirchsteigfeld-Süd ist aber zur Sicherung der Entwicklung alternativer Lösungen ohne Vorfestlegung auf eine bestimmte Lösung, die Darstellung hier nochmals geändert worden, was eine neuerliche (vierte) Auslegung des FNP notwendig macht. Damit kann er voraussichtlich erst in der zweiten Jahreshälfte 2012 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden.

Mit den bisher erarbeiteten sektoralen gesamtstädtischen Konzepten und mit den weiteren in Arbeit befindlichen (z.B. zur langfristigen Planung der sozialen Infrastruktur, als einem Teil des Großprojektes „Integrierte Infrastrukturplanung“) verbindet sich auch ein erheblicher geschäftsbereichsübergreifender Koordinierungsaufwand zur Umsetzung dieser Konzepte. Diese koordinierende Tätigkeit wird ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Bereiches in den nächsten Jahren sein. Aktuell besteht die Notwendigkeit, die Anforderungen aus dem Lärmaktionsplan, dem Luftreinhalteplan, dem Klimaschutzkonzept und dem Stadtentwicklungskonzept Verkehr zur koordinierten Umsetzung zu bündeln. Dafür bedarf es einer eigenen Stelle, da diese Leistung nicht nebenbei und sporadisch erbracht werden kann.

Insgesamt ist ein erheblicher Druck zu verzeichnen, der sich aus der ungebremsen Wachstumssituation ergibt – die Prognosen sind aktuell wiederum von der tatsächlichen Entwicklung überholt worden, so dass nunmehr für 2020 von 174.000 Einwohnern auszugehen ist. Dies löst erhebliche Anforderungen sowohl an die Schaffung von Neubaupotenzialen für Wohnungsbau wie auch für die zeitgleich zu schaffenden Arbeitsplätze aus.

Teilräumliche und sektorale Konzepte

Die Wirkungen alternativer Szenarien der Verkehrsentwicklung für Potsdam wurden mit dem Stadtentwicklungskonzept Verkehr vorgelegt. Die zukünftigen finanziellen Rahmenbedingungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, sowie die Einhaltung verbindlicher Vorgaben (Luftreinhaltung, Lärm) zum Gesundheitsschutz der Bevölkerung veranlassten die Verwaltung, ein Szenario der besonderen Förderung der nachhaltigen Mobilität zur Umsetzung zu empfehlen. Alle Fragen hierzu sollen noch in der ersten Hälfte des Jahres 2012 mit den Potsdamer Bürgerinnen und Bürgern ausführlich diskutiert werden. Danach soll die Stadtverordnetenversammlung eine Richtungsentscheidung treffen.

2012 wurde auch das LKW-Führungskonzept aktualisiert. Im Ergebnis der Zählung allen ein- und ausfließenden PKW- und LKW-Verkehrs

konnte festgestellt werden, dass sich der LKW-Verkehr auf dem Hauptstraßennetz bündelt und so die gesteckten Ziele des Konzeptes von 2005 weitgehend erreicht wurden. Darüber hinaus gibt es hiernach in Potsdam nur einen vergleichsweise sehr geringen LKW-Durchgangsverkehr.

Weitere Schwerpunkte des Jahres sind neben der kontinuierlichen Umsetzung der Radverkehrsstrategie die weitere Konkretisierung des Stadtentwicklungskonzeptes Wohnen, die Aktualisierung des Einzelhandelskonzeptes und der Abschluss des Uferwegekonzeptes für die Ortsteile mit einer entsprechenden Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung.

Nach wie vor sind Perspektiven für ein Ausstellungs- und Informationszentrum räumlich, finanziell und personell nicht geklärt. Das Ergebnis einer Prüfung verschiedener Möglichkeiten auf Realisierbarkeit wird aktuell verwaltungsseitig erörtert, um der Stadtverordnetenversammlung in der Jahresmitte 2012 einen Bericht hierzu zu geben. Daneben beschränkt sich die Arbeit weiterhin auf Sicherung und Aktualisieren des Dokumentationsbestandes.

Die 2011 begonnene Herstellung eines digitalen dreidimensionalen Stadtmodells wird in diesem Jahr fortgeführt und soll soweit abgeschlossen werden, dass ab der zweiten Jahreshälfte damit planerische Diskussionen und Informationen unterstützt werden können.

Bauleitplanung

Die Aufgabenbewältigung im Bereich Verbindliche Bauleitplanung über das bewährte Instrument der Prioritätenvereinbarung soll fortgeführt werden, auch unter Einbeziehung der 2011 um eine $\frac{3}{4}$ Stelle ausgeweiteten Personalkapazität. Mit der erfolgreich praktizierten Erstattung nicht-hoheitlicher Verwaltungskosten bei Planverfahren im wirtschaftlichen Interesse Dritter ist die finanzielle Basis für den befristeten Einsatz zusätzlichen externen Personals im Bereich Verbindliche Bauleitplanung erfolgreich etabliert. Diese Form der Kapazitätserweiterung soll kontinuierlich fortgeführt werden.

Die Schwerpunkte liegen dabei auf den Themenfeldern der Entwicklung größerer Planungsprojekte in innenstadtnaher Lage, der Stärkung zentraler Versorgungsbereiche nach dem Einzelhandelskonzept und der städtebaulichen Ergänzung von Flächen in gut integrierten Lagen, aber auch bei der fiskalischen Wirkung der Schaffung von Planungsrecht für den „Konzern Stadt“.

Mit hoher Priorität weitergeführt werden sollen daher das Verfahren zum Bebauungsplan „Speicherstadt/Leipziger Straße“, für den noch in diesem Jahr die Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehen ist, und – abhängig von den Entscheidungen zum Badstandort – das Bebauungsplanverfahren „Leipziger Straße/Brauhausberg“ mit einem Nutzungsmix aus Wohnen, nicht störendem Gewerbe und ergänzender Infrastruktur.

Für das Planänderungsverfahren zu den Bahnhofspassagen ist die Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung noch im Sommer 2012

**Dokumentation
Stadtentwicklung**

**Pläne und Satzungen
zur Investitions-
vorbereitung**

beabsichtigt, sodass die Auswertung und Aufbereitung für den Abwägungs- und Satzungsbeschluss bis zum Jahresende erfolgen kann. Ebenfalls zum Sommer des Jahres vorgesehen ist die fachgutachterliche Bewertung des für das Stern-Center zu entwickelnden Bebauungs- und Nutzungskonzeptes, auf dessen Grundlage dann im Weiteren ein Entwurf der Bebauungsplan-Änderung erstellt werden kann.

Zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Nahversorgungsbereich Golm“ wird nach dem Satzungsbeschluss der Abschluss des Genehmigungsverfahrens bis zur Jahresmitte angestrebt. Die weitere Entwicklung des Stadtteils, insbesondere die planerische Vorbereitung von ergänzenden Flächen für den Wissenschaftspark, begegnet aktuell deutlich formulierten Vorbehalten gegenüber einer Siedlungsausweitung, die zwangsläufig derzeitigen Randlagen ihre Offenheit zur Landschaft nimmt und die verkehrliche Belastung des Straßennetzes erhöht.

Für Groß Glienicke wird die Auswertung und Aufbereitung der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung zum Bebauungsplan „Potsdamer Chaussee“ weiter geführt und ein städtebaulicher Vertrag erarbeitet werden, ein zügiger Verfahrensabschluss wird angestrebt.

Entwicklungspotenziale in städtebaulich gut integrierten Lagen sollen u.a. auch durch die eingeleiteten Bebauungsplan-Änderungen „Am Horstweg“ und „Kirchsteigfeld“ ausgeschöpft werden.

**Pläne und Satzungen
zur städtebaulichen
Qualitätssicherung**

Im zurück liegenden Jahr besonders erfolgreich war die zielgerichtete Weiterführung des Bebauungsplans „Uferzone Griebnitzsee“ mit den zwei Phasen der Öffentlichkeitsbeteiligung sowie die Einbindung dieses und anderer Uferwegeplanungen in das Projekt „Uferwege“.

Im Jahr 2012 wird der rechtsverbindliche Abschluss dieses Bebauungsplanverfahrens vorbereitet. Damit soll die wichtigste Voraussetzung für die langjährig angestrebte dauerhafte rechtliche Sicherung eines durchgängigen öffentlichen Uferwegs geschaffen werden, auch wenn fraglos erneut mit rechtlichen Angriffen gegen den Bebauungsplan zu rechnen ist. Der Bebauungsplan wird dann Ausgangsbasis für die noch vorzunehmenden Umsetzungsmaßnahmen werden.

Auch für den Bebauungsplan „Trebbiner Straße/Am Silbergraben“, zu dessen Umsetzung bereits ein Bodenordnungsverfahren erfolgreich durchgeführt wurde, ist der Verfahrensabschluss vorgesehen.

Mit der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Bebauungsplan „Hegemeisterweg“ soll die angestrebte städtebaulich geordnete Nachverdichtung der Eigenheimsiedlung weiter voran getrieben werden, um gut erschlossene innenstadtnahe Entwicklungspotenziale zu nutzen.

Ergänzend zu den Investitionsvorbereitungen im Bereich der Speicherstadt sollen über die Einleitung eines Planverfahrens für den südlichen Bereich um die historischen Speicheranlagen die noch möglichen Bestandsergänzungen geordnet und die Führung des öffentlichen Weges klar definiert gesichert werden.

Nach Auswertung bislang gewonnener Praxiserfahrungen ist in diesem Jahr eine Änderung der Werbesatzung Innenstadt beabsichtigt, mit der verschiedene Korrekturen im Regelungsrahmen vorgesehen sind.

Ein weiterer Handlungsschwerpunkt wird daneben auch die Umsetzungsunterstützung zum Klimaschutzkonzept sein, für die eine Finanzierung externer Gutachterleistungen in der aktuellen Haushaltplanung nunmehr absehbar ist.

Stadterneuerung - Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen

Die Vorbereitung und Durchführung von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen sowie von integrierten Stadterneuerungsmaßnahmen in großen Wohnsiedlungen aus der DDR-Zeit stellt auch weiterhin ein zentrales Rechts-, Finanzierungs- und Steuerungsinstrument der Landeshauptstadt dar. Während die ersten Gesamtmaßnahmen (Soziale Stadt-Innenstadt, Waldstadt II) bereits abgeschlossen wurden, wird für die Gebiete „Holländisches Viertel“ und „Block 27“ erstmalig auch die Aufhebung der Sanierungs- bzw. Entwicklungssatzung vorbereitet. Da für diese Prozesse in der Landeshauptstadt und auch im Land Brandenburg kaum Erfahrungen vorliegen, sind erhebliche Anstrengungen für die Erarbeitung der formellen Schritte, des inhaltlichen und wirtschaftlichen Abschlussberichtes und der eigentlichen Abrechnung erforderlich.

Für die Gebiete „Kramnitz“ und „Glasmeisterstraße“ werden im 2. Halbjahr 2012 die Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchungen vorliegen. Die Vorstudie zur Entscheidung über die Durchführung vorbereitender Untersuchungen für das „Thoma-Karree“ wird der Stadtverordnetenversammlung im 1. Halbjahr als Mitteilungsvorlage zur Kenntnis gegeben werden.

Insbesondere in den Stadterneuerungsgebieten, die keine Fördermittel mehr erhalten, stellen die Erhebung der Ausgleichsbeträge durch freiwillige Vereinbarungen und die indirekte Förderung durch Steuerabschreibungen nach § 7h EStG die entscheidenden Finanzierungsquellen öffentlicher Maßnahmen bzw. Impulsgeber privater Investitionen dar. Im Jahr 2012 wurden 130 Ausgleichsbetragsvereinbarungen abgeschlossen bzw. in 33 Fällen die Ausgleichsbeträge mit dem Verkauf der Grundstücke erhoben sowie für 27 Eigentümer Bescheinigungen und mit 7 Bauherren Verträge nach § 7h EStG erstellt.

Die Sanierungsmaßnahme ist in die Phase abschließender öffentlicher Investitionen und planungsrechtlicher Verfahren eingetreten. Der Bebauungsplan SAN – P 15 „Teilbereich Block 18“ lag erneut öffentlich aus. Der Bebauungsplan soll 2012 als Satzung beschlossen werden. Für das Einzelhandelsvorhaben „Luisenforum“ besteht Planreife. Die Realisierung dieses Vorhabens kann der Einkaufsinnenstadt einen erheblichen Impuls geben.

Die Gehwege in der westlichen Charlottenstraße wurden 2011 erneuert. In 2012 sollen der nördliche Gehweg der Charlottenstraße zwischen Dortustraße und Friedrich-Ebert-Straße und der südliche Gehweg zwischen Wilhelm-Staab-Straße und Friedrich-Ebert-Straße erneuert werden. Zudem ist der behindertengerechte Umbau der Haltestelle Charlottenstraße / Dortustraße geplant.

**2. Barocke
Stadterweiterung**

Aufgrund des Entfalls der Finanzierung aus dem Hauptstadtvertrag hat sich die Notwendigkeit ergeben, in der übergreifenden Förderkulisse Stadterweiterung Süd / Potsdamer Mitte die Finanzierungsplanung der öffentlichen Maßnahmen grundlegend zu überprüfen. Mit der deshalb notwendigen Umverteilung von Fördermitteln zugunsten der kommunalen Aufgaben im Umfeld des Landtages mussten die Erneuerungen der Spornstraße und der Bäckerstraße zeitlich verschoben werden.

Im Zuge der weiter fortgeschrittenen Gebäudesanierung hat sich die Zahl der potentiell für den Einzelhandel in der Einkaufsinnenstadt verfügbaren Gewerbeeinheiten von 420 auf 442 erhöht. Die Leerstandquote dieser Objekte beträgt ca. 8 %, ist aber nicht als strukturelles Problem zu bewerten. Gleichzeitig hat sich die Tendenz, mit der Sanierung zunächst entstandene Büroräume zu Wohnungen umzunutzen, fortgesetzt.

Holländisches Viertel

War das Jahr 2011 von der Strukturierung des Verfahrens zur Aufhebung der Sanierungssatzung gekennzeichnet, so wird dieser Prozess im laufenden Jahr umgesetzt. Dies erfordert besondere Aufwendungen für die Analyse, Aufbereitung und Kommunikation der planerischen, sozialen, wirtschaftlichen und förderrechtlichen Ergebnisse des ca. 20-jährigen Sanierungsverfahrens. Ein solcher Prozess ist bisher im Land Brandenburg ohne Beispiel. Der Abschlussbericht für die Sanierungsmaßnahme soll im III. Quartal 2012 fertiggestellt werden.

Wesentliche Arbeitsschritte schließen sich nach Aufhebung der Sanierungssatzung an. Dazu gehören die Erhebung der noch ausstehenden Ausgleichsbeträge gemäß § 154 Abs. 4 BauGB per Bescheid, die Übertragung noch im Treuhandvermögen befindlicher Grundstücke an die Stadt wie auch die Gesamtabrechnung gegenüber dem Fördermittelgeber.

Die Privatisierung von Liegenschaften aus dem Treuhandvermögen, beispielhaft an 2 Objekten in der Benkertstraße ablesbar, dokumentiert die nutzerorientierte Ausrichtung behutsamer Sanierung trotz der hohen Attraktivität, die mit den Sanierungserfolgen erreicht werden konnte.

Beschlussgemäß wird das städtebauliche Konzept für die Mittelstraße und die Benkertstraße im Sanierungsgebiet „Holländisches Viertel“ nach dem Tulpenfest umgesetzt.

Der Bebauungsplan SAN – P 12 „Blöcke 17 Nord und 23 Süd“ lag Ende 2011 öffentlich aus und soll 2012 als Satzung beschlossen werden.

Für die Bebauung neben der Französischen Kirche sind die baulichen Rahmenbedingungen festgelegt. Der Verkauf des Grundstücks an die PWG 1956 eG ist für März/April vorgesehen.

Block 27

Auch die Entwicklungsmaßnahme „Block 27“ ist in ihre Abschlussphase eingetreten. Im Jahr 2011 haben die unbebauten Grundstücke im Blockinnenbereich den Eigentümer gewechselt. Damit scheint eine langjährige Entwicklungsblockade ihr Ende gefunden zu haben. Der neue Eigentümer will 20 Reihenhäuser und 21 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern errichten und hat sein Vorhaben dem Gestaltungsrat mit überwiegend positiver Resonanz vorgestellt.

Der Entwicklungsträger hat die unsanierten Gebäude aus dem Treuhandvermögen inzwischen privatisiert. Mehrere werden derzeit schon saniert.

Die formalen Schritte zur Aufhebung der Entwicklungssatzung sollen im Jahr 2012, dem Beispiel des Holländischen Viertels folgend, vorbereitet werden.

Die Aktivitäten im Sanierungsgebiet Potsdamer Mitte konzentrierten sich 2011 auf den Landtagsneubau, die Planung des Umfeldes des Landtagsneubaus sowie die Durchführung des Bieterwettbewerbs für die Grundstücke Havelufer / Alte Fahrt sowie an der Schwertfegerstraße.

Potsdamer Mitte

Das Vergabeverfahren für die Bebauung des Umfeldes des Landtagneubaus am Havelufer und an der Friedrich-Ebert-Straße begann im Herbst 2010. Im Januar 2011 folgte die zweite Phase des Verfahrens, im Mai/Juni 2011 lagen die endgültigen Angebote vor, der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zu den Kaufverträgen wurde im Dezember 2011 gefasst. Diese wurden überwiegend im 1. Quartal 2012 beurkundet.

Parallel zu dem Ausschreibungsverfahren für die Grundstücke wird der Bebauungsplan SAN-P 13 „Havelufer / Alte Fahrt“ aufgestellt, der im März/April 2011 öffentlich ausgelegt hat, um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die zukünftige Bebauung am Havelufer herzustellen. Nach Vorliegen der Bebauungskonzepte erfolgte die Anpassung der Festsetzungen des Bebauungsplans, der von der Stadtverordnetenversammlung im Mai 2012 als Satzung beschlossen werden soll. Noch für 2012 ist die Durchführung eines landschaftsplanerischen Wettbewerbs zur Gestaltung der öffentlichen Promenade am Havelufer geplant.

Für den Landtagsneubau wurde im November 2011 das Richtfest unter großer Anteilnahme der Bevölkerung auf dem Alten Markt gefeiert. Eine weitere private Spende ermöglicht das Dach mit einer Kupfereindeckung herzustellen, wie sie das Stadtschloss historisch aufwies. Die Inbetriebnahme des Landtagsneubaus ist für den Herbst 2013 geplant.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten im Sanierungsgebiet Potsdamer Mitte konzentriert sich 2012 auf die Qualitätssicherung bei der Realisierung der geplanten Bauvorhaben sowie die Herstellung der erforderlichen Erschließung der neuen Baufelder mit dem Bau der Humboldtstraße, der Durchführung der archäologischen Grabungen am Havelufer, sowie der Sanierung der Spundwand am Havelufer. Die geplanten Baumaßnahmen werden im Zusammenspiel mit der Landtagsbaustelle eine logistische Herausforderung sein.

Ebenfalls noch zu lösen ist die erforderliche Verlagerung des Theaterschiffs, dessen Veranstaltungsbetrieb insbesondere in die Nachtstunden hinein mit der angrenzenden neuen Nutzung nicht verträglich gemacht werden kann.

Die Hüllensanierung des Alten Rathauses wurde 2011 abgeschlossen. Gegenwärtig wird das Ensemble für die Nutzung des Potsdam Museums – Forum für Kunst und Geschichte umgebaut. 2012 kehrt das Potsdam Museum zurück an seinen Gründungsstandort.

Der Umbau und die Sanierung der Stadt- und Landesbibliothek haben im August 2010 begonnen. Die Fertigstellung aller baulichen Leistungen ist für Mitte 2012 vorgesehen, mit Ausnahme von noch erforderlichen Anpassungen im Fassadenbereich, die einen teilweisen Rückbau des Verbindungsbauteils zur Fachhochschule voraussetzen. Verhandlungen zur Gewährleistung dieser logistisch sehr anspruchsvollen Maßnahme laufen, sind jedoch bislang noch nicht in der Weise erfolgreich, dass die Schlussfolgerungen für die Eröffnung des Bildungsforums exakt terminiert werden könnten.

Erhebliche Bedeutung für die Entwicklung der Potsdamer Mitte kann das aktuelle Angebot von Herrn Prof. Plattner entfalten, eine Kunsthalle für die Stadt zu stiften. Nach seinen jüngst dokumentierten Vorstellungen kann dieses Angebot in der Weise umgesetzt werden, dass einer der wichtigsten öffentlichen Räume der Stadt, der Lustgarten, mit einer herausragenden öffentlich-wirksamen Funktion ausgestattet wird, wo derzeit noch privatwirtschaftliche Flächennutzung das Bild bestimmt. Die Einordnung einer solchen neuen Funktion ist ohne Zweifel mit erheblichen städtebaulich-architektonischen Herausforderungen verbunden, die qualitativ am besten über ein wettbewerbliches Verfahren ausgefüllt werden könnten. Zunächst ist jedoch sicherzustellen, dass der nachvollziehbare Anspruch eines weitgehenden Konsenses in der Stadt zu diesem Angebot erfüllt werden kann.

2012 wird der Bebauungsplan Nr. 1 „Neuer Markt / Plantage“ für das Areal des Langen Stalls, für das Grundstück Brock'sches Haus sowie für den Blockinnenbereich fortgeführt mit dem Ziel, neben der Sanierung des Brock'schen Hauses Planreife für Bauvorhaben wie die Bebauung des Grundstücks des Langen Stalls zu erlangen. Zum Finden der bestmöglichen baulich und wirtschaftlich realisierbaren Lösung für die angemessene Neuinterpretation dieser Flanke zur Plantage soll unter Einbeziehung der privaten Eigentümer des nördlichen Teilgrundstücks ein Wettbewerb durchgeführt werden.

Der Verein zum Wiederaufbau der Garnisonkirche hat 2011 ein temporäres Ausstellungs- und Andachtsgebäude auf dem Grundstück der Garnisonkirche errichtet, in dem die neue Ausstellung „Die Potsdamer Garnisonkirche – Fragmente und Perspektiven“ zu sehen ist. An der Südostecke des Turmes wurde ein Teilstück der Balustrade aufgestellt.

Im Bereich Schloßstraße / Friedrich-Ebert-Straße erfolgte der Abriss des Gebäudes der Wasserwirtschaft, wo 2011 mit dem Neubau der Synagoge begonnen werden sollte. Dazu kam es trotz vorliegender Baugenehmigung und gesicherter Finanzierung nicht. Damit verzögert sich die Entwicklung in diesem Bereich; Schlussfolgerungen aus der derzeit offenen Frage des Synagogenbaus können und sollten nicht gezogen werden, solange der aktuell durch das Land Brandenburg initiierte Klärungsprozess noch läuft

Gemäß dem Beschluss zur förmlichen Festsetzung des Sanierungsgebietes konzentrierten sich die Arbeiten auch im Jahr 2011 auf den Bereich zwischen Kellertorbrücke und Havel. Hier konnte nun der erste Abschnitt des Potsdamer Stadtkanals, der wieder dauerhaft mit Havelwasser gefüllt ist, im September der Öffentlichkeit übergeben werden. Auch die Außenanlagen sowie die Sicherung der historischen Brückenaufleger der Kellertorbrücke konnten realisiert werden.

2012 wird in diesem Sanierungsgebiet ein weiterer kleiner Teil der Stadtmauer nördlich des Kanals saniert. Für das wichtige öffentliche Wassergrundstück zwischen der Kellertorbrücke und Havel wird die Ufersanierung vorbereitet, und es soll im Frühjahr 2013 für Anwohner, Fahrrad- und Wassertouristen ganz neu zur Verfügung stehen.

Weitere Maßnahmen, wie der Neubau der Kellertorbrücke und die Herstellung weiterer Kanalabschnitte insbesondere als wesentliches Element bei der Wiederherstellung und Neugestaltung der Potsdamer Mitte, können aufgrund fehlender Finanzierung zunächst nur vorbereitend planerisch berücksichtigt werden.

So soll bei der Gestaltung des Raumes vor dem „Bildungsforum“ die räumliche Orientierung auf die künftige Wiederherstellung des Stadtkanals bereits berücksichtigt werden.

Im öffentlichen Raum wurde 2011 die Wollestraße nach historischem Vorbild erneuert.

2012 wird mit der Neugestaltung der Turnstraße und Müllerstraße begonnen werden.

Im Quartier an der Mühlenstraße / Neuen Straße wurde 2011 mit der Sanierung der Bestandsgebäude durch den Sanierungsträger Stadtkontor GmbH begonnen, die 2012 fertig gestellt werden. Auch mit der Sanierung bzw. Bebauung der durch Stadtkontor veräußerten Randgrundstücke (Neue Straße 8 und die Ecke Neue Straße / Mühlenstraße) wurde begonnen. Hier entstehen weitere Wohnungen z.T. mit preisgebundenen Mieten. Im Blockinnenbereich entstehen 6 Einfamilienhäuser, für die eine Bauherrengemeinschaft initiiert wurde. Damit dokumentiert sich der erfolgreiche Fortschritt der Sanierungsmaßnahme, vor allem mit ungebremster Nachfrage nach Wohnungsbaupotenzialen, auch in den Randbereichen des attraktiven Stadtteils.

2011 wurde die neue KITA mit 50 Plätzen in der Karl-Liebknecht-Straße 113 fertiggestellt. In der Spindelstraße 4 sind nach der Sanierung durch den Sanierungsträger Stadtkontor 5 mietpreisgebundene Wohnungen entstanden, die 2011 bezogen wurden.

2012 wird durch einen Investor in der Siemensstraße 20, 22 ein Neubauvorhaben mit 23 Wohnungen fertiggestellt werden und voraussichtlich mit einem weiteren Neubau in der Walter-Klausch-Straße begonnen werden, mit dem ca. 40 weitere Wohnungen entstehen werden.

Auch in der Großbeerenstraße wurde 2011 durch einen Investor mit dem Neubau von 11 Reihenhäusern begonnen, die 2012 bezogen werden.

Die Fortführung der Sanierungsmaßnahme „Schiffbauergasse“ erfolgt auch 2012 baulich vorrangig durch private Investitionen. Im Frühjahr soll mit dem Bau des Gewerbeobjektes (Boardinghouse) am Parkhaus begonnen werden. Mit der geplanten Sanierung der Villa Tummeley und Herstellung der historischen Gartenanlage soll ein weiterer historischer Bereich des Standortes wiederhergestellt werden.

**Babelsberg
Nord und Süd**

Schiffbauergasse

Im Zuge der Fortführung der Bauleitplanung werden Verdichtungspotentiale am Standort Schiffbauergasse eruiert, um die Grundlage für die Errichtung weiterer notwendiger Nutzungsbereiche, insbesondere für die Schaffung von Aufenthaltsqualität des Kulturzentrums zu schaffen.

Mit mehr als 1.000 Kulturveranstaltungen pro Jahr und ca. 300.000 Gästen sind Marketing- und Managementleistungen am Standort zu organisieren. Das Verfahren hierzu wird durch den Bereich Kultur derzeit neu ausgerichtet.

Stadterneuerung - Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen

Entwicklungsbereich
Bornstedter Feld

Bis zum Ende des Jahres 2011 konnten im Bornstedter Feld 3.700 Wohneinheiten für ca. 6.000 Menschen geschaffen werden. Parallel hierzu wurden wichtige Einrichtungen der sozialen Infrastruktur geschaffen, wie 301 Krippen- und Kindergartenplätze in 4 Einrichtungen und 153 Hortplätze in Zuordnung zur Karl-Förster-Grundschule.

Die dreizügige 2. Grundschule mit Hort an der Pappelallee für ca. 500 Schülerinnen und Schüler ist fertiggestellt und kann zum Schuljahreswechsel in Betrieb genommen werden. Zudem erfolgte die Standortentscheidung für eine weiterführende Schule, diese soll in der Roten Kaserne West gebaut werden. Aufgenommen wurden die Planungen für eine Kinder- und Jugendfreizeitstätte am Standort David-Gilly-Straße für 100 junge Menschen. Hierzu soll im Jahr 2012 ein Wettbewerbsverfahren unter Beteiligung der zukünftigen Nutzer durchgeführt werden.

Der Immobilienvertrieb sowie die Errichtung von Geschosswohnungsbauten wurden im Wirtschaftsjahr 2009 und Anfang 2010 von den Auswirkungen der Finanzkrise negativ beeinflusst. Mit dem Rückzug einiger Banken aus dem Bauträgergeschäft hatten einige Investoren Schwierigkeiten, ihre Projektfinanzierung sicherzustellen. Aufgrund der zeitweisen Stagnation der Entwicklung haben sich die geplante Errichtung der Wohnungs- und Gewerbeimmobilien sowie die Herstellung der technischen und sozialen Infrastruktureinrichtungen zeitlich um ca. 4 Jahre verschoben. Die nun konzentriert anfallende Nachfrage kann dabei nicht bis zum bisher geplanten Abschluss der Entwicklungsmaßnahme im Jahre 2015 realisiert werden, sodass der Abschluss der Entwicklungsmaßnahme nun bis zum Jahr 2020 erfolgen soll. Aus den zeitlichen Verschiebungen der städtebaulichen Entwicklung haben sich zwangsläufig auch zeitliche Verschiebungen zur Umsetzung der begleitenden erforderlichen Maßnahmen der verkehrlichen, technischen und sozialen Infrastruktur ergeben.

Schwerpunktmäßig gilt dies für die Quartiere Kaserne Kirschallee, Gartenstadt Nord, Kaserne Pappelallee, Am Schragen und Rote Kaserne West sowie mit Einschränkungen für die Nedlitzer Kasernen, in deren Zusammenhang auch noch übergeordnete verkehrliche Maßnahmen wie beispielsweise der 2. BA Straßenbahn Nordost umzusetzen wären.

Die kürzlich vorgestellte Evaluierung der Entwicklungsmaßnahme zeigt durchgängig den großen Erfolg der durchgeführten Entwicklung und bestätigt eindrucksvoll, dass es richtig war, frühzeitig dieses rechtliche

Instrument einzusetzen. Im Ergebnis der Aktualisierung der Rahmenplanung Bornstedter Feld hat die Entwicklungsmaßnahme berechnete Aussichten, den heute prognostizierten Abschluss in 2020 sowohl bezüglich der Realisierung der Entwicklungsziele als auch der Refinanzierung der Entwicklungskosten zu erreichen.

Der positive Nachfragetrend nach Gewerbegrundstücken hat sich im Entwicklungsgebiet Babelsberg fortgesetzt; so konnten im Jahr 2011 vier Grundstücke für gewerbliche Ansiedlungen verkauft werden. Neben der Aktivierung der Gewerbeflächen wurde auch die Arrondierung und Erweiterung der Wohnbauflächen vorangetrieben. Die Initiierung der Baugemeinschaft in der Prager Straße ist mit dem Verkauf von fünf Grundstücken (von insgesamt 12) erfolgreich gestartet. Am Horstweg wurde mit Veräußerung eines Grundstücks für studentisches Wohnen mit ca. 80 WE die Entwicklung eines neuen Wohnstandortes eingeleitet. Die Erschließungssituation wurde durch den Straßenausbau Am Kleewall und den Straßenneubau in der Prager Straße verbessert.

Entwicklungsbereich
Babelsberg

Im Hinblick auf die starke Wohnungsnachfrage wird in den kommenden Jahren der Maßnahmenswerpunkt in der Entwicklung der planerisch gesicherten Wohnbauflächen liegen. Die gewerbliche Entwicklung konzentriert sich zunehmend auf die Gewerbeflächen zwischen Großbeerenstraße und Gartenstraße sowie auf das Maximum-Areal (ehemaliges Karl-Marx-Werk).

Folgende Maßnahmen sind für das Jahr 2012/2013 geplant:

- Weiterentwicklung des Medienstandortes auf dem Maximum-Areal durch Erweiterung und Intensivierung der Mediennutzung und durch eine Verbesserung der Erschließungssituation,
- Initiierung von Baugemeinschaften auf der Wohnbaufläche am Horstweg,
- Parzellierung und Vermarktung der Wohnbauflächen am Horstweg und von Mischgebietsflächen in der Heinrich-von-Kleist-Straße,
- Neuordnung der gewerblichen Baufläche im Bereich der Grünstraße,
- Erwerb weiterer Grundstücke, bei denen die Eigentümer nicht zu einer Entwicklung in der Lage oder bereit sind.

Stadterneuerung - Integrierte städtebauliche Maßnahmen in weiteren Stadtgebieten

Die Situation in den Potsdamer Erneuerungsgebieten in Plattenbauweise kann aufgrund der umfangreichen kommunalen Aufwertungsmaßnahmen i.V.m. den Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen der Wohnungswirtschaft als stabil bezeichnet werden; die Nachfrage am Wohnungsmarkt schlägt sich in allenfalls marginalen Leerständen nieder, die positive Entwicklung der Arbeitsplätze in der Stadt trägt ebenso positiv zur sozialen Situation bei. Wesentliche Grundlage dafür ist das Programm „Soziale Stadt“ mit seinem ausgeprägt integrativen Ansatz, der u.a. eine breite Einbindung der Bürgerinnen und Bürger wie im Fall der Gartenstadt voraussetzt und ermöglicht.

Wegen seiner hervorgehobenen Bedeutung wird das Projekt Gartenstadt Drewitz nunmehr als eigenständiger Abschnitt dieses Berichtes geführt. Dagegen entfällt die abgeschlossene Gesamtmaßnahme Waldstadt II (siehe Mitteilungsvorlage 11/SVV/0900).

Die bundesweite Kürzung der Städtebauförderung betrifft auch das Förderprogramm Soziale Stadt. Glücklicherweise war davon Potsdam wenig betroffen, da die Gesamtmaßnahme Stern/Drewitz auch von Landesseite prioritär betrachtet wird. Dank Umbewilligungen zugunsten von Stern/Drewitz gab es keine Einschnitte im Fördervolumen. Die Gesamtmaßnahme Schlaatz wird förderungstechnisch planmäßig auslaufen. Dadurch hatten die Kürzungen für Potsdam kaum Relevanz.

Neubaubereich Schlaatz

Seit dem Jahr 1997 erhielt der Schlaatz Zuwendungen aus den unterschiedlichsten Förderprogrammen. Die durch die Kommune realisierten Vorhaben im öffentlichen Raum wurden frühzeitig mit den ansässigen Wohnungsunternehmen abgestimmt, gekoppelt mit den durchgeführten Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen der Wohnungswirtschaft trugen diese zur sichtbaren Aufwertung und damit Stabilisierung des Stadtteils bei. Die „Schlaatz-Allianz“ der sozialen Träger und Einrichtungen hat sich weiter etabliert. Sie unterstützt und praktiziert nach wie vor die erforderliche Partizipationsarbeit vor Ort und ist ein überaus wichtiger Partner in der sozialen Stadteitarbeit.

Der Schlaatz-Allianz kann künftig als Garant zur gewünschten Nachhaltigkeit und Partner für die Stadt eine wichtige Aufgabe im notwendigen Verstetigungsprozess in der Siedlung zukommen. Hierauf wird in einer gesonderten Mitteilungsvorlage zum Entwicklungskonzept vertieft eingegangen.

Zur Aufwertung des brach gefallenen Stadtteilzentrums wird erwartet, dass die Eigentümer der Immobilie des ehemaligen REWE – Marktes ihre baulichen Pläne standort- und umfeldgerecht sowie nutzerfreundlich umsetzen. Die Erwartung an eine zeitnahe bauliche Aufwertung, versehen mit Nutzungsergänzungen, richtet sich auch an die Eigentümer der weiteren Bestandsgebäude.

Gartenstadt Drewitz

Mit der Wahl einer 15-köpfigen Bürgerversammlung wurde im vergangenen Jahr der wichtigste Schritt zur aktiven Bürgerbeteiligung im Drewitzer Stadtteil gemacht. Die Bürgerversammlung haben nunmehr in allen Gremien, die die Planungen zur Gartenstadt begleiten, Stimmrecht. Um die Gartenstadtpläne vorzustellen, sie zu diskutieren und gemeinsam nach Lösungen zu suchen, führte die Stadt vier öffentliche Werkstätten durch, die im Ergebnis einen breiten Konsens zu den in diesem Diskussionsprozess intensiv diskutierten Maßnahmen herstellen konnten. Als Resultat daraus entstand ein am 25. Januar 2012 durch die SVV bestätigter Masterplan. Ein Beteiligungskonzept regelt im mehrjährigen Prozess zum Umbau zur Gartenstadt die Zusammenarbeit aller Akteure.

Die Umsetzung der Planungen zum künftigen Konrad-Wolf-Park soll im Sommer dieses Jahres mit einem feierlichen 1. Spatenstich erfolgen. Mit der schon im März erfolgten symbolischen Grundsteinlegung für die Stadtteilschule Drewitz gehen die beiden kommunalen Vorhaben in diesem Jahr in die Umsetzungsphase, beide werden mit der Bereitstellung von entsprechenden Fördermitteln realisiert. Für den zukünftigen

Stadtteilpark kommen EU – Mittel zum Einsatz, bei der Stadtteilschule werden die städtischen Mittel durch Gelder aus dem Programm „Soziale Stadt“ ergänzt. Beide Maßnahmen müssen im Jahr 2013 fertiggestellt und an die Nutzer übergeben worden sein.

Zeitgleich dazu wird die Klärung der Stellplatzsituation im nördlichen Stadtteil über ein notwendiges Bewirtschaftungskonzept erfolgen. Das städtische Wohnungsunternehmen, die PRO POTSDAM, beginnt im Mai des Jahres mit seinem Pilotprojekt, dem Umbau von 120 Wohnungen an der Konrad-Wolf-Allee / Guido-Seeber-Weg, hier kommen ebenfalls Fördermittel zum Einsatz. Besonderen Wert wird auf die Sozialverträglichkeit der Maßnahmen gelegt; hierzu ist ein Kooperationsvertrag mit der PRO POTSDAM abgeschlossen und eine eigentümerunabhängige Mieterberatung installiert worden. Die erforderliche Zusammenarbeit mit den anderen in Drewitz ansässigen Wohnungsunternehmen wird weiter ausgebaut, ggf. werden entsprechende Vereinbarungen zur weiteren Zusammenarbeit im langfristigen Umgestaltungsprozesses des Stadtteils getroffen.

Das Förderprogramm „Soziale Stadt, Stern - Drewitz“ bedient in der entsprechenden Kulisse zwei Stadtteile, neben Drewitz gehört auch der Stadtteil „Am Stern“ dazu. Eines der wichtigsten Vorhaben – der Campus am Stern – wurde Ende des vergangenen Jahres nach langjähriger Umgestaltung feierlich übergeben. Gymnasium, Grund- und Musikschule wurden umfangreich umgebaut, erhielten neue Frei- und Sportflächen, die auch von der Wohnbevölkerung genutzt werden. Die Gesamtmaßnahme bedeutet eine grundsätzliche Qualifizierung und Aufwertung nicht nur des Stadtteils, sondern des gesamten südöstlichen Sozialraums. Neue Projekte der Gesamtkulisse „Stern/Drewitz“ werden sich 2012 / 2013 weitgehend auf die Gartenstadt „Drewitz“ konzentrieren.

**übrige Förderkulisse
Stern - Drewitz**



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0471

Betreff:
Statusbericht Regionaler Wachstumskern Potsdam 2012

öffentlich

**bezüglich
DS Nr.:**

Erstellungsdatum 10.07.2012

Eingang 902: 11.07.2012

4/46

Einreicher: FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

22.08.2012 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung: Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Die Landeshauptstadt Potsdam ist als Regionaler Wachstumskern aufgefordert, den jährlichen Statusbericht an die Staatskanzlei zu geben, Abgabetermin war der 18. Juli 2012. Der Bericht besteht aus zwei Teilen: Dem Textteil (der die Entwicklung des RWK im Jahr 2011 beschreibt) und den Maßnahmebögen.

Die Maßnahme „Innovative Landeskultur“ wird nicht als prioritäre Maßnahme weitergeführt, die eher kleinteiligen Einzelprojekte können auch ohne RWK-Maßnahme umgesetzt werden. Es werden keine neuen Maßnahmen angemeldet, da noch drei Maßnahmen mit Konkretisierungs- und Prüfungsbedarf bestehen: Radverkehr/Radtourismus, Verlängerung der Wetzlarer Straße, Verlegung L78/79.

Aus vier Potsdamer „Zukunftsthemen“ sollten zukünftig konkrete neue Maßnahmen abgeleitet werden: Klimawandel und Energie / Nachhaltige Mobilität / Gesundheit und Wohnen / Bürgerbeteiligung.

Das Standortentwicklungskonzept (SEK) soll ab dem vierten Quartal 2012 fortgeschrieben werden, es kann vollständig aus der technischen Hilfe des EFRE finanziert werden.

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Siehe Anlage



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Regionaler Wachstumskern
Landeshauptstadt Potsdam

Standortentwicklungskonzept

Umsetzung der Schlüsselmaßnahmen

Bericht an die Interministerielle
Arbeitsgruppe Integrierte
Standortentwicklung (IMAG)

Juli 2012

**Regionaler Wachstumskern
Landeshauptstadt Potsdam**

Standortentwicklungskonzept

Umsetzung der Schlüsselmaßnahmen
Bericht an die Interministerielle Arbeitsgruppe Integrierte Standortentwicklung (IMAG)

Koordination und Ansprechpartner:

Büro des Oberbürgermeisters
Dieter Jetschmanegg

Bereich Stadtentwicklung – Verkehrsentwicklung
Bernd Kahle, Erik Wolfram
stadtentwicklung@rathaus.potsdam.de

Wirtschaftsförderung
Stefan Frerichs, Mario Klünder
Wirtschaftsfoerderung@rathaus.potsdam.de

Stand: 18.07.2012

Inhalt

1. Daten Landeshauptstadt Potsdam 2011	4
2. Einleitung	5
3. Entwicklung des RWK Potsdam	5
Risiken und Herausforderung	6
Wirtschaftswachstum	7
Gewerbliche Entwicklung und Unternehmensinvestitionen	9
Konjunkturelle Situation	10
Arbeitsmarkt	12
Ausbildungsstellenmarkt	14
4. Entwicklung in den Clustern	16
Gesundheitswirtschaft	16
IKT, Medien und Kreativwirtschaft	16
Tourismus	19
Clusterübergreifende Handlungsfelder und Maßnahmen	21
5. Planungen und Projekte im RWK	24
Gewerbeflächensicherungskonzept der Landeshauptstadt Potsdam	24
Fortschreibung des Standortentwicklungskonzeptes	25
6. Zukunftsthemen	26
Klimawandel und Energie	26
Nachhaltige Mobilität	26
Gesundheit und Wohnen	27
Bürgerbeteiligung	28
7. RWK-Maßnahmen	28
Einzelmaßnahmen im Bereich des Potsdamer Niederungsbogens	28
Anlage: Prioritäre Maßnahmen / Maßnahmebögen	30

Der Statusbericht im Original besteht aus diesem Textteil und 10 einzelnen Maßnahmebögen. In den Bögen sind die Änderungen zum Bericht 2011 **markiert**.

1. Daten Landeshauptstadt Potsdam 2011

	2009	2010	2011	Veränderung zum Vorjahr
Einwohner (mit Hauptwohnsitz)	153.117	155.354	157.361	+2.007
Einwohner (mit Nebenwohnsitz)	6.334	6.296	6.233	-63
Ausländeranteil (%)	4,3	4,3	4,4	+0,1%-Pkte
Durchschnittsalter (Jahre)	42,0	42,1	42,2	+0,1Jahre
Bevölkerungsdichte (Einwohner / km ²)	818	829	839	+1 %
Geburten	1.635	1.735	1.656	-6 %
Todesfälle	1.341	1.353	1.351	0 %
Natürlicher Saldo	294	400	305	-24 %
Zuzüge	10.101	10.232	10.115	-1 %
Fortzüge	8.962	8.269	8.369	+1 %
Wanderungssaldo	1.139	1.963	1.746	-11%
Einpendler	44.036	45.151	45.955	+2 %
Auspendler	27.320	27.697	28.482	+3 %
Pendlersaldo	16.716	17.454	17.473	0 %
Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitt)	8,4%	8,3%	7,9%	-0,4%-Pkte
Gewerbebestand (Betriebe)	12.103	12.531	12.652	+0,8 %
Beschäftigtenstruktur	2009	2010	09/2011	
Soz.versicherungspflichtig Beschäftigte	72.899	74.737	77.756	+3,4%
Erwerbstätige (am Arbeitsort) gesamt	110.100			
davon produzierendes Gewerbe	6,9%			
davon Dienstleistung	92,6%			
Jugend und Bildung	2009	2010	2011	
Studierende	23.454	24.737	25.095	+1 %
Auszubildende	8.313	7.385	6.930	-6 %
Schüler	17140	17.549	18.322	+4 %
Wohnen*	2009	2010	2011	
Baufertigstellungen (Wohnungen)	815	1.219	627	-592
Baugenehmigungen (Wohnungen)	1.446	957	509	-448
Bauüberhang insges.	720	2.152	2.513	+361
Wohnungsleerstand	2,4%	2,5%	1,8%	-0,7 %-Pkte

* Stat. Landesamt Berlin Brandenburg

2. Einleitung

Mit dem vorliegenden Bericht wird die Entwicklung des Regionalen Wachstumskernes (RWK) Potsdam im letzten Jahr skizziert. Der Bericht besteht aus dem Textteil und den einzelnen Maßnahmebögen in der Anlage.

Im Kapitel 3 wird die Entwicklung des Regionalen Wachstumskernes skizziert. Dieser Teil ist in diesem Jahr – auch zur Vorbereitung der Fortschreibung des Standortentwicklungskonzeptes – etwas umfangreicher als in den Vorjahren.

Kapitel 4 stellt die wichtigsten Entwicklungen innerhalb der neuen „Cluster“ dar, die Basis der gemeinsamen Förderpolitik der Länder Brandenburg und Berlin sind. Sie ersetzen die bisherigen „Branchenkompetenzfelder“. Die relevanten Cluster für Potsdam sind „Gesundheitswirtschaft“, „IKT, Medien und Kreativwirtschaft“ und „Tourismus“.

Im Kapitel 5 werden kurz die für die wirtschaftliche Entwicklung besonders relevanten Planungen und Konzepte des RWK vorgestellt.

Im Kapitel 6 werden vier Zukunftsthemen benannt, deren Bedeutung weit über die Stadtentwicklung Potsdams hinausgeht und in den nächsten Jahren zunehmen wird. Im Rahmen des RWK-Prozesses geht es darum, aus diesen Themen konkrete prioritäre Maßnahmen zu entwickeln. Dieses soll auch Thema der Fortschreibung des Standortentwicklungskonzeptes sein, es zeichnen sich bei den unterschiedlichen Akteuren bereits erste Projektideen ab. Diese Themen sind:

- Klimawandel und Energie
- Nachhaltige Mobilität
- Gesundheit und Wohnen
- Bürgerbeteiligung

Das Kapitel 7 widmet sich den konkreten prioritären Maßnahmen. Der RWK schlägt 2011 keine neuen prioritären Maßnahmen vor, da die bereits vorgeschlagenen Maßnahmen noch nicht vollständig umgesetzt sind. Die Maßnahme „Innovative Landeskultur“ wird in seinen Einzelbestandteilen konkretisiert und umgesetzt, aber bis auf Weiteres nicht mehr als prioritäre Maßnahme benannt. Im Anhang finden sich die einzelnen Maßnahmebögen.

3. Entwicklung des RWK Potsdam

Die positive Entwicklung der Landeshauptstadt Potsdam hat sich auch im Jahr 2011 fortgesetzt. Es war ein Zuwachs von über 2.000 Einwohnern zu verzeichnen, überwiegend bedingt durch Zuwanderung. Aktuell sind 157.737 Bewohner mit ihrer Hauptwohnung in der Landeshauptstadt gemeldet (31.03.2012).

Auch wenn sich der positive natürliche Saldo durch den demografischen Wandel abschwächt, ist auch in den nächsten Jahren noch mit einem Geburtenüberschuss zu rechnen. Menschen ziehen immer dort hin, wo sie bessere Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe, passende Arbeitsangebote oder einen Platz für unternehmerische Aktivitäten finden. Und hier hat Potsdam offensichtlich einiges zu bieten. Wanderungsbewegungen zwischen den Regionen sind ein Indikator für die aktuelle Attraktivität einer Region, die insbesondere hinsichtlich der Verfügbarkeit von Arbeits- und Ausbildungsplätzen wie Magnete wirken. Signifikante Zuwanderungen kennzeichnen starke

und attraktive Regionen. Sie entwickeln Eigenschaften, sich in Krisenphasen durch eine relativ höhere Stabilität auszuzeichnen. Das ist auch für Potsdam festzustellen.

Die Prognosen der Stadt sehen für 2020 rund 172.000 Einwohner und in 2030 rund 179.000 Einwohner, die in der Landeshauptstadt leben. Die aktuelle Bevölkerungsprognose des Landes ist noch deutlich positiver als die städtische Prognose: Sie geht von 176.000 Einwohnern in 2020 und 187.000 in 2030 aus.

Ein weiteres Wachstum der Bevölkerungszahl ist allerdings nur möglich, wenn auch der Wohnungsbau und die Entwicklung der Infrastruktur Schritt hält. Noch deutlich positiver als in der Vergangenheit ist die Zunahme von über 2.500 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2011 (vorläufige Zahlen).

Interessant ist die Betrachtung der Wanderungssalden der letzten fünf Jahre (2007-2011): Die Wanderungsgewinne betragen im Saldo im Jahr durchschnittlich 1.800 Personen, verteilt über alle Altersgruppen. Die größte Zuwanderungsgruppe waren Schüler, Studierende und Berufsanfänger (16-26 Jahre), knapp 1.000.

Die Zuwanderinnen und Zuwanderer kamen in den Jahren 2007-2011 im Saldo zu folgenden Anteilen aus

...dem Umland:	7%
...dem restlichen Brandenburg:	33%
...den neuen Bundesländern:	27%
...den alten Bundesländern:	22%
...Berlin:	5%
...aus dem Ausland:	6%

Damit waren 60% der neuen Potsdamer sind auch neue Brandenburger.

Während sich die Zahl der jüngeren Kinder in den Jahren bis 2020 kaum noch verändern wird, gehen die Prognosen von starken Zuwächsen bei Kindern im Grundschulalter (+1.900) und zwischen 12 und 16 (+1.800) aus. Damit verlieren die wichtigen Themen Krippe und Kindergarten tendenziell an Bedeutung, dafür verstärkt sich die Nachfrage nach Grundschul- und Hortplätzen.

Im Jahr 2011 und 2012 wird die städtische **Infrastrukturplanung** – im ersten Schritt mit einem Fokus auf die soziale Infrastruktur - noch genauer auf die zukünftige Bevölkerungsentwicklung abgestimmt, u.a. mit kleinräumigeren Prognosen und einer Analyse der Wege zu Schulen und Kitas.

➔ Weitere Informationen zum [Stadtentwicklungskonzept Wohnen](#) im Internet.

Risiken und Herausforderung

Einschätzungen darüber, inwieweit die Talsohle der Eurokrise bereits durchschritten ist, sind sehr unterschiedlich. Fest steht jedoch: Die Entwicklungen der Staatsfinanzen und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen halten alle Beteiligten und Betroffenen, Regierungen, Zentralbanken und Finanzmarktakteure auch weiterhin gleichermaßen in Atem und die Sorgen um die Einheitswährung sind bei weitem nicht überwunden. Diese Entwicklungen haben sehr weitreichende Implikationen, bis in die kleinste Gemeinde.

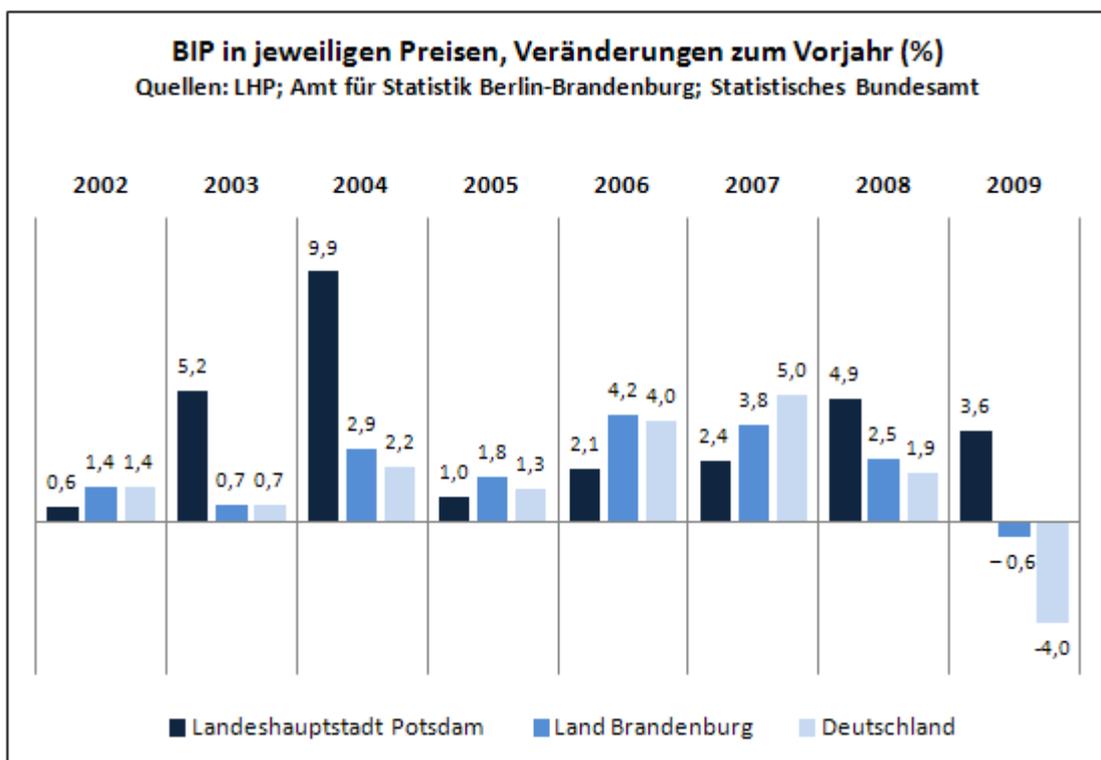
Neben diesen Risiken ist in den Gemeinden in Ostdeutschland das Jahr 2020 präsent. Es ist der Beginn einer neuen Ära - eine „Zeitenwende“. 2019 endet der Solidarpakt II. Zudem entwickelt sich der Mittelzufluss bis zu diesem Zeitpunkt stark degressiv und

wird die bereits angespannte Situation in vielen kommunalen Haushalten weiter verschärfen. Mit diesen gravierenden Veränderungen der „Architektur“ der öffentlichen Finanzen sind auch massive Einschnitte in den investiven Bereichen infolge rückläufiger Schlüsselzuweisungen verbunden, die eine neue „Statik“ der kommunalen Haushalte erfordern. Vor diesem Hintergrund hat die gezielte Förderung der Regionalen Wachstumskerne im Land Brandenburg eine enorme Bedeutung. Unter Beachtung der unterschiedlichen Ausgangssituationen und Entwicklungsziele in den Regionalen Wachstumskernen ist die Förderstrategie des Landes weiter zu gestalten und nach Möglichkeit orientiert an den Bedürfnissen des jeweiligen Standortes anzupassen, damit die betroffenen Städte und Gemeinden ihre Funktion als „Wachstumslokomotiven“ und Impulsgeber in ihren Regionen weiter erfüllen können und bis 2020 im nationalen Rahmen ihre Position verbessern können.

Potsdam muss dabei Schritt halten mit den Anforderungen an eine wachsende Stadt. Das ist weiterhin eine große Herausforderung. Auf diesem Weg sind fortgesetzt außerordentliche Anstrengungen vor allem beim Erhalt und Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur und beim Schließen von Engpässen im Zusammenhang mit der notwendigen Entwicklung und Bereitstellung von Gewerbeflächen und nicht zuletzt im Wohnungsbau erforderlich.

Wirtschaftswachstum

Im Zeitraum 2002 bis 2009 verzeichnete Potsdam durchgängig positive Wachstumsraten beim Bruttoinlandsprodukt. In dieser Periode betrug das durchschnittliche Wachstum 3,7 Prozent und lag damit recht deutlich über den Werten, die für Brandenburg (2,1%) und für Deutschland (1,6%) statistisch ermittelt wurden. (siehe Grafik 2)



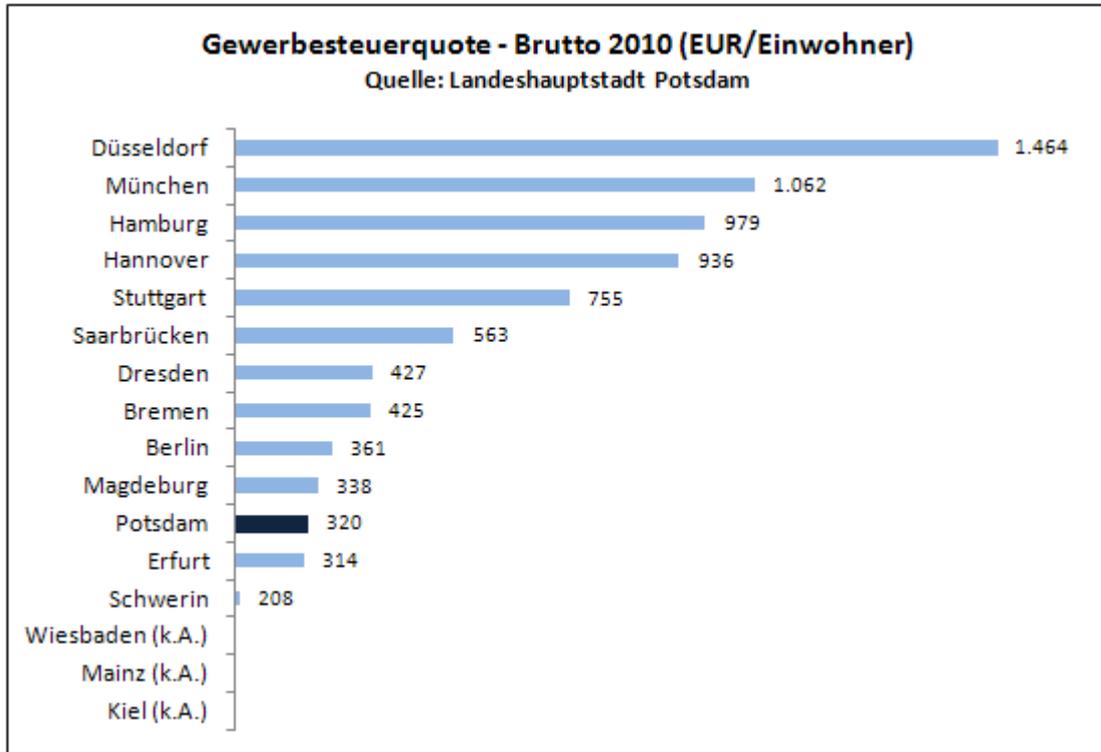
Grafik 1

Mit zuletzt rund 5 Mrd. EUR lag der Anteil der Landeshauptstadt am Bruttoinlandsprodukt des Landes Brandenburg bei 9,2 Prozent (2009). Die Statistiker haben festge-

stellt, dass sich die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise für das Land Brandenburg weniger deutlich in der wirtschaftlichen Entwicklung niedergeschlagen haben als in den meisten anderen Bundesländern. Dieser erfreuliche Tatbestand ist vor allem auf die Wirtschaftsleistung in den kreisfreien Städten Brandenburgs, also auch in Potsdam zurückzuführen.

Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 waren für Potsdam glücklicherweise nicht so gravierend wie für viele andere Standorte. Ursächlich ist das vor allem auf die sehr kleinteilige regional ausgerichtete Wirtschaftsstruktur zurückzuführen, die mit einem Industriesektor, der kein großes Gewicht hat, weitestgehend exportunabhängig ist. Das hat dann aber auch zur Folge, dass der Standort in Erholungs- und Aufschwungphasen vom Welthandel nicht in dem Maße profitiert wie Standorte mit einer hohen Exportkraft und anteilig vielen zyklischen Investitionsgüterherstellern. Der in Potsdam dominierende Dienstleistungssektor mit einer relativ geringen Produktivität kann das in diesen Phasen nicht kompensieren. Dennoch erwarten die Ökonomen für Potsdam mittelfristig ein Wachstum, das leicht über dem Bundesdurchschnitt liegt. Dabei wird auf die Chancen verwiesen, die mit der sogenannten Wissensgesellschaft und dem damit verbundenen Strukturwandel einhergehen.

Dennoch: Zieht man bundesweite Standortvergleiche heran, ist in vielen Bereichen unverändert ein großes Leistungs- und Wohlstandsgefälle zu konstatieren. So ist beispielsweise für 2010 festzustellen, dass Potsdam mit einer Gewerbesteuerquote von 320 EUR / Einwohner nur 36 Prozent der durchschnittlichen Gewerbesteuerquote der westdeutschen Landeshauptstädte (883 EUR/Einwohner, ohne Berlin) erreicht (siehe Grafik 2). Bei den Gemeindeanteilen an der Lohn- und Einkommenssteuer ist der Befund analog.



Grafik 2

Ausgehend von den bisherigen Ergebnissen sind die Aussichten wohl eher gering, dass die prognostizierten Wachstumsraten ausreichen, um strukturelle Schwächen überwinden zu können und Potsdam beispielsweise mit einer höheren Steuerkraft

dauerhaft von Transferleistungen unabhängiger zu machen und in die Nähe einer selbsttragenden Leistungsfähigkeit zu bringen. Auch hier wirkt sich die kleinteilige Wirtschaftsstruktur eher nachteilig aus, weil ihre Steuerkraft sehr limitiert ist.

Gewerbliche Entwicklung und Unternehmensinvestitionen

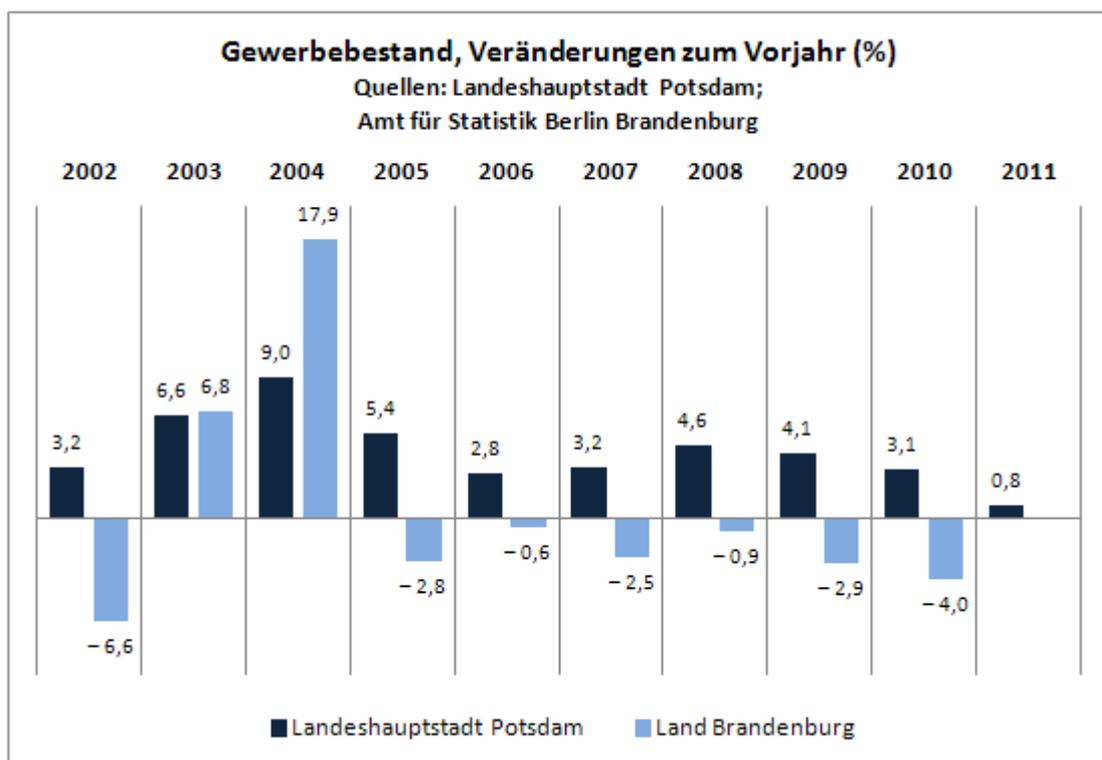
Für Investoren ist Potsdam unverändert ein sehr interessanter Standort. So haben 2011 beispielsweise allein 25 Unternehmen Investitionszuschüsse bei der Investitionsbank beantragt, um ihre Vorhaben mit einem Volumen von insgesamt rund 11,6 Mio. EUR in Potsdam realisieren zu können. Dadurch sollen rund 650 Arbeitsplätze gesichert werden und 250 neue Arbeitsplätze entstehen.

Aktuell werden Potsdamer Unternehmen zur Standortloyalität befragt. Die Untersuchungsergebnisse dieser repräsentativen Umfrage sollen im August 2012 vorliegen.

Seit 2001 betreuten und begleiteten die Zukunftsagentur und die Wirtschaftsförderung der Stadt 186 Firmenansiedlungen und Erweiterungsvorhaben in Potsdam.¹

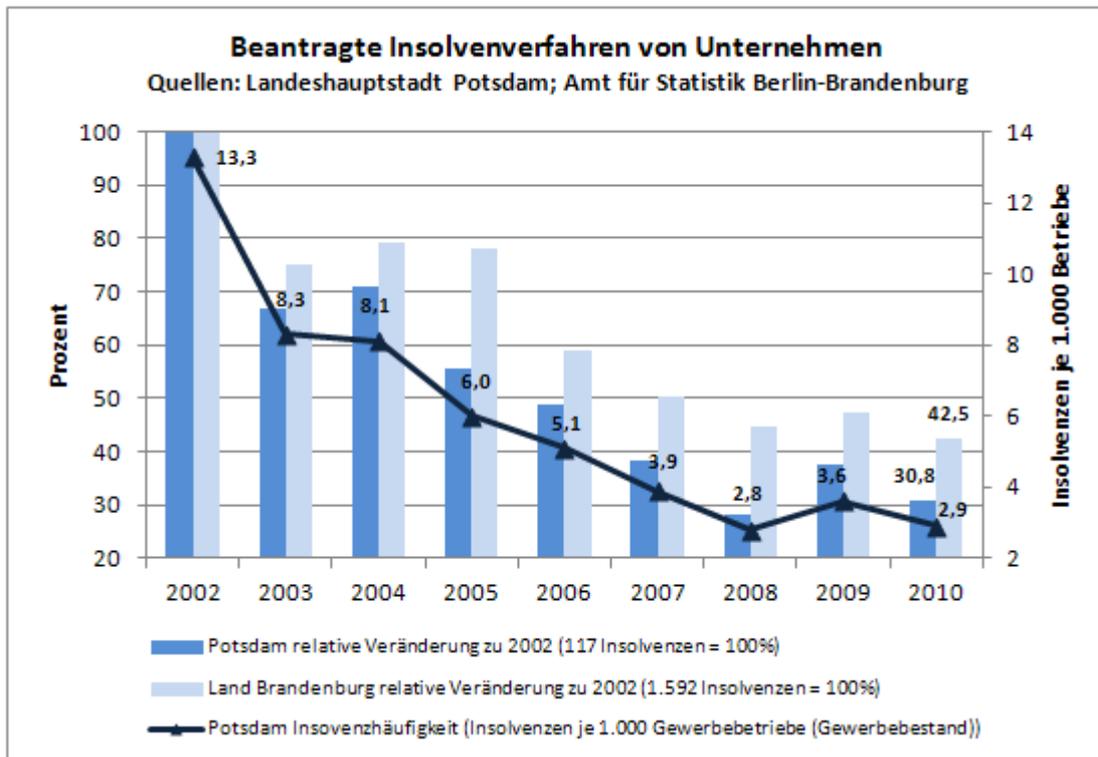
Der Gewerbegründungssaldo liegt in der Landeshauptstadt unverändert im Plus (siehe Grafik 3). Am Ende des 1. Quartals 2012 wurden in der Gewerbestatistik für Potsdam 12.719 Betriebe ausgewiesen.

Erfreulich ist auch, dass die Insolvenzanfälligkeit der Unternehmen zurückgegangen ist. Hier hat sich die Situation entspannt. Denn bei einem wachsenden Gewerbebestand ist ein signifikanter Rückgang der Insolvenzfälle zu beobachten (Siehe Grafik 4).



Grafik 3

¹ Märkische Allgemeine Zeitung, Wirtschaft und Soziales, S.7, 4. April 2012



Grafik 4

Konjunkturelle Situation

Handwerkskammer Potsdam - beste Stimmung seit zwölf Jahren unter den Handwerksbetrieben

Im ersten Quartal 2012 war die Stimmung unter den Potsdamer Handwerkern positiv wie nie zuvor. Mit 84 Prozent guter und befriedigender Geschäftslage wurde ein Spitzenwert der letzten zwölf Jahre in einer Frühjahrsumfrage erreicht. Fast die Hälfte aller Befragten (47 Prozent) beurteilt die aktuelle Geschäftslage als gut.

Knapp 20 Prozent aller befragten Handwerksbetriebe bezeichnen die Nachfrage nach ihren Produkten oder Dienstleistungen als überdurchschnittlich gut, 66 Prozent als durchaus normal. Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung stieg gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 4 Prozent und liegt aktuell bei 76 Prozent. Wie im Vorjahr erreichte jeder fünfte Betrieb im zurückliegenden Quartal eine 100-prozentige Auslastung und damit die Grenze seiner Kapazitäten. Im Ausbaugewerbe spricht fast ein Drittel von voller Kapazitätsauslastung.

Das Konjunkturohoch spiegelt sich auch in einer stabilen Personalentwicklung wider. Drei Viertel aller Befragten konnten in den ersten drei Monaten des Jahres ihren Mitarbeiterstamm halten. Bereits zum zweiten Mal in Folge haben in einem ersten Quartal mehr Betriebe zusätzliches Personal eingestellt, als Betriebe Mitarbeiter entlassen mussten. Das ist einerseits Ausdruck der stabilen Konjunktur, andererseits versuchen Betriebe in Zeiten knapper werdender Fachkräfte gutes Personal zu halten.

Die Umsatzzahlen liegen ebenfalls im Aufwärtstrend. 20 Prozent der Befragten melden einen Umsatzplus, 29 Prozent mussten gesunkene Umsätze hinnehmen. Per Saldo ergibt sich ein Minus von 9 Prozentpunkten (Vorjahr: minus 19 Prozentpunkte). Die meisten Betriebe (69 Prozent) hoffen, die guten Ergebnisse des ersten Quartals halten zu können bzw. noch zu verbessern (24 Prozent).

Auch im zweiten Quartal 2012 sorgt das Handwerk für Zuversicht auf dem Arbeitsmarkt. 86 Prozent aller Befragten planen keinerlei Veränderungen ihres Personalbestandes. 11 Prozent beabsichtigen zusätzliche Mitarbeiter einzustellen. Um einem

langfristig drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken, bieten die Betriebe im Kammerbezirk auch in diesem Jahr Schulabgängern zahlreiche Ausbildungsplätze an, deren Besetzung jedoch zunehmend schwieriger wird. Zum 1. April befanden sich in der Internet-Lehrstellenbörse der Handwerkskammer Potsdam mehr als 800 freie Plätze in 71 verschiedenen Ausbildungsberufen.²

Industrie- und Handelskammer Potsdam - Unternehmen blicken recht zuversichtlich in die Zukunft

Die Unternehmen der Industrie- und Handelskammer trotzen den Euroturbulenzen und blicken recht zuversichtlich in die Zukunft. Nach einer leichten Steigerung gegenüber der Umfrage im Herbst 2011 erreichte der Geschäftsklimaindex lt. Frühjahrsumfrage den viertbesten Wert seit 2008.

Die Geschäftslage wird von mehr als der Hälfte (57,2 Prozent) der Potsdamer Unternehmen als gut bewertet. Generell geben die Dienstleistungsunternehmen die beste Lagebeurteilung ab. Sie sind weiter der Impulsgeber in der Region.

Insgesamt hat sich die Stimmung der Kammerunternehmen in allen Branchen aufgehellt. Eine Verbesserung ihrer Geschäftslage sehen 17,7 Prozent der Unternehmen in der Landeshauptstadt. 60,4 Prozent haben gleichbleibende Geschäftserwartungen. In den Energie- und Rohstoffpreisen wird unverändert ein Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen gesehen. Bauunternehmen und Handelsunternehmen sind wieder zuversichtlicher, nach eher pessimistischen Einschätzungen am Jahresanfang.

Erfreulich ist die Investitionsneigung der Potsdamer Unternehmen. Rund 74 Prozent der Unternehmen wollen weiter in gleichem Umfang wie bisher investieren. Fast ein Drittel der Unternehmen (32,5 Prozent) will die Investitionen sogar erhöhen. Weil Investitionsabsichten ein sehr aussagefähiger Frühindikator für die künftige Konjunktur-entwicklung sind, können wir eine stabile Geschäftsentwicklung für unsere Region erwarten.

Dies gilt auch für die Personalplanung. Hier liegen die Potsdamer Unternehmen über dem Kammerwert. 38,2 Prozent der Betriebe beabsichtigen mehr Personal einzustellen und 45,9 Prozent wollen ihre Belegschaft halten.³

Baubranche profitiert von konjunkturunterstützenden Maßnahmen der Stadt – Zukunftsinvestitionen in die Bildungsinfrastruktur

Ihr mittelfristiges Bauprogramm legte die Landeshauptstadt schwerpunktmäßig auf die Jahre 2010 und 2011 mit dem Ziel, die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise im Interesse der regionalen Baubranche dadurch möglichst zu kompensieren.

Konjunkturprogramm II 2010 bis 2011

Im Rahmen dieses Programmes investierten Bund, Land und Landeshauptstadt Potsdam 59 Mio. EUR, davon 48 Mio. EUR aus dem Konjunkturprogramm II (KP-II). dadurch konnten 17 Vorhaben realisiert werden. Rund 84 Prozent der Aufträge erhielten Unternehmen aus der Region. Größte Einzelvorhaben waren der Neubau der Mehrzwecksporthalle am Luftschiffhafen, die Sanierung des Klinikums „Ernst von Bergmann“ und des Karl-Liebnecht-Stadions (8 Mio. EUR KP-II) sowie Maßnahmen im Rahmen des Ganztagserschulungsprogramms. Der Kommunale Immobilienservice der Landeshauptstadt erhielt 11,5 Mio. EUR aus dem KP-II, die für die Sanierung in den Berei-

² Vgl. Konjunkturbericht, Frühjahr 2012, Handwerkskammer Potsdam

³ Vgl. Frühsommerumfrage der Industrie- und Handelskammer Potsdam, 1. Juni 2012

chen Schulinfrastruktur, Kita/Hort-Erweiterungen, Sporthallen-Renovierung und Sanierung von Kultureinrichtungen eingesetzt wurden.⁴

Bilanz 2011

Das Gesamtvolumen der Investitionen, die der Kommunalen Immobilienservice 2011 realisierte, lag bei 47,5 Mio. EUR. Investiert wurde in 20 Bestandsschulen (26,4 Mio. Euro), 13 Kindertagesstätten (6,8 Mio. EUR) und im Kulturbereich (13,6 Mio. EUR). Kern der Investitionen in den Schulen war die Modernisierung und energetische Sanierung. Ein besonderes Highlight war die Fertigstellung der Schulanlagen am Campus Stern mit dem Einzug der Musikschule Johann-Sebastian-Bach in den fertiggestellten Komplettumbau. Auch in den Kitas wurden umfangreiche Sanierungsarbeiten geleistet, insbesondere im Bereich der Brandschutz- und energetischen Sanierung. Bei den Kultureinrichtungen der Landeshauptstadt Potsdam waren 2011 der Umbau und die Sanierung des BildungsForums mit 7,4 Mio. Euro und der neue Museumsstandort Altes Rathaus mit 6,2 Mio. Euro die zentralen Projekte.

Jahresprogramm 2012

Kernpunkte im Jahresprogramm 2012 sind für den Kommunalen Immobilienservice die Fertigstellung des BildungsForums Ende des Jahres und des Potsdam Museums am Standort Altes Rathaus im August 2012. Insgesamt sieht die Investitionsplanung 2012 Gesamtinvestitionen von 60,8 Mio. EUR vor. Der primäre Fokus der Aktivitäten liegt wie schon in den letzten Jahren auf der nachhaltigen Sanierung der Schul- und Kitainfrastruktur. Die wichtigsten Projekte sind die Investitionen in den Campus Kurfürstenstraße (9,8 Mio. Euro), die Sanierung und Schulerweiterung des Gymnasiums Haeckelstraße (3,1 Mio. Euro) und der Umbau der Grundschule am Priesterweg zur Stadtteilschule (2,6 Mio. Euro) sowie der Planungsbeginn für die Gesamtschule im Bornstedter Feld.⁵

Planung 2012 - 2015

Mittelfristig will die Landeshauptstadt über ihren Kommunalen Immobilienservice von 2012 bis 2015 ein Investitionsvolumen von über 110 Mio. EUR realisieren. Schwerpunkt mit allein 92,5 Mio. EUR ist die Bildungsinfrastruktur. Dabei entfallen 78,6 Mio. EUR auf Schulen und 13,9 Mio. EUR auf Kindertagesstätten. 62,8 Mio. EUR werden über Kreditaufnahmen finanziert und über Mietzahlungen der Landeshauptstadt refinanziert.⁶

Damit fungiert die Landeshauptstadt mit ihrem Eigenbetrieb Kommunalen Immobilienservice auch weiterhin als Auftraggeber und wichtiger Wachstumsmotor für die regionale Wirtschaft.⁷

Arbeitsmarkt

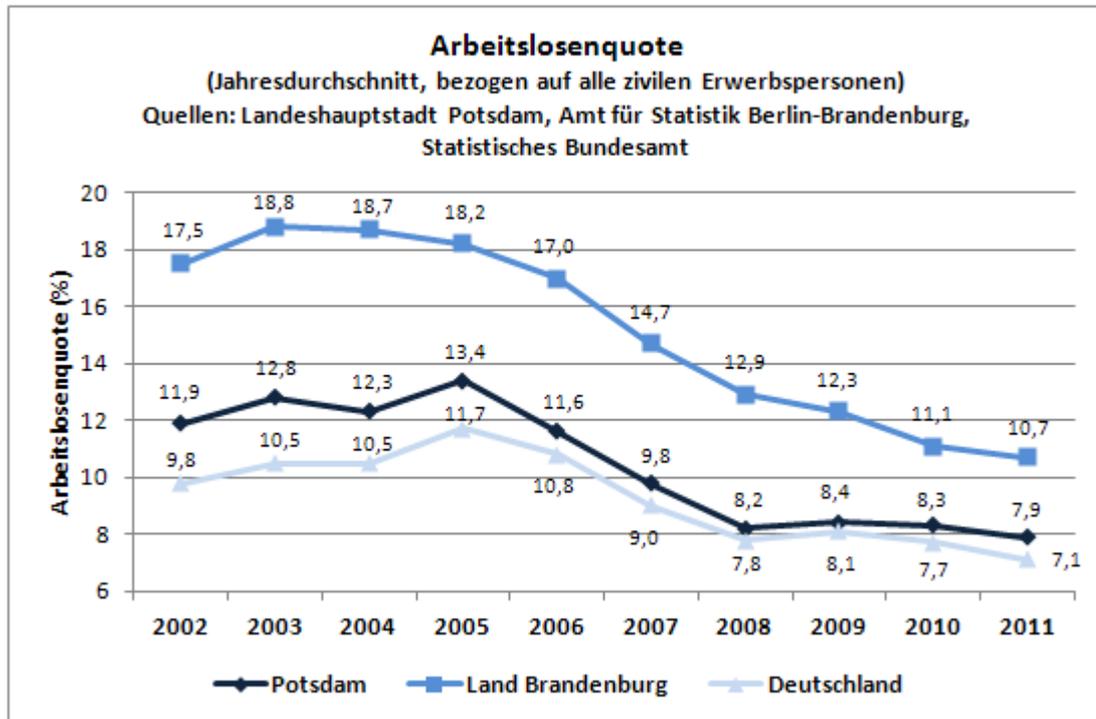
Diese positiven Entwicklungen finden auch in den Potsdamer Arbeitsmarktstatistiken ihren Niederschlag. Mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 7,9 Prozent im Jahr 2011 wurde für die Stadt ein historischer Tiefstand erreicht (siehe Grafik 5).

⁴ Vgl. Pressemitteilung der Landeshauptstadt Potsdam, Nr. 812, 20.12.2011

⁵ Vgl. Pressemitteilung der Landeshauptstadt Potsdam, Nr. 829, 28.12.2011

⁶ Vgl. Pressemitteilung der Landeshauptstadt Potsdam, Nr. 216, 05.04.2012

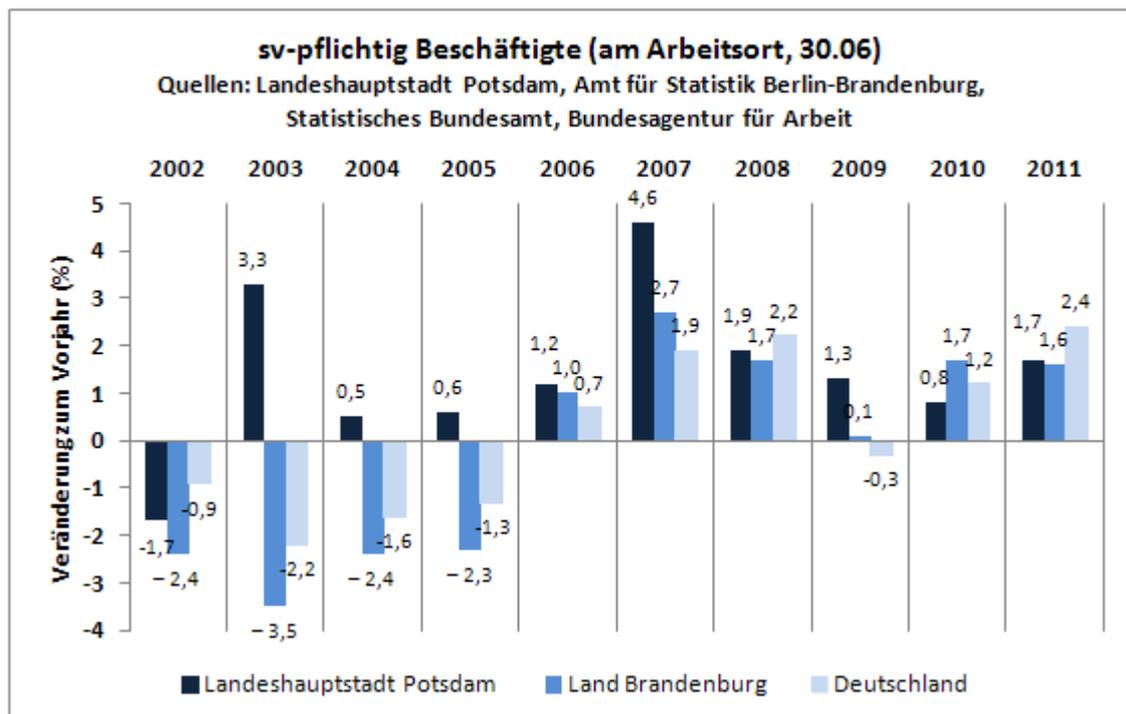
⁷ Lt. Vergabestatistik der Landeshauptstadt Potsdam (2009) wurden 89 Prozent der Aufträge (VOB) bzw. 83 Prozent des gesamten Auftragswertes (VOB) an Unternehmen in Berlin/Brandenburg einschließlich Potsdam vergeben. Alleine auf Potsdamer Unternehmen entfielen 25 Prozent der Aufträge (VOB) bzw. 30 Prozent des gesamten Auftragswertes (VOB)



Grafik 5

Für den Monat Mai 2012 meldete die Arbeitsagentur 6.333 Arbeitslose und eine Quote von 7,5 Prozent.

Seit Jahresbeginn ist die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes weiter gewachsen. Für Potsdam wurden der Agentur in den ersten fünf Monaten 1.643 sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen gemeldet. Im Mai waren 841 Arbeitsstellen im Bestand.



Grafik 6

Dennoch kann nicht für alle Bereiche ein optimistisches Bild gezeichnet werden. Kritisch zu sehen ist die hohe Zahl der Langzeitarbeitslosen, die von Januar bis April ge-

stiegen ist und im Mai 2012 mit 3,2 Prozent über dem Vorjahreswert liegt. Ein weiteres Problem ist der hohe Anteil der abhängig Erwerbstätigen, die Arbeitslosengeld-II beziehen (sog. „Aufstocker“), der bei rund 30 Prozent liegt, bezogen auf die Gesamtzahl der erwerbsfähig Leistungsberechtigten.⁸

Zuversichtlich stimmen dagegen die Entwicklungen im Bereich der „Unterbeschäftigung“. Hier ist die Zahl der Betroffenen in den zurückliegenden 12 Monaten in Potsdam um 640 Personen zurückgegangen.

Erfreulich entwickelte sich auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Neun Jahre in Folge ist die Beschäftigtenzahl gewachsen (Grafik 6).

77.756 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gab es im September 2011 in Potsdam. Das ist ein Zuwachs von 12.413 Beschäftigten seit 2002. Für 2020 werden rund 87.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte prognostiziert.

Ungeachtet der unmittelbaren Nachbarschaft zur Metropole Berlin hat die Landeshauptstadt Potsdam mit ihrem Arbeitsplatzangebot eine große Anziehungskraft, die in das Umland ausstrahlt. Der Einpendlerüberschuss, den die Stadt unverändert aufweist, ist zudem ein Indikator für ihre Wirtschaftskraft. 2010 lag die Einpendlerquote in Potsdam bei 163 (163 Einpendler je 100 Auspendler).

Ausbildungsstellenmarkt

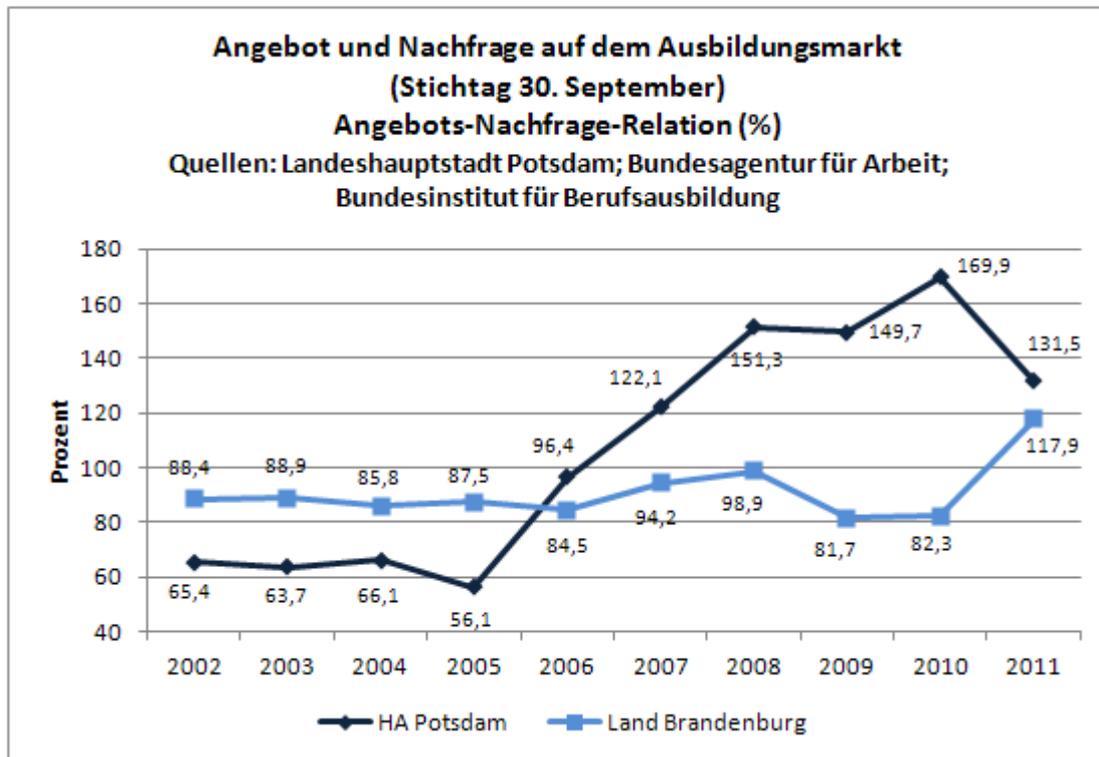
Bis 2007 hat in Potsdam das Angebot nicht ausgereicht, um die gemeldeten Bewerber hinreichend mit Berufsausbildungsplätzen versorgen zu können. In den Folgejahren drehte sich die Situation. Jetzt hatten die Ausbildungsbetriebe große Probleme, die gemeldeten Ausbildungsplätze besetzen zu können. Quantitativ ist der Abstand zwischen den gemeldeten Berufsausbildungsstellen und Bewerbern 2011 wieder leicht geschrumpft. In Potsdam kamen auf 132 gemeldete Ausbildungsplätze 100 Bewerber. Landesweit waren es 118 Ausbildungsplätze je 100 Bewerber⁹, siehe Grafik 7.

Eine leichte Entspannung könnte sich abzeichnen, wenn man die Entwicklung der Schulabgängerzahlen bis 2020 betrachtet. Nach Berechnungen¹⁰ ist bis 2011/12 ein sehr deutlicher Rückgang der Abgänger in allen Schulformen zu verzeichnen. Danach beginnen die Abgängerzahlen wieder zu steigen. Dabei kommt Potsdam am Ende des Betrachtungszeitraumes wieder in die Nähe des Ausgangsniveaus. Dadurch werden auch wieder mehr Schulabgänger auf den Berufsausbildungsstellenmarkt drängen, siehe Grafik 8.

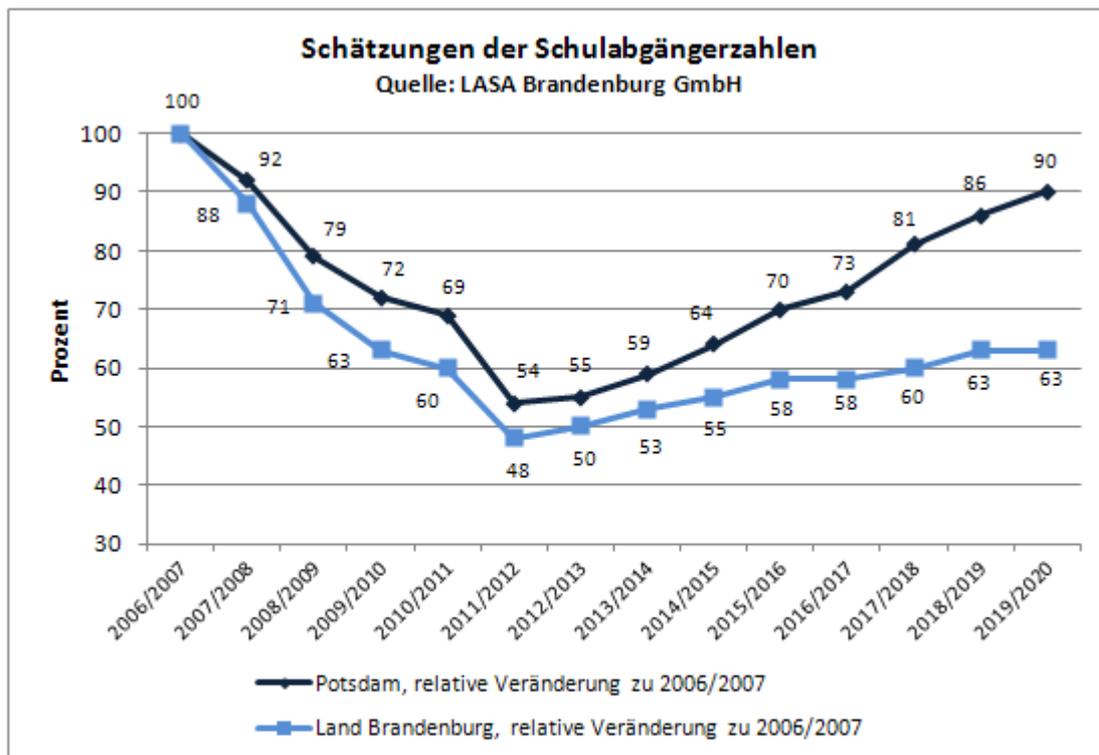
⁸ Letzte Berechnung im Oktober 2011: 3.342 abhängig erwerbstätige AlgII-Bezieher; 11.048 erwerbsfähige Leistungsberechtigte; Jahresdurchschnitt: 2010=29%; 2009=28%; 2008=26%, Quelle: Bundesagentur für Arbeit

⁹ Grundlage der Einschätzung sind die bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Ausbildungsplätze und Bewerber. D. h., es kann kein Rückschluss auf die Gesamtsituation des Ausbildungsstellenmarktes gezogen werden.

¹⁰ Berechnungen der Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH



Grafik 7



Grafik 8

4. Entwicklung in den Clustern

Gesundheitswirtschaft

Wissenschaftspark Potsdam - Golm

Im Wissenschaftspark Potsdam - Golm gab es auch im Berichtszeitraum eine Vielzahl an Entwicklungen, die in ihrer Summe die Dynamik des Standortes und der dort bearbeiteten Themen widerspiegeln.

Im Rahmen der infrastrukturellen Entwicklung wurde im Juni 2011 eine Kindertagesstätte mit 120 Plätzen und bilingualem Profil sowie im April 2012 ein Studentenwohnheim mit 200 Plätzen eröffnet. In Kürze ist zudem mit dem Baubeginn für ein Nahversorgungszentrum zu rechnen. Im März 2012 wurde dafür der Bebauungsplan Nr. 29 durch die Stadtverordnetenversammlung als Satzung beschlossen. Mit bauvorbereitenden Maßnahmen wurde bereits begonnen

Sowohl auf dem Universitäts-Campus als auch im Wissenschaftspark gab es räumliche Erweiterungen. So eröffnete im November 2011 das neue Informations-, Kommunikations- und Medienzentrum (IKMZ) der Universität am Standort Golm. Im Dezember 2011 erfolgte die Grundsteinlegung für ein Drittmittelzentrum der Universität, das im Jahr 2013 fertiggestellt sein soll. Im Wissenschaftspark wurde das Fraunhofer Institut für angewandte Polymerforschung durch einen Anbau erweitert. In dem Neubau soll ein Anwenderzentrum für Polymer-Nanotechnologien eingerichtet werden.

Um eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Wissenschaftsparks Golm zu ermöglichen, wurden mit dem Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 129 durch die Landeshauptstadt Potsdam erste planungsrechtliche Schritte für eine Erweiterung des Standortes unternommen. Durch diesen Bebauungsplan sollen mittel- bis langfristig ca. 10 ha zusätzliche Ansiedlungs- und Gewerbeflächen bereit gestellt werden.

Eine wichtige Voraussetzung für die kontinuierliche und erfolgreiche Entwicklung des Standortes ist die Arbeit des *Standortmanagements*. Durch das gemeinsam von Anrainern, Land und Stadt getragene Standortmanagement werden zentrale und übergeordnete Aufgaben wie z.B. die Standortkommunikation und –vermarktung oder die Initiierung und Begleitung von Entwicklungsvorhaben wahrgenommen. Nach dem Auslaufen der bisherigen Förderung zum 31.12.2011 ist es gelungen, für das Standortmanagement eine Folgefinanzierung zu finden. Mit deutlich erhöhten Finanzierungsbeiträgen der Anrainer und der Landeshauptstadt Potsdam ist die Arbeit des Standortmanagements nun bis zum Jahr 2014 gesichert.

Um die Ansiedlung von weiteren Unternehmen und Institutionen am Standort zu befördern, ist es beabsichtigt, im Zeitraum 2012/13 im Rahmen einer Vermarktungsoffensive bestehende und entstehende Flächen- und Ansiedlungspotentiale aktiv zu bewerben. Durch diese Kampagne - voraussichtlich mit Mitteln der Europäischen Union aus dem EFRE-TH 2011-2013 (Technische Hilfe) finanziert - sollen Eigennutzer und Investoren für den Standort gewonnen werden.

Zum Thema „Gesundheit und Wohnen“ als Zukunftsthema im Bereich Gesundheitswirtschaft s. Kapitel 7.

IKT, Medien und Kreativwirtschaft

Medienstadt II

Im Auftrag der Landeshauptstadt wurden 2010 verschiedene Varianten zur Entwicklung eines Ergänzungsstandortes für die Medienstadt Babelsberg (Medienstadt II) un-

tersucht¹¹ und anschließend weiter verfolgt. Ein Erwerb der Flächen durch die Stadt bzw. eine städtische Gesellschaft lässt sich mit Blick auf die Haushaltssituation der Landeshauptstadt und die fehlende finanzielle Beteiligung des Landes allerdings nicht realisieren.

Die IDI – Entwicklungsgesellschaft für Investitionen mbH - ist für eine Entwicklung des Maximum-Geländes tätig, die eine Nutzung des Standortes durch Medienunternehmen eröffnen soll. Dies geschieht in enger Abstimmung mit der Stadtverwaltung, dem Entwicklungsträger Stadtkontor, der Studio Babelsberg AG sowie verschiedensten Akteuren aus dem Bereich der Medienwirtschaft.

Durch die Stadtverwaltung wurden mit den betroffenen Partnern (Projektentwickler, Studio Babelsberg AG, ansässige Unternehmen) Abstimmungen zur Klärung der Straßenerschließung des Standortes geführt. Die einvernehmlich gefundene Lösung sichert die langfristige straßenseitige Erschließung des Entwicklungsgebietes und berücksichtigt gleichzeitig die Belange der Studio Babelsberg AG (Schutz während laufender Dreharbeiten). Die Verpflichtung zum Bau der Erschließungsstraßen liegt gemäß städtebaulichem Vertrag beim Eigentümer Maximum.

Die Studio Babelsberg AG hat sowohl gegenüber dem Projektentwickler als auch gegenüber der Stadt Interesse am Erwerb bzw. der Nutzung des gesamten Maximum-Geländes geäußert. Im Auftrag der Stadt wurde im Rahmen des o.g. Entwicklungskonzeptes Medienstadt II ein Verkehrswertgutachten beauftragt, das von den Beteiligten als Grundlage für weitere Verhandlungen akzeptiert wird.

Parallel dazu wurden auch die Rahmenbedingungen für eine Verlagerung der Außenkulisse „Berliner Straße“ auf das Gelände der künftigen Medienstadt II zwischen der Studio Babelsberg AG, der Stadtverwaltung und dem Vertreter des Eigentümers abgestimmt (z.B. planungsrechtliche Belange, Fragen der Baugenehmigung, Grundstück). Damit sind – für den Fall, dass eine Film-Großproduktion gesichert werden muss - wesentliche Voraussetzungen für eine kurzfristige Verlagerung der Kulisse auf Flächen südlich der von der Studio Babelsberg AG bereits genutzten Hallen geklärt.

Medienstadt Babelsberg

Neben der Entwicklung der Medienstadt II als Standort für flächenintensive und produktionsorientierte Mediennutzungen müssen im Kernbereich der Medienstadt, insbesondere im Bereich zwischen der Marlene-Dietrich-Allee und der Stahnsdorfer Straße, Flächen für die Ansiedlung von kleinen und mittleren Medienunternehmen gesichert werden. In diesem Bereich, der im Bebauungsplan als Mischgebiet ausgewiesen ist, soll sichergestellt werden, dass mindestens 50 Prozent der Flächen für eine gewerbliche Mediennutzung zur Verfügung stehen. Entsprechende Gespräche dazu wurden mit der Eigentümerin der Flächen, der Filmpark Babelsberg GmbH, bereits geführt. Erwartet wird ein entsprechendes Nutzungskonzept.

Projekt Medienstadt Babelsberg Digital (D-Werft)

Ein wesentliches strategisches Ziel, das sich aus dem 2009 erarbeiteten „Entwicklungskonzept Medien“¹² ableitet, ist die Erschließung neuer Wachstumsfelder im Zusammenhang mit den großen Möglichkeiten der Digitalisierungstechnologie. Ange-

¹¹ Konzept zur Sicherung und Entwicklung des Maximum-Areals südlich der Großbeerenstraße als Ergänzungsstandort für die Medienwirtschaft und die Medienstadt Babelsberg, PM & Partner Marketing Consulting GmbH, Frankfurt/M. und Stadtkontor GmbH, Potsdam, 16. September 2010, Auftraggeber Landeshauptstadt Potsdam

¹² RWK Potsdam Entwicklungskonzept zur Stärkung des Branchenkompetenzfeldes Medien mit dem räumlichen Schwerpunkt Medienstadt Babelsberg, 15. September 2009, gefördert mit Mittel der Europäischen Union aus dem EFRE-TH (Technische Hilfe)

knüpft werden soll an die vorhandenen Schwerpunkte und Wertschöpfungsketten in der Medienstadt mit dem Ziel, Alleinstellungsmerkmale des Standortes nachhaltig weiterzuentwickeln.

Mit der Digitalisierung findet derzeit der größte Transformationsprozess in der Film- und Fernsehgeschichte seit 1952 statt: Medienproduktion, Medienarchivierung und Mediennutzung verändern sich grundsätzlich und radikal. Dies hat direkte Auswirkungen auf den Medienstandort Babelsberg. Die Produktion wechselt von Band/Film auf Files und muss enorme Datenmengen verwalten, transportieren und speichern. Neue Technologien wie Greenscreen und Virtual Backlots revolutionieren die Produktionsprozesse. Bei der Archivierung von vorhandenem Content müssen hunderttausende Stunden Material digitalisiert und Mechanismen für intelligentes Suchen und Finden gefunden werden. In der Mediennutzung entstehen ständig neue Technologien, die mit den vorgenannten Prozessen abgeglichen werden müssen.

Der Medienstandort Babelsberg bietet mit den hier ansässigen Unternehmen, dem Hasso-Plattner-Institut für Softwaresystemtechnik GmbH und der Hochschule für Film und Fernsehen (HFF) „Konrad Wolf“ beste Voraussetzungen, diesen Transformationsprozess zu meistern. Erste wichtige Schritte dabei wurden schon getan. Genannt seien hier nur beispielhaft: Veranstaltungsformate wie „HD@work“ oder Projekte wie „mediaglobe“. Erfolgreich gestartet ist 2011 die Veranstaltungsreihe „Film meets IT“ in Kooperation von media.connect brandenburg und transfer media gGmbH. Sie ermöglichte den direkten thematischen Austausch zwischen Fachleuten aus den Bereichen Film- und Medienwirtschaft, Softwareentwicklern, Technikern und Anbietern von Infrastruktur.

Die transfer media gGmbH hat gemeinsam mit Partnern und Akteuren in der Medienstadt ein Konzept für ein Babelsberger Kompetenzzentrum Digitalisierung (D-Werft) entwickelt. Die „D-Werft“ besteht aus drei zentralen Säulen: Sie ist ein

- Zentrum für Forschungs- und Entwicklungsleistungen in den Bereichen Informationstechnologien und Medienproduktion und-rezeption
- Kompetenzzentrum für Beratung und Transfer
- Zentrum für neue innovative Technologien und Dienstleistungen mit unterschiedlichsten Geschäftsmodellen, u.a. in den Bereichen Digitalisierung, Datenspeicherung und Datenaustausch

Die Landeshauptstadt Potsdam beteiligt sich aktiv an diesem Prozess. Im Rahmen einer Projektförderung hat sie die Untersuchung infrastruktureller Anforderungen¹³ unterstützt. Dabei wurden im Rahmen von Unternehmensbefragungen am Standort sowohl der Status quo bei Datenleitung und Datenspeicherung, die besondere Rechtsituation im Bereich Datenleitung, die Bedarfe und Anforderungen der Unternehmen in diesen Bereichen sowie Lösungsansätze und Entwicklungen für Datenleitung und –speicherung herausgearbeitet.

Aktuell bereitet die transfer media gGmbH einen Förderantrag an das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung für ein Innovationskonzept und 6 Geschäftsmodelle mit 10-12 Partnern vor.

Es ist sehr deutlich geworden, dass für die erfolgreiche Entwicklung und Positionierung neuer Technologien, Produkte, Dienstleistungen und Services im Umfeld eines sich permanent verändernden Marktes eine kontinuierliche Marktbeobachtung von elementarer Bedeutung ist. Eine derartige Marktbeobachtung ist die Voraussetzung dafür,

¹³ Untersuchung infrastruktureller Anforderungen an den Medienstandort Babelsberg im Zeitalter der Digitalisierung, transfer media gGmbH, 22.02.2012

gezielt auf Kundenbedürfnisse reagieren zu können und aktuelle Entwicklungen in Geschäftsprozesse zu integrieren und so den Medienstandort Babelsberg weiter zu profilieren und dauerhaft erfolgreich zu etablieren. Dazu hat die Landeshauptstadt eine Projektskizze vorgelegt. Vorgesehen ist, die Marktstudie mit Mitteln der Europäischen Union aus dem EFRE-TH 2011-2013 (Technische Hilfe) erarbeiten zu lassen.

Standortmanagement Medienstadt

Anfang 2012 endete die Tätigkeit des Medienbeauftragten der Landeshauptstadt Potsdam. Die Landeshauptstadt beabsichtigt, diese unterstützende Maßnahme für die Medienbranche künftig gezielter und konzentrierter in Form einer „Standortbeauftragung für die Medienstadt Potsdam-Babelsberg“ durchzuführen. Vergleichbare Ansätze haben sich auch für den Wissenschaftspark in Potsdam-Golm bewährt. Gegenwärtig laufen Abstimmungsgespräche zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und dem Land Brandenburg (insbesondere ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH, Medienboard Berlin Brandenburg GmbH, media.net berlinbrandenburg e.V.), um gemeinsame bzw. sich ergänzende Möglichkeiten einer Kooperation zu prüfen.

Wissenschaftspark „Albert Einstein“ Telegrafenberg

Potsdams Wissenschaft ist weiterhin auf Wachstumskurs. Hochschulen und Institute melden zusätzlichen Flächenbedarf an, was die Landeshauptstadt vor große Herausforderungen stellt.

Insbesondere am Campus Telegrafenberg sind die Standortreserven aufgebraucht. Das GeoForschungsZentrum (GFZ) hat dort im Jahr 2011 mit zwei wichtigen Investitionen begonnen. Mit dem Ersatzneubau für die Gebäude A69/70 stehen weitere 460 m² Lager- und 700 m² dringend benötigte Bürofläche zur Verfügung. Im vergangenen Jahr konnte das GFZ den 1000. Mitarbeiter begrüßen. Am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung konnte der Grundstein für den stattlichen Forschungsneubau gelegt werden. Die Stadt reagierte auf diese Entwicklungen und wird im 4. Quartal 2012 eine "Standortkonferenz Telegrafenberg" unter Einbeziehung der Landesregierung einberufen, um in Frage kommende Erweiterungsflächen in der Nähe des Telegrafenberges zu identifizieren. Vermieden werden sollte eine räumliche Trennung moderner, interdisziplinär und vernetzt arbeitender Wissenschaft, die Forschungsarbeit behindert.

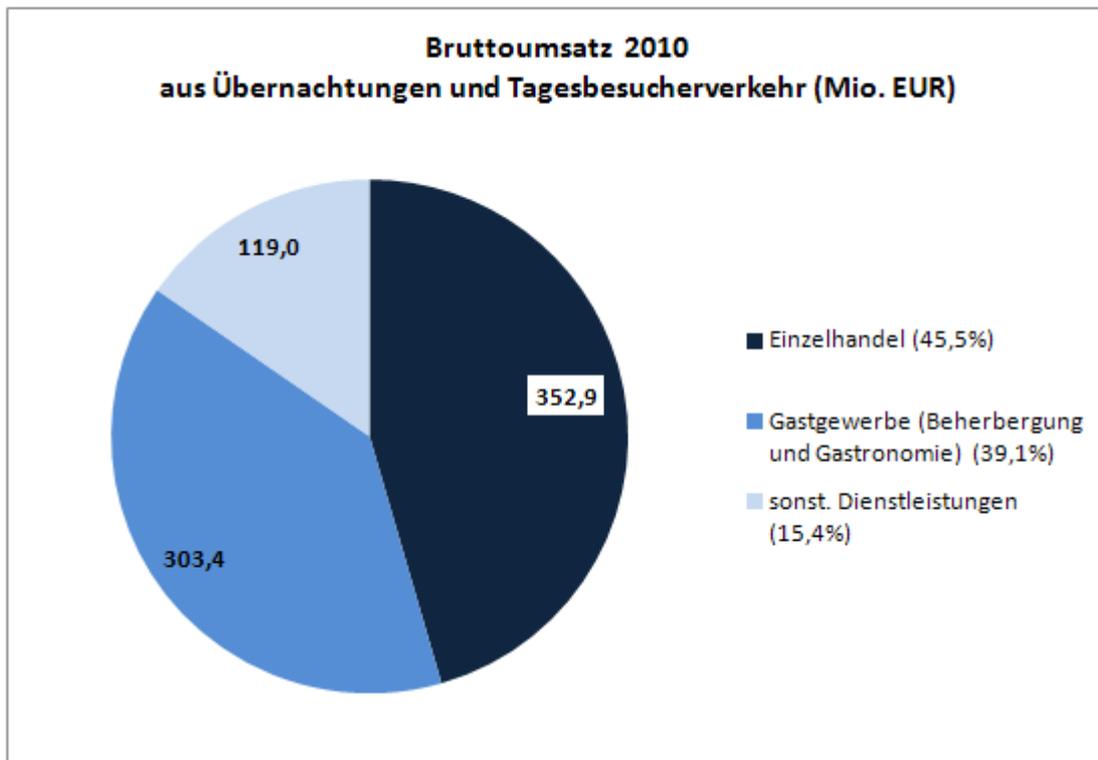
Tourismus

Der Tourismus in der LHP ist eine umsatzstarke und beschäftigungsintensive Wachstumsbranche und einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in der Landeshauptstadt Potsdam. Der Städtetourismus – das touristische Kernsegment Potsdams – ist deutschlandweit weiter stark nachgefragt. Davon konnte Potsdam auch im Jahr 2011 wieder profitieren und erstmals Übernachtungszahlen über der 900.000er Marke erzielen und geschätzte 18,5 Mio. Tagesbesucher verzeichnen. Die Wachstumsraten der letzten Jahre lagen mit 6,2 Prozent in 2010 und 3,2 Prozent in 2011 über dem Bundesdurchschnitt vergleichbarer Städte.

Laut der beauftragten Studie zum „Wirtschaftsfaktor Tourismus in Potsdam 2010“¹⁴ betragen die Bruttoumsätze bei den gewerblichen Übernachtungen 157,4 Mio. EUR, bei privaten Übernachtungen und Camping 14,8 Mio. EUR und beim Tagesbesucherverkehr 603,1 Mio. EUR. Aus den 19,6 Mio. touristischen Aufenthaltstagen im Jahr

¹⁴ „Wirtschaftsfaktor Tourismus in Potsdam 2010“, Deutsches Wirtschaftswissenschaftliches Institut für Fremdenverkehr dwif-Consulting GmbH in Kooperation mit dwif e.V., München März 2011

2010 generierte sich demnach insgesamt ein Bruttoumsatz in Höhe von 775,3 Mio. EUR (2009: 753,0 Mio. EUR, s. Grafik 9)



Grafik 9

Die Fachkräftesicherung ist für die arbeitsintensive Branche Tourismus mit hoher Beschäftigungsquote von größter Bedeutung und Voraussetzung für eine nachhaltige positive Entwicklung. Ebenso von Bedeutung ist die Entwicklung und Realisierung von Projekten für den Ausbau der touristischen Infrastruktur. Nur durch zukunftsfähige Standards in konkurrenzfähiger Qualität wird der positive Trend auch perspektivisch fortgeführt werden können. Dazu bedarf es der Förderung von innovativen auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Konzepten und deren Umsetzung. Grundlage dafür soll u.a. die Erstellung eines sektoralen Entwicklungsplanes Tourismus der Landeshauptstadt und die sich daraus ergebende konkrete Produktentwicklung in den touristischen Kernsegmenten Potsdams sein.

Die in den letzten Jahren versuchte Stärkung des wassertouristischen Potenzials konnte nur in begrenztem Umfang befördert werden.

Der Ausbau der Marina „Kiewitt 33“ zu einem innerstädtischen Wasserwanderstützpunkt gemäß Wassersportentwicklungsplan des Landes Brandenburg erwies sich als nicht förderfähig und bislang alternativ nicht finanzierbar.

Die Teilprojekte zur Umsetzung der Uferkonzeption der Stadt befinden sich in der Umsetzung (siehe Datenblatt „Wassertourismus“).

Gemessen am Potenzial im Wassertourismus gibt es nach wie vor großen Nachholbedarf bei der öffentlichen touristischen Infrastruktur, bei der überregionalen Wegweisung und der Vermarktung. Sehr erfolgreich gestaltet sich die interkommunale Zusammenarbeit in der *WIR – Wassertourismusinitiative der Potsdamer und Brandenburgischen Havelseen*.

Allgemein wird es im Hinblick auf die immer enger werdenden Finanzierungsmöglichkeiten v.a. darauf ankommen, vorhandene Angebote weiter zu qualifizierten, Qualitätsinitiativen zu unterstützen, Standortsicherung zu betreiben und bestehende Kooperati-

onen auf verschiedenen Ebenen fortzuführen, zur Kräftebündelung neue Partnerschaften aufzubauen und sich in neue Clusterstrukturen einzubinden.

Clusterübergreifende Handlungsfelder und Maßnahmen

Wissenschaft und Technologietransfer

Die Veranstaltungsreihe „Potsdam innovativ“ ist im Jahr 2010 mit den Zielen gestartet, Potsdamer Unternehmen für Kooperationen mit der Forschung zu gewinnen, den Bekanntheitsgrad der Technologietransferstellen zu erhöhen und über Innovations- sowie Wirtschaftsförderung zu informieren. Dazu fanden 2011 vier Veranstaltungen statt (u.a. „Innovationen gezielt managen“, „Innovationen rechtlich absichern“, „Innovationen finanzieren“). Insgesamt konnten 200 Teilnehmer erreicht und einige Kooperationsprojekte zwischen regionalen Unternehmen und ansässigen Wissenschaftseinrichtungen angebahnt werden. 2012 wird die Reihe „Potsdam innovativ“ unter dem Label „vor Ort“ fortgesetzt. Einzelne Forschungseinrichtungen stellen dabei regionalen Unternehmen ihre wirtschaftsrelevanten Kompetenzen vor. Kooperationspartner sind die Landeshauptstadt Potsdam und die Universität Potsdam (Potsdam Transfer).

Das Projekt „Haus der Wissenschaft“ nimmt immer konkretere Formen an: Im vierten Obergeschoss des mit Mitteln der Europäischen Union aus dem EFRE, des Landes aus dem Hauptstadtvertrag und Eigenmitteln der Landeshauptstadt finanzierten Bildungsforums entsteht mit der „Wissenschaftsetage“ ein Begegnungs-, Ausstellungs- und Veranstaltungszentrum, wo der attraktive Wissenschaftsstandort Potsdam erlebbar wird. Die Wissenschaftsetage mit ihrer Dauer- und Wechsellausstellung sowie ihrem Informationsangebot ist vor allem an die Zielgruppen der interessierten breiten Öffentlichkeit, der Schülerinnen und Schüler, der Studierenden und der Unternehmen adressiert, die sich an diesem Ort in der Mitte der Landeshauptstadt mit der reichen Wissenschaftslandschaft Potsdams vertraut machen können. Dadurch sollen aus Sicht der Landeshauptstadt Potsdam konkrete Effekte im Hinblick auf die Stadtentwicklung erreicht werden, um zum Beispiel mehr Schüler zum Studium in Potsdam, mehr Studenten zu einer Tätigkeit als Fachkraft in der Region und mehr regionale Unternehmer zu einer Kooperation mit der Forschung anzuregen.

Im Rahmen der jährlich tagenden „Koordinationsgruppe Wissenschaftsstandort Potsdam“ tauschen sich seit 2011 unter Vorsitz des Oberbürgermeisters die Kanzlerinnen und Kanzler der Potsdamer Hochschulen sowie die Verwaltungsleiter der Forschungsinstitute über die aus ihrer Sicht drängendsten Probleme der Wissenschaft in der Stadt aus. Zu den Themen „Mobilität“ und „Studentisches und akademisches Wohnen“ wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, in denen Verwaltung und Wissenschaft Informationen austauschen und Ideen entwickeln, wie man den Wissenschaftsstandort Potsdam weiter profilieren kann.

Existenzgründungen

Potsdam ist eine Gründerstadt. Bestes Beispiel dafür ist die Metabolomics Discoveries GmbH. Das junge Biotech-Unternehmen mit Sitz im Wissenschaftspark Golm wurde als KfW-Gründerchampion Bundessieger in der Kategorie „Geschäftsidee und Innovation“. Seinen Sitz hat das junge Unternehmen im Golmer Gründer- und Innovationszentrum GO:IN, einem von insgesamt fünf branchenorientierten Innovationszentren in der Landeshauptstadt, die von der städtischen Technologie- und Gewerbezentren Potsdam GmbH betrieben werden. Alle Zentren sind gut ausgelastet und bieten in der Summe über 200 Unternehmen einen erstklassigen Standort.

Das breite Themenspektrum der Existenzgründungsförderung in der Landeshauptstadt Potsdam basiert auf zwei Säulen: Dem *Wirtschaftsservice in der Stadtverwaltung* und dem regionalen Netzwerk „*Gründerforum Potsdam*“.

Der *Wirtschaftsservice in der Stadtverwaltung* fungiert – seit August 2011 in neuen Räumen, im Eingangsbereich des Stadthauses - als die zentrale Anlaufstelle für Unternehmen und Existenzgründer. Hier erhält die Zielgruppe wirtschaftsrelevante Auskünfte und Informationen sowie Erstberatungen zu einer Vielzahl von Themen. Rund 2.600 Anfragen wurden 2011 bedient. Besonders nachgefragt waren Informationen und Beratungen zu den Themenbereichen Existenzgründung (760) und mit deutlichem Anstieg zu Fördermitteln (720) und Standortsuche (400).

Im „*Gründerforum Potsdam*“ sind insgesamt 28 öffentliche Institutionen und Projekte miteinander vernetzt. Die Netzwerkarbeit wird über den Bereich Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt Potsdam koordiniert. Regelmäßige Netzwerktreffen sichern den kontinuierlichen Informationsaustausch. Punktuelle Kooperationen in themenbezogenen Arbeitsgruppen – beispielsweise zur Planung und Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen - sind ein wichtiger Teil der Netzwerkarbeit.

So konnte bereits 2008 die Veranstaltungsreihe „*GründerTreff Potsdam*“ etabliert werden. Die quartalsweise stattfindenden Veranstaltungen bieten Existenzgründern gute Möglichkeiten, sich über gründungsrelevante Themen zu informieren, in einen Gedankenaustausch zu treten, Erfahrungen junger Unternehmen aufzunehmen und Geschäftskontakte in diesem Kreis aufzubauen.

Im Rahmen der „*Potsdamer GründerTage*“ - eingebettet in der jährlich stattfindenden „*Gründerwoche Deutschland*“ – bietet das Gründerforum Potsdam ein umfangreiches Vortrags-, Seminar- und Rahmenprogramm zum Thema Existenzgründung in Potsdam an. Über 360 Teilnehmer am „5. Potsdamer GründerTag“ am 15. November 2011 verdeutlichen das große Interesse am Thema.

Mit „*Cash & Coffee – dem Potsdamer Gründer- und Unternehmerfrühstück*“ startete 2011 eine neue Veranstaltungsreihe, die sich ausschließlich auf die Themen Finanzierung und Fördermöglichkeiten am Standort Potsdam konzentrierte. In Kurzvorträgen informieren Bank- und Fachberater über relevante Förder- und Unterstützungsprogramme sowie die verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten. Aufgrund des hohen Teilnehmerinteresses wird auch dieses Format mit vier Veranstaltungen 2012 fortgeführt.

2011 erschien der Wegweiser „*Gründen in Potsdam – Ratgeber zur Existenzgründung*“ in der vierten überarbeiteten Auflage, der Existenzgründern auf 145 Seiten einen fundierten Überblick über alle gründungsspezifischen Angebote der Netzwerkpartner liefert.

Auch die Internetplattform des Gründungsnetzwerks www.gruenden-in-potsdam.de ist mit insgesamt 900.000 Zugriffen seit 2008 stark nachgefragt und bietet vielfältige Informationen zu gründungsbezogenen Unterstützungsangeboten sowie den integrierten Veranstaltungskalender des Netzwerks mit aktuellen Übersichten über alle gründungsrelevanten Veranstaltungen in Potsdam.

Neben den eher zielgruppenorientierten Veranstaltungsangeboten werden gründungsrelevante Themen und Entwicklungen auch inhaltlich durch das Gründerforum Potsdam aufgegriffen. In diesem Zusammenhang lässt sich beispielhaft die netzwerkinterne Informationsveranstaltung zum Thema „*Mikrofinanzierung in Potsdam*“ nennen, in de-

ren Rahmen sich das Netzwerk über dieses Themenfeld informierte und sich die akkreditierten Mikrofinanzinstitute in Potsdam dem Netzwerk vorstellten.

KMU-Förderung (EFRE Nachhaltige Stadtentwicklung)

Die „KMU-Förderung im Rahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung“, bei der sich Stadt und Land mit 35 Prozent an den Investitionskosten beteiligen, ist ein sehr erfolgreiches Förderinstrument. Es unterstützt bzw. ermöglicht häufig erst investive Vorhaben zur Sicherung von Beschäftigung und Besetzung neuer Arbeitsplätze. Seit 2009 wurden der Wirtschaftsförderung 21 Anträge vorgelegt. In 18 Fällen konnte die Landeshauptstadt Potsdam den kommunalen Miteleistungsanteil bestätigen. Bisher wurden mit diesem Programm Investitionsprojekte von mehr als 760.000 EUR gefördert, wobei sich der städtische Miteleistungsanteil auf etwa 26.500 EUR beläuft.

Durch das Programm gelang es, Gründungsvorhaben und Bestandsunternehmen in den förderfähigen Branchen (Einzelhandel, Gastronomie und produzierendes Handwerk) und Fördergebieten (Einkaufsinnenstadt, Zentraler Versorgungsbereich im Stadtteilzentrum Babelsberg und Potsdamer Sanierungs- und Entwicklungsgebiete) gezielt zu unterstützen mit positiven Arbeitsmarkteffekten.

Unter Verweis auf die positiven Ergebnisse ist aus Sicht der Landeshauptstadt Potsdam eine Aufstockung der überzeichneten Fördermittel des Programms noch in dieser Förderperiode sinnvoll und wünschenswert. Mit Blick auf die kommende Förderperiode wäre eine Fortführung der Richtlinie von erheblichem Interesse und somit sehr zu begrüßen.

Geschäftsstraßenmanagement (nachhaltige Stadtentwicklung)

Unter Beschäftigungsaspekten und fiskalischen Gesichtspunkten zählt der Einzelhandel in der Stadt Potsdam zu den tragenden Wirtschaftszweigen. 2010 wurden in der Landeshauptstadt Potsdam Waren im Wert von 650 Mio. Euro umgesetzt.¹⁵

Die Rahmenbedingungen speziell für den innerstädtischen Handel können grundsätzlich als gut bezeichnet werden. Die Sanierungsmaßnahmen in der Potsdamer und Babelsberger Innenstadt sind weitestgehend abgeschlossen. Dennoch gilt es, Funktionsschwächen nachhaltig abzubauen, um die Attraktivität der zentralen Versorgungsbereiche von Potsdam und Babelsberg weiter zu erhöhen. Besonders hilfreich waren dabei die vom Land gewährten Mittel zur Unterstützung der Vorhaben „Geschäftsstraßenmanagement Potsdamer Innenstadt“ und „Geschäftsstraßenmanagement Stadtteilzentrum Potsdam-Babelsberg“ auf der Grundlage der Richtlinie zur nachhaltigen Stadtentwicklung und des EFRE-OP.

Dadurch war es möglich, eine Vielzahl von Maßnahmen und Aktivitäten zu initiieren und umzusetzen, wie z.B:

- Verkehrsversuch und Lichtkonzept im Holländischen Viertel
- Werbung/Werbeaufsteller, Warenauslagen, Fahrradständer
- Parken + Einkaufen
- Antikmeile
- Erweiterung der Weihnachtsbeleuchtung
- Eventmanagement
- Kommunikationsmanagement
- Mitwirkung in Vereinen, Gremien, Ausschüssen
- Analysen Vor- und Nachbereitung
- Öffentlichkeitsarbeit

¹⁵ Quelle: Erhebung des Büros STADT+HANDEL, 2011

Das Vorhaben „Geschäftsstraßenmanagement“ hat sich insgesamt bewährt und ist aus Sicht der Gewerbetreibenden ein Erfolg. Zur Sicherung der Nachhaltigkeit und Ver selbständigung - im Rahmen der Projektförderung vom Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft gefordert - hat die Stadtverwaltung eine Untersuchung in Auftrag gegeben, die dazu Wege aufzeigen soll. Das Ergebnis soll im Juni/Juli 2012 vorliegen.

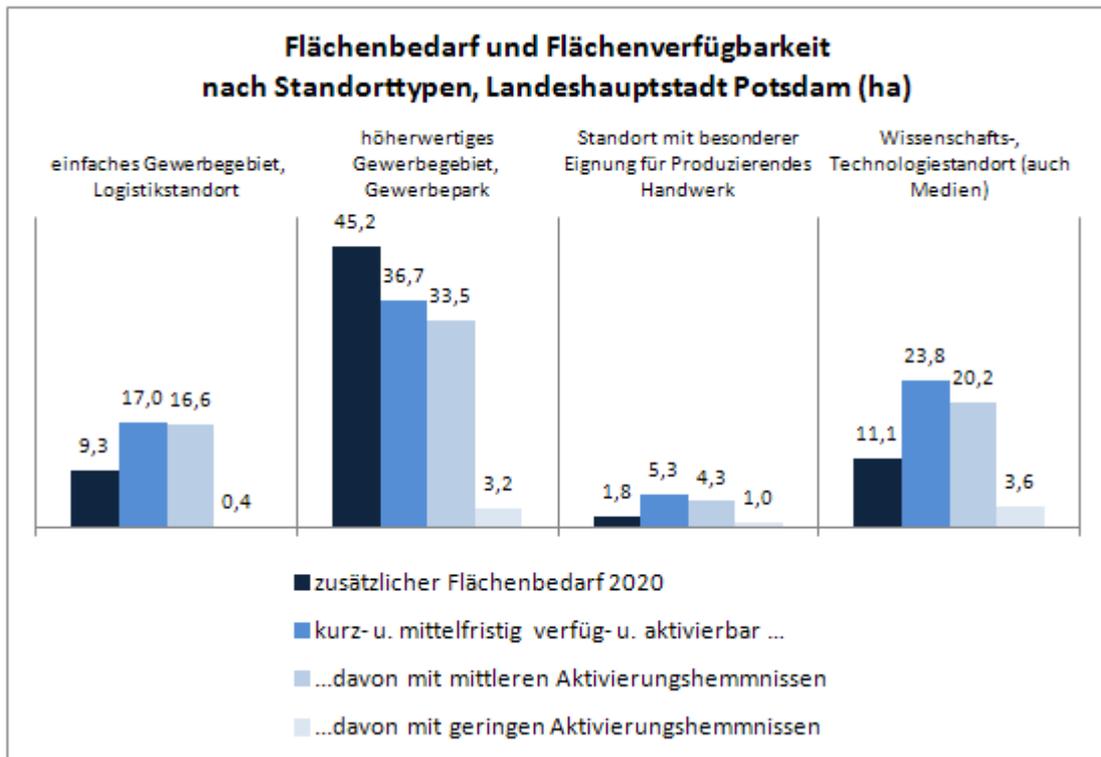
5. Planungen und Projekte im RWK

Gewerbeflächensicherungskonzept der Landeshauptstadt Potsdam

Bis 2020 wird die Zahl der Beschäftigten mit Arbeitsplätzen, die unmittelbar gewerbliche Bauflächen in Anspruch nehmen, in der Landeshauptstadt um rund 5.900 Personen wachsen. Dieser Beschäftigungszuwachs geht einher mit einem zusätzlichen Flächenbedarf von 67,4 ha. In zwei Zahlen zusammengefasst sind das die wesentlichen Ergebnisse umfangreicher Modellberechnungen, die 2009 im Rahmen der Erarbeitung des „Stadtentwicklungskonzeptes Gewerbe“ branchendifferenziert durchgeführt wurden.¹⁶ Um beurteilen zu können, wie groß der tatsächliche, effektive Flächenneubedarf ist, wurde zugleich in einer Vorschau geprüft, welche Gewerbeflächen für eine Nutzung zur Verfügung stehen oder perspektivisch wiedergenutzt werden können. Zu konstatieren ist, dass in Potsdam nahezu alle Flächen, die künftig für eine gewerbliche Nutzung in Frage kommen, mit Aktivierungshemmnissen behaftet sind. 80 Prozent der Flächen weisen mittlere bis hohe Aktivierungshemmnisse auf. Vor diesem Hintergrund wurden Gewerbeflächen erfasst, die sich am ehesten anbieten, den bis 2020 prognostizierten Gewerbeflächenbedarf sichern zu können.

Diese Flächen wurden 2011 eingehend geprüft und bewertet. Die Prüfungen ergaben, dass 40 Flächen mit einer Gesamtgröße von rund 83 ha besonders geeignet sind, in wichtigen Nutzungssegmenten den prognostizierten Gewerbeflächenbedarf in der Landeshauptstadt bedienen zu können, s. Grafik 10.

¹⁶ Vgl. Stadtentwicklungskonzept Gewerbe für die Landeshauptstadt Potsdam, Deutsches Institut für Urbanistik GmbH, Spath + Nagel (GbR), April 2010



Grafik 10

Deshalb sind diese gewerblichen Potenzialflächen für die weitere Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Potsdam essentiell und unverzichtbar. Am 12.04.2012 hat der Oberbürgermeister die „Richtlinie zur Sicherung der Gewerblichen Potenzialflächen der Landeshauptstadt Potsdam“ in Kraft gesetzt. Für die Mobilisierung dieser Gewerblichen Potenzialflächen wurden erste Handlungsempfehlungen gegeben, um das Flächenangebot schrittweise auf die Gewerbeflächennachfrage auszurichten.

Ein erster Schritt ist die Errichtung des „Handwerker- und Gewerbehofes Babelsberg“. Hier werden nachfragegerecht im Stadtgebiet verdichtete Flächenangebote für Gewerbebetriebe im Stadtgebiet entwickelt, um in diesem Segment gravierende Knappheiten infolge eines Marktversagens überwinden zu können (siehe Datenblatt Handwerker- und Gewerbehof Babelsberg).

Fortschreibung des Standortentwicklungskonzeptes

Die Landeshauptstadt Potsdam beabsichtigt ihr Standortentwicklungskonzept aus dem Jahr 2006 fortzuschreiben. Vorgesehen ist, die Konzepterarbeitung im Rahmen der Maßnahme „Erhöhung der Wirksamkeit von EFRE-Interventionen in den RWK 2011-2013“ mit Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE-TH) zu kofinanzieren. Die Leistungsbeschreibung liegt vor und befindet sich in der Abstimmung mit der beauftragten Regiestelle des Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg. Nach erfolgter Ausschreibung und Vergabeentscheidung soll die ca. sechsmonatige Erarbeitung des Konzeptes im dritten Quartal 2012 starten. Im Zuge der Fortschreibung sollen auch die folgenden „Zukunftsthemen“ in den Fokus genommen werden.

6. Zukunftsthemen

Klimawandel und Energie

Ein vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) geführtes Konsortium hat in der Zeit von Januar 2010 bis Ende September 2010 die Klimaschutzstrategie für Potsdam entwickelt. Das integrierte Klimaschutzkonzept wurde mit Hilfe von Fördermitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit finanziert. Die Landeshauptstadt Potsdam hat sich ambitionierte Ziele zum lokalen Klimaschutz gesetzt. Bis zum Jahr 2020 sollen die Kohlendioxidemissionen gegenüber denen des Jahres 2005 um 20 % gesenkt werden, bis 2050 sollen nur noch 2,5t/CO₂ pro Einwohner pro Jahr emittiert werden.

In Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes wurden seitdem zahlreiche Projekte realisiert, genannt seien hier nur das Solardachkataster, die Energiesparberatung und neu im Jahr 2012: Der Potsdamer Klimapreis.

Als wichtigen Schritt zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes legte im Mai 2012 die städtische Tochter Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP) den Entwurf für ein Energiekonzept "Strategie EWP 2020" vor. Die EWP plant drei zentrale Bausteine zum Schutz des Klimas und der dauerhaften und bezahlbaren Sicherung der Versorgung:

- Zukauf von Strom aus Wasserkraft in Kooperation mit österreichischen Partnern
- verstärkte Energieeigenerzeugung durch "Grüne Projekte" in Potsdam, z.B. Wärmespeicher, ein Holzhackschnitzel-Heizkraftwerk, weitere Photovoltaikanlagen, den Bau von Nahwärmesystemen u.a.
- Erweiterung und Verdichtung des Fernwärmenetzes mit Einbindung kleiner Gas- und Dampfkraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung

Zur Finanzierung der "grünen" Projekte in Potsdam will die EWP einen Kundenfonds auflegen, der Potsdamerinnen und Potsdamern die finanzielle Beteiligung an diesen Projekten ermöglicht.

Das Themenfeld „Klimawandel und Energie“ insgesamt bietet Chancen für zukünftige prioritäre Maßnahmen des RWK Potsdam.

- [Städtische Konzepte und Projekte zum Klimaschutz](#)
- [Energie und Wasser Potsdam GmbH](#)

Nachhaltige Mobilität

Der Regionale Wachstumskern Potsdam bietet in großem Maß Arbeitsplätze für die Region, es pendeln aber auch zahlreiche Arbeitnehmer aus Potsdam in das Brandenburger Umland und nach Berlin. Die Einpendlerzahl ist mit fast 46.000 Einpendlern in 2011 nochmals deutlich gestiegen, mehr als 28.000 Beschäftigte pendeln aus Potsdam aus.

Ein wichtiges Verkehrsmittel für die Verbindung mit dem Umland und Berlin ist der schienengebundene Verkehr, also Regionalverkehr und S-Bahn. Innerhalb Potsdams übernimmt der ÖPNV und zunehmend auch der Radverkehr eine wichtige Rolle.

Durch die besondere bauliche stadträumliche Situation Potsdams ist die Steigerung des Kfz-Verkehres kaum möglich, schon heute sind Lärm- und Luftschadstoffbelastung auf Teilabschnitten problematisch. Eine eingeschränkte Mobilität durch überlastete

Straßen behindert nicht nur den privaten Verkehr, auch der Berufsverkehr wird beeinträchtigt. Auf dieses Problem wurde bereits im Standortentwicklungskonzept hingewiesen.¹⁷

Grundsätzliches Ziel der Potsdamer Verkehrspolitik ist es daher, insbesondere für die privaten Verkehre den Anteil des ÖPNV, des Rad- und Fußverkehrs auszubauen und den vorhandenen Verkehr besser zu steuern, z.B. durch die 2012 eingeführte Umweltorientierte Verkehrssteuerung. Dieses dient nicht nur einer besseren Mobilität, es werden auch die Lebensbedingungen in der Stadt verbessert, der Klimaschutz unterstützt und der nötige Wirtschaftsverkehr entlastet.

Um diese Ansätze der nachhaltigen Mobilität auszubauen, hat die Landeshauptstadt Anfang 2012 die Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr vorgelegt. Das Konzept wird aktuell öffentlich diskutiert und soll nach dem Beschluss Handlungsrahmen für die Verkehrspolitik der Landeshauptstadt werden.

→ [Stadtentwicklungskonzept \(STEK\) Verkehr](#)

Projekte und Maßnahmen, welche die nachhaltige Mobilität fördern, könnten auch mit Hilfe der EU-Strukturfonds-Förderung unterstützt werden. Schwerpunkte der kommenden EFRE-Förderperiode 2014-2020 sollen im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung nach den vorliegenden Planungen der EU explizit Klimaschutz und Energie, der nachhaltige Stadtverkehr u.a. sein.

Mögliche Projekte könnten z.B. der Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur (etwa Rad-schnellverbindungen in das Umland, Fahrradparkhaus) die Förderung von Carsharing und Elektromobilität und der Ausbau des Mobilitätsmanagements sein.

Gesundheit und Wohnen

Der demografische Wandel, insbesondere die Zunahme hochbetagter Menschen ist auch in der durchschnittlich jungen Landeshauptstadt Potsdam ein wichtiges Thema. Die aktuellen Prognosen gehen davon aus, dass die Zahl der Menschen über 80 Jahre in Potsdam um etwa 5.000 zunehmen wird. Gleichzeitig wollen immer mehr Menschen möglichst lange in der eigenen Wohnung leben. Zur Unterstützung des selbstbestimmten Lebens im hohen Alter gab es in den letzten Jahren viele Fortschritte, auch zahlreiche Forschungsprojekte entwickeln neue Ansätze. Besonders hervorzuheben sind das Netzwerk „Älterwerden“ und der „Pflegestützpunkt Potsdam“ in dem die Pflegekassen und die Stadt Potsdam fallbezogen zusammenwirken und damit ein zuverlässiges Angebot für Hilfesuchende geben. Die Übersicht über die verschiedenen Hilfsangebote soll weiter verbessert werden.

Grade bei neuen technischen Hilfsmitteln - aber auch Serviceangeboten - muss allerdings die Finanzierbarkeit gesichert werden. Dieses gilt für die Senioren selber, die bestimmte Leistungen von ihren z.T. nur geringen Renten und Pensionen zahlen müssen, aber auch für die Gesundheits- und Sozialsysteme.

Es ist festzustellen, dass mit dem zunehmenden Anteil älterer Menschen auch die Zahl derjenigen zunimmt, die besondere Ansprüche an ihre Wohnungen haben. Diese Ansprüche sind allerdings bei bestimmten Fällen nicht oder nur sehr aufwändig in Bestandswohnungen zu realisieren. Hier sind beispielhaft z.B. günstige rollstuhlgerechte Wohnungen oder besondere Wohnformen wie Wohngemeinschaften für Demenzerkrankte anzuführen. Das Land Brandenburg ist hier aufgerufen, mit einer zielgenauen Neubauförderung den Bau dieser besonderen Wohnformen zu fördern.

¹⁷ Standortentwicklungskonzept 2006, S. 10 ff. und 33.

Im Juni und Juli 2012 wurden in einem dreitägigen Szenarioworkshop „**Wohnen und Gesundheit in Potsdam. Bürgerversorgung 2025**“ Strategien und Projekte für Potsdam entwickelt. Der Workshop wurde durch die städtischen Gesellschaften Pro Potsdam, das Ernst-von-Bergmann-Klinikum und die Stadtverwaltung finanziert, beteiligt waren u.a. Vertreter der Wohnungswirtschaft, der Krankenhäuser, des Landes, der Krankenkassen, der Pflegedienste, Sanitätshäuser, der Seniorenbeirat, Vertreter des Verkehrsbetriebes und der Stadtverwaltung.

In den nächsten Monaten sollen die Workshop-Ideen durch die unterschiedlichen Partner konkretisiert werden. Die Chancen sind gut, dass dabei eine oder mehrere prioritäre Maßnahmen für den RWK Potsdam entwickelt werden können.

Inesbesondere die Anwendung der Ansätze der Telemedizin bzw. Ambient Assisted Living (AAL) im Bereich der Wohnung sind dabei geeignet, auch innovative Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle aus Potsdam und Brandenburg zu fördern.

→ Laufendes Forschungsprojekt [Smart Senior](#) mit Beteiligung der Pro Potsdam

Bürgerbeteiligung

Die bessere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Potsdamer Politik ist einer der Schwerpunkte der nächsten Jahre. Am 4. Mai 2012 fand eine Veranstaltung zu Zwischenergebnissen und dem Ausblick der zukünftigen Bürgerbeteiligung statt. Etwa 80 interessierte Bürgerinnen und Bürger waren gekommen, um sich über den aktuellen Stand zu informieren und gemeinsam darüber zu diskutieren. Am Ende des Workshops wurden die Ergebnisse an Oberbürgermeister Jann Jakobs, den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Peter Schüler und alle anwesenden Vertreter der Potsdamer Fraktionen übergeben.

Erstes Ziel ist nun die Einrichtung eines "Büros für Bürgerbeteiligung". Unter Berücksichtigung der Vorschläge der Bürgerschaft berät nun noch zunächst die Stadtverordnetenversammlung die konkrete Organisationsform eines solchen Büros. Mit einer Entscheidung wird im Oktober 2012 gerechnet. Die Arbeit eines Bürgerbeteiligungsbüros soll voraussichtlich Anfang 2013 starten.

Es gibt Vorüberlegungen, unter Mitwirkung des Hasso-Plattner-Institutes eine neue Beteiligungsplattform zu entwickeln.

7. RWK-Maßnahmen

Einzelmaßnahmen im Bereich des Potsdamer Niederungsbogens

Das Projekt „Innovative Landeskultur im Potsdamer Niederungsbogen“ wurde 2010 als neue prioritäre Maßnahme angemeldet, der Hintergrund ausführlich dargestellt. Aufgrund der Kleinteiligkeit der Einzelmaßnahmen hat sich der RWK entschieden, diese sinnvollen Maßnahmen fortzuführen, aber auf die Zusammenfassung als prioritäre Maßnahme zunächst zu verzichten.

Zum Stand der Einzelmaßnahmen:

Als Maßnahme des Klimaschutzkonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam wird aktuell mit Fördermitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) eine Machbarkeitsstudie zum Thema „Aktivierung der Klimaschutzfunktion von Niedermoorflächen in der Landeshauptstadt Potsdam“ erarbeitet, der Abschluss ist für Herbst 2012 geplant. In einem integrativen Prozess werden Möglichkeiten aufgezeigt, die die wirtschaftliche Nutzung von klimarelevanten Niederungsflächen für den Bereich der Landeshauptstadt Potsdam abbilden.

Die Landeshauptstadt Potsdam als Mitglied des Vereins für Landschaftspflege Potsdamer Kulturlandschaft e.V. ist eingebunden in dessen, von Seiten des Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (MUGV) geförderten Projektes „Kulturlandplan Wublitzrinne/Golmer Luch“. Das Projekt startete mit Erhalt des Bewilligungsbescheides im Mai 2012 und wird zum Ende des Jahres abgeschlossen sein.

Der Kulturlandplan ist ein Instrument zur Integration von Natur- und Umweltschutzmaßnahmen in die landwirtschaftliche Nutzung. Umgesetzt wird dieses Vorhaben als Pilotprojekt für einen typischen biologisch wirtschaftenden Mittelstandsbetrieb, dessen Flächen sich kreisübergreifend rund um die Wublitz und im Golmer Luch befinden. Hervorgehoben sind dabei die Übertragbarkeit des Vorgehens u.a. bei integriert wirtschaftenden Betrieben.

Aufgrund der Verortung der bewirtschafteten Flächen mit einem hohen Anteil an Niedermoorböden steht das Projekt in direktem fachinhaltlichen Zusammenhang zur Landeskulturentwicklung im Potsdamer Niederungsbogen. Ziel ist eine praktische Instrumentetablierung für den Landnutzer zur betriebsabhängigen Umsetzung und flächenscharfen Qualifizierung von Maßnahmen der o.g. Machbarkeitsstudie. Dazu wird seitens der Landeshauptstadt Potsdam angestrebt, dieses Instrument nach der Pilotphase in die Breite zu tragen und als Weiterentwicklung für landwirtschaftliche Nutzer über den bio-zertifizierten Betrieb hinaus nutzbar zu machen.

Maßnahmenkonkret wird im Niederungsbogen die landschaftsgerechte Herstellung des Steinwerder Damms (Mitteldamm) angestrebt. Diese historische Wegeverbindung steht in direktem Kontext zu forstlichen Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen- „Ökologischer Waldumbau der Pappelforste im Golmer Luch auf Spülflächen der Deponie Golm“. Hier wurde zusammen mit der Forstbetriebsgemeinschaft „Fresdorfer Heide“ und der Unteren Denkmalschutzbehörde der Landeshauptstadt Potsdam zum einen die forstwirtschaftlich nachhaltige Bestockung des ehemaligen Golmer Spülfeldes gesichert. Zum anderen konnten in Zusammenhang mit der Neuanlage und einer kulturhistorischen Detailanalyse strukturelle Landschaftsbeziehungen rekonstruiert werden. Neben dem forstwirtschaftlichen Interesse liegt es nun im Ansinnen der Landeshauptstadt Potsdam diese Landschaft im direkten Erlebniszusammenhang zum Wissenschaftspark Golm über die Herstellung dieser Wegebeziehung erlebbar zu machen.

Nötig ist die fachübergreifende Unterstützung insbesondere bei der historisch-kulturlandschaftlichen Raumanalyse und Maßnahmenumsetzung (ministerienübergreifend MIL-MWFK) und Beförderung der Umsetzungsmöglichkeiten in ländlich geprägten Bereichen auch außerhalb von Förderkulissen der Richtlinien „Integrierte ländliche Entwicklung“ (ILE) und LEADER.

Beispielhaft werden o.g. Unterstützungsbedarfe und damit verbundene Fördermöglichkeiten für die Herrichtung des Steinwerder Damms, der außerhalb des ILE-Fördergebietes liegt und fachübergreifende Interessen abbildet (forstlicher, erholungs-wirksamer und kulturhistorischer Bezug) deutlich.

Anlage: Prioritäre Maßnahmen / Maßnahmebögen

In den Bögen sind die Änderungen zum Bericht 2011 **markiert**.
Die Seitenzahlen der Bögen ergeben sich aus den Vorlagen der Staatskanzlei.

Beschlossene Maßnahmen

2012	Oberer Bahnsteig Bahnhof Pirschheide (Einbindung in Schienenanbindung Potsdam – Flughafen Berlin Brandenburg)	
2010	Bildungsforum Stadt- und Landesbibliothek und Volkshochschule	
2009	Handwerker- und Gewerbehof Babelsberg	
2008	Schienenanbindung Potsdam – Flughafen Ber- lin Brandenburg mit Einbindung Bf. Griebnitzsee	
	Wassertourismus	
2007	Fachkräftesicherung	
	Projekt „kulturgewinn“	2011 abgeschlossen, kein Maßnahmebogen
2006	Ausbau der L40 zur Anbindung an den Flugha- fen Berlin Brandenburg (BER)	
	Lange Brücke (Straßenbahn-, Rad- und Fuß- gängerbrücke)	2010 abgeschlossen, kein Maßnahmebogen
2005	Umbau des Bahnhofs Golm (Verlegung Bahn- steige, Bau Unterführung)	2008 abgeschlossen, kein Maßnahmebogen

Maßnahmen mit Konkretisierungs- und Prüfungsbedarf

	Innovative Landeskultur (...)	Keine Weiterführung, kein Maßnahmebogen
	Radverkehr / Radtourismus	
	Verlegung L78/L79	
	Verlängerung Wetzlarer Straße	

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	Potsdam		
Titel der Maßnahme	Oberer Bahnsteig Bahnhof Pirschheide (Einbindung in Schienenanbindung Potsdam – Flughafen Berlin Brandenburg)		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
	X		
Beschreibung der Maßnahme	Die schnelle Schienenverbindung Potsdam – BER wurde durch die neue Streckenführung der RB 22 von Potsdam Hbf – Golm – BER in den Landesnahverkehrsplan aufgenommen und ist seit Fahrplanwechsel Dezember 2012 in Betrieb. Vom RWK wird die Einbindung des Bhf. Pirschheide in die neue Führung der RB22 vorgeschlagen.		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	Standortentwicklungskonzept 2006, Maßnahme 1, S.46f. Der Bhf. Pirschheide ist bisher durch die RB 22 an den Flughafen Schönefeld angebunden, wenn auch mit einer Fahrzeit von (mindestens) 44 Minuten. Mit der neuen Linienführung der RB 22 verschlechtert sich diese Anbindung erheblich, da die RB 22 nach bisheriger Planung in Pirschheide durchfährt. Mit der Sparkassenakademie, dem Seminaris-Hotel und dem Luftschiffhafen liegen im direkten Umfeld Einrichtungen, für die eine gute ÖPNV-Anbindung an den Hauptbahnhof, aber auch an den Flughafen BER von großer Bedeutung ist – und die umgekehrt auch von großer Bedeutung für den RWK Potsdam und die Region sind. Die Bedeutung auch für die Region wird mit dem Neubau der großen Sporthalle am Luftschiffhafen noch erheblich zunehmen. Um eine angemessene ÖPNV-Anbindung der Kongresseinrichtungen und der Sporthalle zu erreichen, ist ein Halt der RB 22 in Pirschheide von großer Bedeutung – auch wenn dies die Fahrzeit zwischen dem Hbf und dem Flughafen leicht erhöhen wird. Nötig ist dafür eine Wieder-Inbetriebnahme der oberen Bahnsteige bzw. ein Neubau.		
Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Mit einer Verknüpfung der RB 22 und 23 und verschiedener Buslinien am Bahnhof Pirschheide verbessert sich auch die Anbindung von Michendorf und Schwielowsee gegenüber dem Stand des Landesnahverkehrsplanes.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
	2,2 Mio. Euro (Schätzung Spreepplan)		
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	Der verkehrliche Nutzen der Inbetriebnahme des oberen Bahnsteiges des Bf. Pirschheide – auch für das Umland - wurde durch die Untersuchung der SPV Spreepplan Verkehr GmbH im Auftrag des MIL und des VBB bestätigt, die Untersuchung wurde am 12.05.2011 präsentiert. Es wird eine Steigerung um 7.000 Personenkilometer und 1.200 Umsteigern durch diese Maßnahme angenommen. Die Kosten der Wieder-Inbetriebnahme wurden auf ca. 2,2 Mio. Euro geschätzt.		

Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung	Aufnahme in Landesnahverkehrsplan, möglichst kurzfristige Wieder-Inbetriebnahme Bahnhof Pirschheide (obere Bahnsteige), Einbindung Bahnhof in RB 22.
--	--

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	<i>Potsdam</i>		
Titel der Maßnahme	Bildungsforum Potsdam: Ausstattung Stadt- und Landesbibliothek, Ausstattung und Innenausbau Volkshochschule		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
	X		
Beschreibung der Maßnahme	Konzentration der SLB und der VHS in der Potsdamer Mitte, Sanierung und Umbau des vorhandenen Gebäudes, Ausstattung der SLB und VHS.		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	Standortentwicklungskonzept 2006, Maßnahme 4, S. 53f. Projekt Sanierung und Ausstattung Stadt- und Landesbibliothek sowie Ausstattung Volkshochschule modifiziert und konkretisiert im INSEK 2007, S. 98 ff sowie Antrag EFRE / Nachhaltige Stadtentwicklung.		
Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Das Bildungsforum vereint Standorte und Angebote der Stadt- und Landesbibliothek sowie der Volkshochschule „Albert Einstein“. Durch den neuen konzeptionellen Ansatz profiliert sich das Bildungsforum als ein innovativer Ort des lebenslangen Lernens mit regionaler Ausstrahlung. Schon heute liegt der Anteil der Bibliotheksnutzer, die aus dem Brandenburger Umland kommen, bei 22 %. Das sind jährlich rund 3.000 Bürgerinnen und Bürger. Die Neuausrichtung wird zu einer Erhöhung der Umlandnutzung führen. Die Maßnahme „Wissenspeicher“ hat seit Ende Juni 2011 einen neuen Namen. Mit Hilfe eines öffentlichen Wettbewerbes wurden Namensvorschläge für das Gebäude gesucht, in dem zukünftig die Stadt- und Landesbibliothek und die Volkshochschule kooperieren werden. Der neue Name ist „Bildungsforum“, der Name der Maßnahme wird entsprechend angepasst.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
	für EFRE-Projekt VHS/SLB: 3,0 Mio. EUR	für EFRE-Projekt VHS: 1,8 Mio. EUR	für EFRE-Projekt VHS/SLB: 1,2 Mio. EUR
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	Der Umzug der Volkshochschule ist prioritäres Projekt im Rahmen der EFRE-Förderung / Richtlinie zur Nachhaltigen Stadtentwicklung. Der Förderantrag wurde im Mai 2010 gestellt. Der Zuwendungsbescheid liegt seit dem 20.12.2010 vor, das Projekt ist im Bau. Das Gebäude wird nach dem Einzug der Volkshochschule „Albert Einstein“ und der „Wissenschaftsetage“ im obersten Stockwerk des Gebäudes unter dem Namen „Bildungsforum“ zum innovativen Ort des lebenslangen Lernens. In der „Wissenschaftsetage“ präsentieren sich die Potsdamer und Brandenburger Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen künftig mit Ausstellungen und Veranstaltungen.		
Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung	Unterstützung im Rahmen der EFRE / NSE erfolgt.		

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	Potsdam		
Titel der Maßnahme	Handwerker- und Gewerbehof Babelsberg		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
	X		
Beschreibung der Maßnahme	Mit der Errichtung eines Handwerker- und Gewerbehofes sollen nachfragegerecht Gewerbeeinheiten angeboten werden, um vorhandene Angebotsengpässe und Knappheiten in der Stadt zu überwinden. Durch die Bereitstellung attraktiver, innenstadtnaher Gewerbeflächen und die Nutzung von Synergieeffekten, die im Umfeld der bereits ansässigen Gewerbebetriebe im Gewerbequartier Babelsberg zu erwarten sind, soll vor allem die lokale Wirtschaft gestärkt werden. Zielgruppe sind Verlagerungsfälle aus den Sanierungsgebieten, kleine Handwerks- und Gewerbebetriebe sowie Existenzgründer. Die Maßnahme soll die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen im handwerklichen und gewerblichen Bereich unterstützen.		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	Gewerbehof Babelsberg (Schlüsselmaßnahme 5, Standortentwicklungskonzept, S. 55f. und Anhang S. 73 ff., 14. September 2006)		
Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Kleinst- und Kleinunternehmen bilden das Rückgrat der Wirtschaft in Potsdam. Maßnahmen, die zur Sicherung, Stärkung und zum Ausbau dieser kleingewerblichen Strukturen beitragen, haben darüber hinaus einen nicht zu unterschätzenden positiven Einfluss auf Entwicklungen des regionalen Arbeitsmarktes.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
	rd. 3,1 Mio. EUR (aktuelle Kalkulation Juni 2012)	1,5 Mio. EUR Nachhaltige Stadtentwicklung/ Stadtentwicklungsfonds 0,4 Mio. EUR Kreditaufnahme durch TGZP (Die ILB prüft auch eine Finanzierung von 1,9 Mio. EUR aus dem SEF. Damit würde die zusätzliche Fremdfinanzierung der TGZP über 0,4 Mio. EUR entfallen.)	1,2 Mio. EUR aus Entwicklungsmaßnahme Babelsberg* Grundstück aus Treuhandvermögen (8.732m ²)
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	* Mit Schreiben vom 17.09.2009 hat das Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) den Antrag der Landeshauptstadt zur Anerkennung der Maßnahme „Handwerker- und Gewerbehof Babelsberg“ als teilweise entwicklungsbedingte Maßnahme und damit der anteiligen Finanzierung aus dem Treuhandvermögen der Entwicklungsmaßnahme Babelsberg nach Zustimmung des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung (MIR) befürwortet. Die Zustimmung erfolgte dem Grunde nach und in Höhe der von der Landeshauptstadt beantragten Förderung bis zu einer Höhe von 50 Prozent der Gesamtkosten gemäß B.4.2.6 der Förderrichtlinie für Stadtentwicklung vom 07.04.2003. Zeitplan: <ul style="list-style-type: none"> Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam am 2. Juni 2010 (Vorlage 10/SVV/0357): „Errichtung und Betreibung eines Handwerker- und Gewerbehofes Babelsberg“ (13 Gewerbeeinheiten mit je 200 m² Gewerbehallen plus 200 m²) 		

	<p>Freifläche) durch die Technologie- und Gewerbezentren Potsdam GmbH (TGZP) . Das zu bebauende städtische Grundstück wird aus dem Treuhandvermögen der Entwicklungsmaßnahme Babelsberg als Sacheinlage an die TGZP übertragen und in die Kapitalrücklage der Gesellschaft eingestellt.</p> <ul style="list-style-type: none"> • 09/2010 Aufgabenstellung und Auswahlgespräche mit den Architekturbüros • 10/2010 Antragstellung beim LBV durch die TGZP zur Förderung aus dem Programm SEF • 11/2010 Aufsichtsratsbeschluss der TGZP GmbH • 12/2010 Beschluss der Gesellschafterversammlung der TGZP GmbH • 03/2011 Architektenauswahl nach Bewertung der Entwürfe einschließlich Kostenberechnung (DIN 276, KG. 100-700) und Berechnung der Grundfläche und Rauminhalte (DIN 277) • 05/2011 Beauftragung des Architekten • 06/2011 Bereitstellung der Unterlagen zwecks Entscheidung über die Mittelvergabe aus dem Stadtentwicklungsfonds durch die ILB • 07/2011 Aus dem Baugrundgutachten ergeben sich Probleme und damit erhöhte Anforderungen das Fundament und die Versorgung mit den entsprechenden Medien. Das führte zu Verzögerungen und Erhöhung der Baukosten • 08/2011 Versandt überarbeiteter Antrag SEF an die ILB durch die TGZP • 10/2011 Entwurf über einen dreiseitigen Vertrag über die: Errichtung und den Betrieb des HGBa zwischen Landeshauptstadt Potsdam, Stadtkontor GmbH und TGZP GmbH, sowie einen Fördervertrag zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und der TGZP GmbH gemäß Nr. B.4.2.6. der Förderrichtlinie zur Stadtentwicklung vom 7.4.2003 in Verbindung mit der Städtebauförderrichtlinie des MIR vom 9.7.2009 • 12/2011 Ergebnis der baufachlichen Antragsprüfung vom BLB • ab 12/2011 Einholung von Finanzierungsangeboten der Fremdmittel von Finanzinstituten • 06/2012 Entscheidung zur Finanzierung der Fremdmittel • 08/2012 Abschluss der Verträge Fördervertrag, Grundstücksübertragung, Finanzierung • 09/2012 Erarbeitung Baugenehmigung • 12/2013 geplante Fertigstellung des Handwerker- und Gewerbehofes
<p>Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung</p>	<p>Unterstützung bei der Mittelvergabe aus dem Programm NSE - Stadtentwicklungsfonds</p>

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	Potsdam		
Titel der Maßnahme	Schienenanbindung Potsdam – Flughafen Berlin Brandenburg (BER)		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
	X		
Beschreibung der Maßnahme	Die schnelle Schienenverbindung Potsdam – BER wurde durch die neue Streckenführung der RB 22 von Potsdam Hbf – Golm – BER in den Landesverkehrsplan aufgenommen und ist seit Fahrplanwechsel Dezember 2012 in Betrieb. Vom RWK vorgeschlagen wird darüber hinaus ein Beginn der RB 22 ab Bhf. Griebnitzsee und der Zwischenhalt am Bhf. Pirschheide.		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	Standortentwicklungskonzept 2006, Maßnahme 1, S.46f. Die Ableitung für den Bahnhof Pirschheide ist auf einem gesonderten Maßnahmebögen dargestellt.		
Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Mit einer Einbindung des Bhf. Griebnitzsee kann ein entscheidender Beitrag zur Verbesserung der Verbindung zwischen Griebnitzsee und Golm geleistet werden, s. „Wissenschaftsbahn“. Vom Bf. Griebnitzsee werden bedeutende Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorte erschlossen, v.a. die Uni mit dem HPI und die Medienstadt Babelsberg. Eine direkte Flughafen-Anbindung würde für die international aufgestellten Unternehmen und Einrichtungen an den Standorten (u.a. RBB, Studio Babelsberg, Filmpark, UFA-Grundy etc.) eine Standortaufwertung und einen wichtigen Entwicklungsimpuls für die Medienstadt, u.a. für die Fachkräftesicherung bedeuten, auch in der Konkurrenz zu Berliner Standorten wie Adlershof. Die Einbindung des Bhf. Griebnitzsee verbessert auch die Erreichbarkeit aus der Region.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	Die Umsetzung ist im Dezember 2012 erfolgt, allerdings bisher ohne die Einbindung der Bf. Griebnitzsee und Pirschheide. Auf Anfrage des RWK an die Deutsche Bahn nach der weiteren Zeitplanung erhielt der RWK per Email vom 23.05.2012 von Herrn Grassow, Regionalbereich Ost, Vertrieb und Fahrplan (I.NM-O), Teamleiter Entwicklungen und Konzepte, DB Netz AG folgende Antwort: (...) „Das Land Brandenburg fungiert als Aufgabenträger für den SPNV (Schienenpersonennahverkehr) und legt die wesentlichen Eckpunkte des SPNV-Angebotes im Land fest. Die geplante Errichtung eines zweiten Regionalbahnsteigs in Griebnitzsee steht in Verbindung mit dem bisherigen Wunsch des Landes, ab dem Fahrplanwechsel im Dezember 2012 von Montag bis Freitag tagsüber (ca. 07 bis 18 Uhr) zwischen Potsdam und Berlin Friedrichstraße das Regionalverkehrsangebot zu verdichten. Zusätzlich zu den unverändert im 30-Minutentakt verkehrenden Zügen der Linie RE 1 war geplant, die in Griebnitzsee endenden und jeweils im 1-Stundentakt verkehrenden Züge der Linien RB 21 (von und nach Wustermark) bzw. RB 22 (von und nach Golm / Flughafen Berlin-Schönefeld bzw. künftig BER) nach Berlin Friedrichstraße zu verlängern. Hiermit wäre das Angebot an Regionalbahnen zwischen Potsdam und Berlin tagsüber von zwei auf vier Züge je Stunde und Richtung verdichtet worden. Dabei war vorgesehen, den Bahnhof Griebnitzsee zunächst nur in der Fahrtrichtung Potsdam - Berlin zu bedienen, da nur in dieser Richtung ein Bahnsteig ohne das Kreuzen des Gleises der Gegenrichtung genutzt werden kann. Der Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg, Herr Vogelsänger, hat am 23.04.2012 mitgeteilt, dass mit Wirkung zum		

	<p>Fahrplanjahr 2013 (ab Fahrplanwechsel 12/2012) aus verschiedenen Gründen Veränderungen an der Angebotsgestaltung vorgenommen werden müssen. Nach den bisherigen Abstimmungen mit dem Land Brandenburg gehen wir davon aus, dass von diesen Anpassungen auch die Linien 21 und 22 betroffen sein werden; im Ergebnis rechnen wir damit, dass nur einzelne Zugpaare (voraussichtlich vier) in der Früh-HVZ von Potsdam Griebnitzsee nach Berlin verlängert werden. Das Land hat uns mitgeteilt, dass es unverändert ein großes Interesse daran hat, die vollständige Taktverdichtung Potsdam - Berlin baldmöglichst zu erreichen. Nach Möglichkeit soll diese bereits zum Fahrplanwechsel im Dezember 2013 erfolgen. Eine verbindliche Aussage hierzu kann das Land aber derzeit nicht treffen.</p> <p>Die Planungen zur Errichtung des zweiten Bahnsteigs in Potsdam Griebnitzsee werden durch unser Schwesterunternehmen, die DB Station&Service AG derzeit unverändert vorangetrieben. Eine Fertigstellung der zusätzlichen Bahnsteigkante könnte im Laufe des Jahres 2014 erfolgen. Die Fortführung unserer Arbeiten setzt aber voraus, dass das Land an seiner früheren Bestellplanung für die Linien 21 und 22 festhält. Wir befinden uns zu diesem Thema mit dem Land in einem kontinuierlichen Kommunikationsprozess.“</p>
Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung	<p>Der RWK fordert eine möglichst zeitnahe Fertigstellung des zweiten Bahnsteiges und damit Einbindung des Bf. Griebnitzsee in den neuen RB 22 sowie das Festhalten an der geplanten Taktverdichtung zwischen Berlin-Friedrichstraße und Golm Mo. - Fr. mindestens zwischen 7 und 18 Uhr. Eine Verdichtung lediglich am frühen Morgen und eine Beibehaltung des Taktes in den übrigen Zeiten wird der Bedeutung der Linie (auch zur Verbindung der Hochschulstandorte) und der Standortentwicklung Golms und der Medienstadt nicht gerecht.</p>

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	Potsdam		
Titel der Maßnahme	Wassertourismus		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
	X		
Beschreibung der Maßnahme	Umsetzung „Uferwegekonzept Potsdam“: Beabsichtigt ist durch die stufenweise Umsetzung des „Uferwegekonzept Potsdam“ die landseitige öffentliche Infrastruktur weiterzuentwickeln. Städtetouristen in Potsdam sollen dadurch die besondere Wasser- und Insellage der Stadt erleben und u.a. auch an wassertouristische Nutzungen herangeführt werden.		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	Schlüsselprojekte, Maßnahme 6 „Touristisches und kulturelles Management Region Potsdam – Marketing und Vorbereitung touristischer Infrastrukturprojekte“ (Standortentwicklungskonzept, S. 57, 14. September 2006) „Wassertourismus - Weiterentwicklung der wassertouristischen Infrastruktur zur Intensivierung der land- und wasserseitigen touristischen Vernetzung“ (Umsetzung der Schlüsselmaßnahmen, Bericht an die Interministerielle Arbeitsgruppe Aufbau Ost (IMAG), S. 25 ff., Juni 2008)		
Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Die Weiterentwicklung der land- und wasserseitigen touristischen Basisinfrastruktur im RWK trägt nachhaltig zur Qualifizierung der Angebotssituation bei, die im regionalen Maßstab zu einer besseren Ausschöpfung touristischer Potenziale beitragen soll.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
	„Uferwegekonzept“ Uferwegabschnitt Nuthepark – Vorderkappe 2.700.000 EUR Teilabschnitt M2 Havelbucht / Auslaufbauwerk Yachthafen 685.226,61 EUR	„Uferwegekonzept“ Uferwegabschnitt Nuthepark – Vorderkappe 2.000.000 EUR (EFRE NSE) Teilabschnitt M2 Havelbucht / Auslaufbauwerk Yachthafen 478.100 EUR	„Uferwegekonzept“ Uferwegabschnitt Nuthepark – Vorderkappe 666.000 EUR Teilabschnitt M2 Havelbucht / Auslaufbauwerk Yachthafen 207.126,61 EUR
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	Uferwegabschnitte Nuthepark – Vorderkappe (INSEK) (entspricht Teilabschnitte M4 Speicherstadt und M5 Wasserwerk lt. Statusbericht 2009) Der Antrag auf Gewährung von Zuschüssen im Rahmen des EFRE Nachhaltige Stadtentwicklung wurde mit Datum vom 06. Mai 2010 gestellt. VOF-Verfahren für Planungsleistungen Freianlagen einschl. Wasserbau zur Vervollständigung der Antragsunterlagen wurde im Juni 2011 abgeschlossen. Gesamtkosten: 2.700.000,00 EUR Beantragter Zuschuss: 2.000.000,00 EUR Eigenmittel: 666.000,00 EUR. Realisierung des Vorhabens im Zeitraum 2011 bis 2013: Teilabschnitte: A Neue Fahrt ab Nuthepark bis einschließlich Unterführung Lange Brücke / B Speicherstadt / C Wasserwerk II bis Leipziger Str. Abschnitt A und 1. Teilabschnitt B Vorgezogener Maßnahmenbeginn wurde beantragt, Fertigstellung im Herbst 2013 geplant. 2. Teilabschnitt B und C ab endgültiger Klärung der Förderfähigkeit möglich, Fertigstellung bis Ende 2013 vorgesehen.		

	<p>Teilabschnitt M1 Villa Karlshagen Die Fertigstellung des Bauvorhabens erfolgte im September 2010. Der Verwendungsnachweis (Förderung durch EFRE Nachhaltige Stadtentwicklung) wurde im April 2011 bei der InvestitionsBank Brandenburg eingereicht.</p> <p>Teilabschnitt M2 Havelbucht / Auslaufbauwerk Yachthafen Der Förderantrag der Landeshauptstadt Potsdam (Bereich Grünflächen) auf Gewährung eines Zuschusses aus Mitteln des Programms zur Förderung der wirtschaftsnahen kommunalen Infrastruktur im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“-GRW (GRW-I) für die „Umgestaltung des Uferweges Neustädter Havelbucht“ wurde von der ILB mit Schreiben vom 24.02.2011 für den Zeitraum vom 24.02.2011 bis 30.06.2014 (Bewilligungszeitraum) bewilligt. Das Vorhaben ist vom 01.01.2011 bis 31.12.2012 durchzuführen (Investitionszeitraum). Gesamtkosten: 685.226,61 EUR Zuwendung: 478.100,00 EUR (80% der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben in Höhe von 597.633,00 EUR) Eigenanteil: 207.126,61 EUR (20% der zuwendungsfähigen Ausgaben zuzüglich der nicht zuwendungsfähigen Mehrausgaben) Das Vorhaben soll bis zum 31.12.2012 in folgenden Etappen realisiert werden: Planung 2011 / Kampfmittelbeseitigung Januar 2012 / Baumfällung Februar 2012 / Ausschreibung März 2012 / Vergabe Mai 2012 / Baubeginn Mai 2012 / Baufertigstellung Dezember 2012. Teilabschnitte M3 Hinzenberg und M6 Hermannswerder Wegen fehlender Eigenmittel bis nach 2013 zurückgestellt.</p>
<p>Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung</p>	<p>Bewilligung des vorliegenden Förderanträge zu den Maßnahmen: Uferwegabschnitt Nuthepark – Vorderkappe (EFRE Nachhaltige Stadtentwicklung)</p>

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	Potsdam		
Titel der Maßnahme	Fachkräftesicherung		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
	X		
Beschreibung der Maßnahme	Wichtige Arbeitsmarktakteure haben sich in der Landeshauptstadt Potsdam im Netzwerk „Fachkräfteforum Potsdam“ zusammengeschlossen. Sie verfolgen das Ziel, mit gemeinsamen Maßnahmen, einer verstärkten Bündelung von Initiativen sowie der Entwicklung von Angeboten und Strategien weitere Ressourcen zur Sicherung des Fachkräftebedarfes in der Region zu erschließen.		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	Standortstärkung Medienstadt: Fachkräftesicherung und Clustermanagement (Schlüsselmaßnahme 9, Standortentwicklungskonzept, S. 63, 14. September 2006.)		
Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Die Einleitung von Maßnahmen zur Fachkräftesicherung und die Erhöhung ihrer Wirksamkeit auf der Grundlage eines abgestimmten Handelns zwischen den Akteuren und gemeinsam entwickelten Konzepten für den RWK bewirken die qualitative und quantitative Stärkung des Faktors Arbeitskräfte und erhöhen dadurch die Attraktivität und Anziehungskraft des Wirtschaftsstandortes und der Wirtschaftsregion, unter Verweis auf die Verflechtungen und Funktionsteilungen in der Region.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	<p>Die Bewertung von Netzwerkaktivitäten, die Notwendigkeit der Anpassung von thematischen Schwerpunkten und die Organisation der Netzwerkarbeit waren Gegenstand einer Befragung der Netzwerkakteure im Fachkräfteforum Potsdam im ersten Quartal 2012. Die Ergebnisse der Interviews werden die Beteiligten in Kürze gemeinsam beraten, um die Netzwerkarbeit, ausgehend von den Zielstellungen, weiter zu qualifizieren.</p> <p>Nachfolgende Maßnahmen zeigen exemplarisch, dass es im Berichtszeitraum in Potsdam vielfältige Angebote und Maßnahmen zum Thema Fachkräftesicherung in der Region gab, die quantitativ und qualitativ den Anforderungen entsprachen und von den Partnern im Fachkräfteforum mit hoher fachlicher Kompetenz vorbereitet und durchgeführt wurden (weitere Informationen auch unter: www.potsdam.de/fachkraefteforum):</p> <p>Im Rahmen der Märkischen Bildungsmesse präsentierten sich mit der <i>Agentur für Arbeit Potsdam</i>, der <i>Handwerkskammer Potsdam</i>, der <i>IHK Potsdam</i>, der <i>LASA Brandenburg GmbH</i> und dem <i>Unternehmerverband Brandenburg e.V.</i> vier Vertreter aus dem Fachkräfteforum Potsdam, um Bildungsinteressierte zu beraten. Veranstalter der Messe sind die Regionalen Weiterbildungsbeiräte der Städte Potsdam und Brandenburg sowie der Landkreise Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming. An der Messe am 30. und 31. März 2012 in Potsdam haben 138 Ausstellern teilgenommen.</p> <p>Am 28. März 2012 fand die diesjährige JOBinale statt. Über 2.000 Jugendliche unter 25 Jahren waren eingeladen, die größte Job- und Ausbildungsmesse der Region in der Potsdamer Waschhaus-Arena in der Schiffbaugasse zu besuchen. Hier konnten sie sich über mehr als 200 konkrete Arbeits- und</p>		

Ausbildungsplätze informieren. 60 ausstellende Ausbildungsbetriebe und Arbeitgeber standen dabei als kompetente Gesprächspartner zur Verfügung. Die JOBinale hat sich im Veranstaltungskalender der Region fest etabliert und findet jährlich statt. Die neunte Auflage dieser Messe – Veranstalter sind die die *Agentur für Arbeit Potsdam* gemeinsam mit den *Jobcentern in der Landeshauptstadt Potsdam*, der Stadt Brandenburg an der Havel und im Landkreis Potsdam-Mittelmark - ist Ausdruck für den Erfolg dieses Veranstaltungsformats und der regionalen Zusammenarbeit bei der Fachkräftesicherung. Bereits heute liegen Anmeldungen für die JOBinale 2013 vor.

Am 6. Februar 2012 begann die 5-wöchige Tour des **Lehrstellenmobils der Agentur für Arbeit Potsdam** durch den Agenturbezirk. Unter dem Motto „Lehrstellenmobil – Wir bringen die Jobs an Deine Schule“ besuchten die Berufsberater und Arbeitsvermittler mit 444 regionalen Ausbildungsplätzen im Gepäck insgesamt 1.800 Zehntklässler an 31 Schulen. Die Potsdamer Arbeitsagentur hat das Projekt 2010 initiiert. Es wurde mehrfach „kopiert“, ist in dieser Form aber bundesweit einzigartig. Die Aktion Lehrstellenmobil fand bereits im dritten Jahr statt, mit wachsendem Erfolg. 2011 nahmen 1.600 Zehntklässler an 28 Schulen teil, 2010 waren es 1.200 Schüler an 19 Schulen.

Im Rahmen der Berufsorientierung unterstützt die *Handwerkskammer Potsdam* auch 2011/2012 mit zahlreichen Aktivitäten die zukünftigen Auszubildenden. Einen Überblick zu den vielfältigen Ausbildungsmöglichkeiten im Handwerk können Schüler aller Schulen im Rahmen der traditionellen **Schülerwochen im Zentrum für Gewerbeförderung der Handwerkskammer in Götz** erhalten. 2011 nutzten diese Möglichkeit 315 Schüler, seit 1998 waren es mehr als 12.400 Schüler. Im Frühjahr 2012 wurde mit den Partnerschulen, wie der Käthe-Kollwitz Oberschule Potsdam, inhaltlich ein neues Konzept erarbeitet. Außerdem konnte die Handwerkskammer mit 13 Schulen **Kooperationsverträge** abschließen. Hierbei verpflichtet sich die Handwerkskammer mit Schülern der 8. Klasse Potenzialanalysen zum Arbeits- und Sozialverhalten durchzuführen. Danach probieren sich die Schüler zwei Wochen lang in vier Ausbildungsberufen bei praktischen Übungen in den Werkstätten des Zentrums für Gewerbeförderung aus. 2011 konnten diese Möglichkeiten rund 500 Schüler nutzen, 2012 werden es 700 sein. Diese Aktivität wird im Rahmen des **Bundesprogramms „Entdecke deine Möglichkeiten“** gefördert.

Am 20. Oktober 2011 startete die Handwerkskammer als erste Kammer der neuen Bundesländer mit der kostenlosen **App „Lehrstellenradar“**. Diese mobile App bietet Jugendlichen, Berufsberatern, Lehrern und Eltern bundesweit einen einfachen Zugang zu freien Lehrstellen und Praktikumsplätzen aus dem Datenbestand der Handwerkskammer Potsdam.

Während der Ausbildung konnten 2011 im Rahmen des EU-Projekts „Handwerk mobil – Chance Europa“ vierzehn Lehrlinge einen Teil ihrer **Ausbildung im Ausland** absolvieren. Organisiert wurden die Ausbildungswochen durch die Mobilitätsberaterin der Handwerkskammer mit Mitteln aus dem europäischen LEONARDO DA VINCI-Programm.

Im Rahmen der bundesweiten **Weiterbildungstage der IHK** hat sich auch die die *Industrie- und Handelskammer (IHK) Potsdam* mit ihrer Weiterbildung im Rahmen von Aktionstagen am 11. und 12.03.2011 vorgestellt und an diesen Tagen kostenlose Beratungen und Informationen rund um das Thema Weiterbildung angeboten. Neben der Möglichkeit, sich individuell über Lehrgangs- und Seminarangebot zu informieren, wurde allen Bildungsinteressierten ein umfangreiches Rahmenprogramm mit Vorträgen, Schnupperunterricht und persönlichen Einstufungen angeboten. Interessierte konnten sich darüber hinaus Tipps zu Fördermöglichkeiten, wie zum Beispiel zum Bildungsschecks und zum Meisterbafög, geben lassen.

Am 05.04.2011 veranstaltete die IHK Potsdam die **Fachtagung „Synergien zur perspektivischen Fachkräftesicherung IV (Bildungswege und Übergänge optimieren)“** mit dem Ziel, im Rahmen dieser Kooperationsveranstaltung, den Erfahrungsaustausch zwischen Akteuren aus Bildung, Politik und Wirtschaft anzuregen und Impulse für neue Kooperationen zu geben.

Der **„Zukunftstag für Mädchen und Jungen“** am 14.04.2011 in der IHK Potsdam richtete sich wieder an Schülerinnen und Schüler mit einem umfangreichen Veranstaltungsprogramm im Themenfeld Berufsausbildung und Ausbildungsplatzfindung.

Zur Ausbildungsplatzvermittlung von unversorgten Altbewerber und Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 10,12 und 13 veranstaltete die IHK Potsdam am 20.04.2011 ihre **„Last-Minute-Lehrstellenbörse“** mit Beratungsangeboten zu Ausbildungsstellen, Berufsbilder und allgemeiner Berufsorientierung.

Potsdam ist eine wachsende Stadt. Fachkräfte treffen Ihre Arbeitsplatzentscheidung nicht zuletzt vor dem Hintergrund der vorhanden sozialen Infrastruktur. „Gibt es einen Kita-Platz, damit mein Partner seine berufliche Karriere fortsetzen kann?“ Ähnliches gilt für Alleinerziehende: Um das Fachkräftepotential von Allerziehenden nutzen zu können, müssen die Kinder mit einem Betreuungsangebot versorgt sein. Von der Beantwortung dieser Fragen hängt immer öfter

auch die Entscheidung zum Lebensmittelpunkt ab. In Potsdam werden in den nächsten Jahren rund 800 neue Kitaplätze und die dafür entsprechende Anzahl von Erzieherinnen benötigt. Daher fördert das *Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam* gemeinsam mit zwei Anbietern die **Qualifizierung von 30 Arbeitslosengeld II- Berechtigten zu Erzieherinnen und Erziehern** auf der Grundlage der entsprechenden Richtlinie des Landes Brandenburg. Sie sieht eine Qualifizierung innerhalb von zwei Jahren vor, die ausschließlich im Land Brandenburg anerkannt wird mit der Möglichkeit, in diesem Bundesland dann als Erzieherin bzw. Erzieher zu arbeiten.

Auf Grundlage der Erfahrungen aus dem Projekt „**Campus der Generationen**“ wird im Jahr 2012 an der *Universität Potsdam* ein Projekt zum transnationalen Erfahrungsaustausch im Bereich des lebenslangen Lernens durchgeführt. Im Rahmen des Austausches mit etablierten Einrichtungen des lebenslangen Lernens an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck (Österreich) und der Zuyd University of Applied Sciences Limburg (Niederlande) soll ein Leitfaden für **Aufbau und Etablierung eines Service Centers für lebenslanges Lernen an der Universität Potsdam** entstehen. Langfristig sollen hier die vielfältigen akademischen Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote für die unterschiedlichen Zielgruppen gebündelt werden (von Angeboten für Kinder und Schüler bis zu berufstätigen Absolventen und Senioren). Darüber hinaus soll durch die Beobachtung des Weiterbildungs- und Arbeitsmarktes sowie entsprechender Analysen zielgruppengenaue und bedarfsgerechte Angebote (entsprechend des Fachkräftebedarfes) geschaffen werden. Gleichzeitig soll eine Strategie zur Anerkennung von Lern- und Arbeitsleistungen in der universitären Weiterbildung (Durchlässigkeit) implementiert werden.

Das **Förderprojekt „Erfahrung anerkennen – Voraussetzung für einen akademischen Abschluss schaffen“** des *BIEM e.V. unter wissenschaftlicher Leitung von Prof. Dr. Dieter Wagner* will angehenden und aktiven Führungskräften aus Brandenburg ohne einen vollständigen akademischen Hintergrund den Zugang zum betriebswirtschaftlichen Studium in Brandenburg öffnen. Dazu ist vor allem die Anerkennung und Anrechnung der Kompetenzen der Führungskräfte sinnvoll, welche diese bereits im Berufsalltag und bei Weiterbildungen erworben haben. Der innovative Kern des Projektes besteht in der systematischen Analyse der Bildungsbedarfe und Anrechnungspotentiale in der Region und einer daran anschließenden Entwicklung von nachhaltigen Bildungsangeboten. Hervorzuheben ist hierbei das Angebot des „Bachelor-Coaching“, welches exzellenten Absolventen der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie (VWA) Potsdam ein durch Anrechnung verkürztes und berufsbegleitendes Studium zum Bachelor Betriebswirtschaft an der Universität Potsdam ermöglicht.

Im Jahr 2011 organisierte die *transfer media gGmbH* umfangreiche **Maßnahmen zur Fachkräftesicherung im Bereich Film und Fernsehen**. Die insbesondere für den Medienstandort Babelsberg wichtige Branche befindet sich derzeit in einem gewaltigen technologischen Umbruchprozess. Neue Sendeformate (HD) und neue Produktionsprozesse (filebasiert) verlangen von den Fachkräften ein radikales Umdenken und eine teilweise vollständige neue Ausgestaltung des eigenen Berufsbildes. Die *transfer media* organisierte dazu ein umfangreiches Bildungsprogramm, gab Fachpublikationen heraus und veranstaltete am Medienstandort Babelsberg strategische Fachgespräche zum Thema unter dem Label „Film meets IT“. Es gelang auf diese Weise, mehrere 100 Personen weiterzubilden und so für die gewachsenen und sich verändernden Ansprüche an Fachkräfte aus der Branche fit zu machen.

Experten gehen davon aus, dass 80 Prozent aller in Wirtschaft und Verwaltung getroffenen Entscheidungen auf Geoinformationen basieren. In Berlin und Brandenburg gibt es ca. 2.000 Unternehmen, die mehr oder weniger direkt in der Geoinformationswirtschaft arbeiten. Sie erfassen, verarbeiten und veredeln Geodaten, aus den dann Produkte, Anwendungen und Dienste entstehen. Rund 10.000 Unternehmen und eine große Anzahl von Behörden und öffentlichen Verwaltungen sind direkte oder indirekte Nutzer und Anwender dieser Geoinformationen und GI-Software. Damit steigen automatisch Anforderungen an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, weil sie über (Grund-) Kenntnisse verfügen müssen, um Geoinformationen im Arbeitsprozess integrieren und nutzen zu können. Deshalb ist es aus Sicht des Verbandes GEOkomm und der Mitglieder des Fachkräfteforums notwendig, eine „**Fachkräftebedarfsanalyse**“ in der Branche **Geoinformationswirtschaft** durchzuführen. Der zeitliche Rahmen der Untersuchung, die vom *Regionalbüro Fachkräftesicherung West-Brandenburg der LASA Brandenburg GmbH* durchgeführt wird, erstreckt sich vom 01.07.2012 bis zum 31.04.2013.

Mit dem **Regionalbudget Potsdam** wirbt die *Landeshauptstadt* Fördermittel ein und verfolgt dabei drei Ziele: 1.) die soziale Eingliederung von Langzeitarbeitslosen verbessern; 2.) die Vermittlungschancen von Leistungsempfängern auf dem Arbeitsmarkt erhöhen; 3.) Kooperationen sowie Netzwerke zwischen den beteiligten Akteuren aufbauen. Über einen mittelfristigen Zeitraum und mit der entsprechenden Qualifizierung der Teilnehmenden sind dadurch auch Effekte der Fachkräftesicherung erreichbar.

Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung	
---	--

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	Potsdam		
Titel der Maßnahme	Ausbau der L40 zur Anbindung an den Flughafen Berlin Brandenburg (BER)		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
	X		
Beschreibung der Maßnahme	Ziel ist es, zusätzlich zu den Verbesserungen des Verkehrsflusses an den Kreuzungsbereichen und Anbindungen die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs, vor allem durch behindertengerechte Haltstellen und Anbindungen, zu erhöhen. Neben dem Straßen-, Gleis- und Fahrleitungsbau erfolgt der grundhafte Ausbau der bestehenden Humboldtbrücke, ein Brückenneubau einschließlich der Stütz- und Lärmschutzwände und die Verlegung der Straßenbahn in Seitenlage. Die Maßnahme wird in mehreren Abschnitten realisiert.		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	Standortentwicklungskonzept 2006, Maßnahme 1, S. 46f. Die Maßnahme ist eine Teilausbaustufe zur Realisierung der geplanten Bundesstraßenführung in der Stadt Potsdam.		
Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Eine Verbesserung des Verkehrsflusses und der Verkehrssituation entlang der Nuthestraße für alle Verkehrsteilnehmer erhält auch im Hinblick auf die zukünftige verkehrliche Erschließung zum Flughafen Berlin Brandenburg (BER) besondere Bedeutung. Von der Maßnahme profitiert die gesamte Region südlich Berlins. Die Baumaßnahme ist im Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau der L 40 zu sehen. Das Projekt verbessert die Verkehrssituation im RWK und wirkt unterstützend auf andere Schlüsselprojekte.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
	1.NA: 32,5 Mio € (brutto) 2.NA: 22,8 Mio € (brutto)* *in den Gesamtkosten ist der Bauabschnitt 2.2 A enthalten	1.NA: 17,3 Mio € 2.NA: 13,9 Mio €** **im Förderbedarf ist der Bauabschnitt 2.2 A enthalten	1.NA: 19,4 Mio € 2.NA: 8,9 Mio €*** ***im Eigenanteil ist der Bauabschnitt 2.2 A enthalten
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	Der NA 1 (Nutzungsabschnitt, stadtauswärtige Fahrbahn) hat im Nov. 2006 begonnen und wurde 2010 beendet. Durch internen Finanzausgleich zwischen den AG VIP, Stadtwerke und LHP konnte der finanzielle Mehrbedarf, der nicht durch Fördermittel ausgeglichen wurde, gegenfinanziert werden. Mit der Bestätigung des Haushaltsplanes 2011 wurde durch die Stadtverordnetenversammlung ein haushaltsbegleitender Beschluss gefasst, Maßnahmen zum Weiterbau der L40 zu ergreifen. Der Bauabschnitt 2.2A läuft seit 2010 und wird im August 2012 abgeschlossen. Für den Bauabschnitt 2.2B wurden 22,062 Mio. Euro Haushaltsmittel bewilligt. Die Ausführung der Bauarbeiten ist für den Zeitraum 2012 bis 2015 geplant. Die Leistungen des Bauabschnitts 2.2B, Teil 1 sind am 08.02.2012 submittiert worden. Die Auftragserteilung erfolgt voraussichtlich im Spätsommer 2012.		

Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung	Eine Einigung zur Förderung des 2. Nutzungsabschnitts (ab Bauabschnitt 2.2 B) ist erfolgt.
--	--

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	Potsdam		
Titel der Maßnahme	Radverkehr/Radtourismus		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
			X
Beschreibung der Maßnahme	<p>Teilmaßnahmen A-C</p> <p>A. Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur: Teilprojekt Radverbindungen nach Golm: Der Radverkehr spielt bei den Beschäftigten bzw. den Studierenden am Wissenschaftsstandort Golm eine wichtige Rolle (s.a. Verkehrsbefragung Golm www.potsdam.de/verkehrsentwicklung). Absehbar ist, dass dies in der Zukunft weiter zunimmt. Die verbesserte Anbindung des Wissenschaftsstandorts Golm für den Radverkehr durch den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur führt daher insgesamt zu einer Steigerung der Attraktivität des Standortes und verbessert die Verbindung zwischen den Wissenschaftseinrichtungen. Aus diesem Grund ist die genannte Verbindung im Radverkehrskonzept der Landeshauptstadt als Hauptroute 1. Stufe und in der Radverkehrsstrategie zusätzlich als Route mit wichtiger Verbindungsfunktion klassifiziert, die prioritär umgesetzt werden sollen. Konkrete Ziele: Bau eines Radwegs zwischen der Reiherbergstraße und dem Kuhförter Damm sowie weitergehend in der Lindenallee zum Neuen Palais.</p> <p>B. Verbesserung der Verknüpfung Schienen- und Radverkehr, insbesondere zur Erreichbarkeit der wichtigsten Wissenschaftsstandorte für Pendler: Erstes Teilprojekt: Errichtung einer Fahrradstation am Hauptbahnhof Potsdam, dafür wurde eine Machbarkeitsuntersuchung durchgeführt welche wichtige Ergebnisse zu geeigneten Standorte für die Station, die Anzahl der Fahrradabstellplätze sowie die Bau- und Betriebskosten erbrachte. Es wird empfohlen auf beiden Seiten des Hauptbahnhofs Fahrradstationen zu errichten. Im Umfeld des Hauptbahnhofs befinden sich die Wissenschaftsstandorte Telegrafenberg und Hermannswerder, der potenzielle Standort Speicherstadt, aber auch die Fachhochschule liegt in Fahrradentfernung. Synergieeffekte bestehen zu Fahrradverleihprojekten.</p> <p>C. Radtourismus: Die Chancen des Fahrradtourismus für eine noch stärkere touristische und wirtschaftliche Entwicklung in Potsdam sollen genutzt werden. Dazu soll eine der zentralen radtouristischen Routen in Potsdam, der Europaradweg R1 und gleichzeitig Havelradweg sowie Radroute mit historischen Stadtkernen im Bereich des Templiner Seeufers grundhaft erneuert eine bessere Verknüpfung zwischen Wasser- und Radtourismus geschaffen werden. Die Querung des Zernsees zwischen Potsdam und Werder Bedarf für den Radverkehr einer Qualifizierung. Die optimale Lösung wäre eine neue Radfahrer- und Fußgängerbrücke mit entsprechenden Rampenanlagen, um die Gemeinden Potsdam, Werder und Schwielowsee besser miteinander zu verknüpfen. Die Brücke ist ein Verbindungselement innerhalb der Kulturlandschaft Mittlere Havel und über sie verläuft die regionale touristische Radroute F 3.</p>		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	<p>Standortentwicklungskonzept 2006, Maßnahme 3, S. 50f.</p> <p>Das Schlüsselprojekt bezog sich bisher im Schwerpunkt auf die ÖPNV-Verbindung zwischen den Wissenschaftsstandorten Griebnitzsee (mit Medienstadt) - Hbf (mit Telegrafenberg, Hermannswerder, Speicherstadt in der Nähe) - Sanssouci – Golm.</p> <p>Im Rahmen des aktuellen Radverkehrskonzeptes der Landeshauptstadt wurde Bedeutung und Potenziale des Radverkehrs zur Verbindung der Wissenschaftsstandorte untersucht und Handlungsbedarf festgestellt. Insbesondere für Teilabschnitte (z.B. Golm – Neues Palais) kann der Radverkehr eine wichtige Funktion übernehmen – und den zu Stoßzeiten an der Kapazitätsgrenze fahrenden ÖPNV entlasten. Auch kann die Kfz-Nutzung mit dem Ausbau des Radwegenetzes reduziert werden.</p>		

<p>Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK</p>	<p>Eine Verbesserung der Verbindung zwischen Golm und Griebnitzsee verbessert auch die Bedingungen und Erreichbarkeit angrenzender Regionen. Von der Stärkung der Wissenschaftsstandorte im RWK profitiert der regionale Arbeitsmarkt.</p>		
<p>Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen</p>	<p style="text-align: center;">Gesamtkosten</p> <p style="text-align: center;">Zu A.: ca. 820.000€ zu B.: Baukosten 1.700.000 € zu C.: ca. 600.000 € (Infrastrukturmaßnahmen zur Verbesserung R1); ca. 1.500.000 € (Neubau einer Radfahrer- und Fußgängerbrücke am Zernsee)</p>	<p style="text-align: center;">Förderbedarf</p>	<p style="text-align: center;">Eigenanteil</p>
<p>Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)</p>	<p>zu A.: Einbindung der Trasse in das Zielnetz des Radverkehrskonzepts sowie Durchführung der Vorplanungen. Beantragung von Fördermitteln nach dem Entflechtungsmittelgesetz im Februar 2012. Für den Abschnitt zwischen Kuhforter Damm und Reiherbergstraße wurde mit der Genehmigungsplanung begonnen.</p> <p>zu B.: Abschluss der Machbarkeitsuntersuchung . Derzeit wird als Alternativlösung die Unterbringung der Fahrradstation in die nördliche Tiefgarage des Bahnhofscenters geprüft.</p> <p>zu C.: Beauftragung der Vor- und Genehmigungsplanung zum Uferweg Templiner See. Die Brücke über den Zernsee wird im Rahmen der Fortschreibung des Radverkehrskonzepts von Potsdam als Teil einer Radschnellroute zwischen Potsdam und Werder mit betrachtet.</p>		
<p>Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung</p>	<p>zu A: Förderung des Radwegebaus zur Erschließung Golms zu B: Finanzielle Unterstützung bei der Errichtung einer Fahrradstation am Hauptbahnhof Potsdam. zu C: Förderung von Infrastruktur- und sonstigen Maßnahmen.</p>		

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	Potsdam		
Titel der Maßnahme	Verlegung Landesstraße L78		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
			X
Beschreibung der Maßnahme	Verlegung der L78 (bisher Heinrich-Mann-Allee - Ortsdurchfahrt in Bergholz Rehbrücke) auf die Verlängerung der Wetzlarer Straße (Südteil) mit kreuzungsfreier Bahnquerung (Brücke oder Tunnel) und Führung durch das Industriegebiet Potsdam Süd bis zur BAB 115. Eine Erhöhung des positiven Effektes der Maßnahme ergibt sich durch die ebenfalls neu angemeldete Maßnahme „Verlängerung Wetzlarer Straße“, die eine Verbindung der Medienstadt und des Gewerbegebietes Babelsberg mit dem Industriegebiet Süd ermöglicht.		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	Engpassfaktor Innerstädtische Verkehrssituation (SEK 2006, S. 33), Handlungsschwerpunkt Verbesserte Erreichbarkeit und Anbindung im Schienen- und Straßenverkehr (SEK, S. 35) durch die kreuzungsfreie Anbindung des Industriegebietes. Beitrag zur Minderung der innerstädtischen Verkehrsbelastung (SEK, S. 32), mit deutlicher Wirkung auch für die Nachbargemeinde Nuthetal und die Region.		
Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Auswirkung für Potsdam: Bessere Anbindung des Industriegebiets Potsdam Süd an das städtische Verkehrsnetz. Verkehrliche Entlastung städtischer Straßen, z.B. der Drewitzer Straße und damit somit Verkehrsberuhigung und Erhöhung der Verkehrssicherheit in Wohngebieten, wesentliche Reduzierung des Schwerverkehres auf innerstädtischem Straßennetz. Auswirkung für die Region, insbesondere die Gemeinde Nuthetal: Verbesserte Anbindung Nuthetals und der Region an den RWK Potsdam (Entfall eines Bahnübergangs mit Wartezeit) Verkehrliche Entlastung der Arthur-Scheunert-Allee vom Durchgangsverkehr (aktuell hohe Verkehrsauslastung, starke Trennwirkung, hohe Lärm- und Feinstaubbelastung, Unfallhäufungen). Bessere Erschließung des Gewerbegebiets der Gemeinde Nuthetal („Spezialbaugelände“) an das übergeordnete Straßennetz möglich.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
	11-15 Mio. EUR je nach Variante (Brücke oder Tunnel), 9,8 Mio. EUR nach LStrBPI	Vollfinanzierung auf Nuthetaler Gemeindegebiet, Förderung auf Potsdamer Stadtgebiet, Höhe abhängig von Variante und Förderkonditionen	für Teilmaßnahme auf Potsdamer Stadtgebiet, abhängig von Variante und Förderkonditionen. Priorisierung nach L40.
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	Machbarkeitsuntersuchung und erste Kostenschätzung liegt vor, die Planung ist mit der Gemeinde Nuthetal abgestimmt. In der zweiten Lesung am 23.06.2011 hat der brandenburgische Landtag den Landesstraßenbedarfsplan (LStrBPI 2010 – 2024) verabschiedet. Darin ist die Maßnahme „Verlegung L78 in Potsdam-Rehbrücke“ enthalten.		

Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung	Prioritäre Umsetzung durch Einleitung Planverfahren und Bau (Landesbetrieb Straßenwesen), Förderung auf Potsdamer Stadtgebiet. Bei Beginn des Planfeststellungsverfahrens 2013 wäre der Bau ab 2015 möglich.
--	--

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	Potsdam		
Titel der Maßnahme	Verlängerung Wetzlarer Straße		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
			X
Beschreibung der Maßnahme	Verlängerung der Wetzlarer Straße (Nordteil) zwischen L 78 neu und Nutheschnellstraße. Eine Erhöhung des positiven Effektes der Maßnahme ergibt sich durch die ebenfalls neu angemeldete Maßnahme „Verlegung Landessstraße L78“, die eine leistungsfähige Anbindung an das Industriegebiet und die Gemeinde Nuthetal ermöglicht.		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	Engpassfaktor Innerstädtische Verkehrssituation (SEK 2006, S. 33), Handlungsschwerpunkt Verbesserte Erreichbarkeit und Anbindung im Schienen- und Straßenverkehr (SEK, S. 35) durch die bisher fehlende Tangentialverbindung. Beitrag zur Minderung der innerstädtischen Verkehrsbelastung (SEK, S. 32), mit deutlicher Wirkung auch für die Nachbargemeinde Nuthetal. Beitrag zum Ziel der Verknüpfung Wirtschaft und Wissenschaft durch bessere Verbindung der Medienstadt mit dem Industriegebiet. (SEK, S. 37)		
Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Bessere Anbindung des Industriegebiets Potsdam Süd an das städtische Verkehrsnetz, Verbindung mit der Medienstadt und dem Gewerbegebiet Babelsberg Süd und dem Nuthetaler Spezialbaugelände. Die Straße ermöglicht auch die gewerbliche Entwicklung der Flächen zwischen Nutheschnellstraße und Heinrich-Mann-Allee. In der Untersuchung des BKF Medien im Rahmen der Technischen Hilfe ist ein erhöhter Bedarf auch an klassischen Gewerbeflächen im BKF festgestellt worden, z.B. Tischler oder Schlosserbetriebe für den Kulissenbau. Diese sind in der Medienstadt aufgrund der Emissionen und Bodenpreise kaum möglich. Die Verbindung zwischen Medienstadt und Industriegebiet bietet hier eine Entwicklungschance. Verkehrliche Entlastung städtischer Straßen, z.B. der Ortsdurchfahrt Drewitz und somit Verkehrsberuhigung und Erhöhung der Verkehrssicherheit in Wohngebieten, wesentliche Reduzierung des Schwerverkehres auf innerstädtischem Straßennetz.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
	2 Mio. EUR	abhängig von Förderkonditionen	abhängig von Förderkonditionen
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	Machbarkeitsuntersuchung und erste Kostenschätzung liegt vor. Interesse Eigentümer an gewerblicher Entwicklung entlang der Wetzlarer Straße ist vorhanden , erste Nutzungsskizzen mit Stadt diskutiert.		
Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung	Finanzielle Förderung		



Landeshauptstadt
Potsdam

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0542

Betreff:
Garagenstandortkonzept bzgl. DS 12/SVV/0292

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 12/SVV/0292

Einreicher: FB Stadtplanung und Stadterneuerung	Erstellungsdatum	09.08.2012
	Eingang 902:	10.08.2012
	4/46	

Beratungsfolge:	
Datum der Sitzung	Gremium
22.08.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung: Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Mit Beschluss vom 02.05.2012 zur Drucksache 12/SVV/0292 hat die Stadtverordnetenversammlung die Verwaltung beauftragt, einen Bericht zur Umsetzung des am 04.03.2009 unter der Drucksachennummer 08/SVV/1026 beschlossenen Garagenstandortkonzeptes zu geben.

Der jeweilige Sachstand zu den seinerzeit in städtischem Eigentum befindlichen Garagenanlagen lässt sich am einfachsten übersichtlich darstellen, indem die wesentlichen Eckdaten der Standorte, die seinerzeitigen Festlegungen sowie die dort dokumentierten Handlungsbedarfe den Sachständen im Hinblick auf die aktuelle Grundstücksverwaltung und die Grundstücksverwertung gegenüber gestellt werden. Diese Übersicht ist in **Anlage 1** beigefügt.

Unter Punkt 3 des SVV-Beschlusses DS Nr. 08/SVV/1026 wurde festgelegt, dass etwaige Orientierungen für Gesellschafterbeschlüsse bei der Verwertung von Garagenstandorten, die bereits an die ProPotsdam veräußert worden sind, der jeweiligen Beratung im Hauptausschuss vorbehalten bleiben. Hierzu ist auszuführen, dass sämtliche Grundstücksgeschäfte der ProPotsdam GmbH - Erwerb, dingliche Belastung und Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten - vor Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung der ProPotsdam GmbH dem Hauptausschuss zur Kenntnis gegeben werden und der Hauptausschuss damit die Gelegenheit hat, dem Gesellschaftervertreter hierzu Hinweise zu geben.

Seit Beschluss über das Garagenstandortkonzept betraf ein Grundstücksgeschäft der ProPotsdam GmbH ein Garagengrundstück. Es handelte sich um den Verkauf des Garagengrundstückes Laplacing an einen Garagenverein. Dem Hauptausschuss wurde der beabsichtigte Gesellschafterbeschluss vor Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung der ProPotsdam GmbH am 21.12.2011 zur Kenntnis gegeben (DS Nr. 11/SVV/0972). Anmerkungen zum Verkauf gab es laut Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses am 21.12.2011 nicht.

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Anlage:

Dokumentation 14 Einzelstandorte (7 Seiten)

Garagenstandortkonzept
Dokumentation der Einzelstandorte **Umsetzungsstand 2012**

Standort	Templiner Straße
Fläche	1.447 m ²
Anzahl Garagen	51
Eigentumssituation Garagen 2008	Verein – Garagengemeinschaft „Templiner Straße e.V.“ (31 Ga) LHP (20 Garagen)
Planungsrechtliche Bewertung Planerische Ziele 2008	Allenfalls im Bestand verwertbar Grünfläche / Sportnutzung, Alternative zum Bestand nur Abriss
Festlegung Beschluss 04.03.2009 DS 08/SVV/1026	1. Verkauf an Nutzer zum Verkehrswert 2. Verkauf an Dritte zum Verkehrswert unter Beibehaltung der Garagennutzung
Handlungsbedarf 2008	1. Erstellung Verkehrswertgutachten durch einen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen 2. Kaufpreisangebot an die Nutzer auf der Basis des Verkehrswertgutachtens
Sachstand Grundstücksverwaltung 2012	Die Verwaltung wurde mit Verkauf des Grundstücks an die Nutzer durch den KIS beendet
Sachstand Grundstücksverwertung 2012	Mit Kaufvertrag P 546/2010 der Notarin Sabine Popp vom 21.05.2010 an die Nutzer zum Verkehrswert veräußert.

Garagenstandortkonzept
Dokumentation der Einzelstandorte **Umsetzungsstand 2012**

Standort	Hans-Sachs-Straße
Fläche	Ca. 3.000 m ²
Anzahl Garagen	48
Eigentumssituation Garagen 2008	LHP (6 Garagen) Nutzer (42 Garagen)
Planungsrechtliche Bewertung Planerische Ziele 2008	Allenfalls im Bestand verwertbar Grünfläche / Sportnutzung, Alternative zum Bestand nur Abriss
Festlegung Beschluss 04.03.2009 DS 08/SVV/1026	1. Verkauf an Nutzer zum Verkehrswert 2. Verkauf an Dritte zum Verkehrswert unter Beibehaltung der Garagennutzung
Handlungsbedarf 2008	1. Erstellung Verkehrswertgutachten durch einen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen 2. Kaufpreisangebot an die Nutzer auf der Basis des Verkehrswertgutachtens
Sachstand Grundstücksverwaltung 2012	Die Verwaltung der Garagen wurde zum 30.06.2012 durch den KIS beendet, da die Verwaltung zum 01.07.2012 an die Pro Potsdam übergeben wurde.
Sachstand Grundstücksverwertung 2012	Garagennutzer haben Kauf zum Verkehrswert abgelehnt. Da die Erschließung des Garagengrundstücks nur über das private Grundstück der WBG 1903 möglich ist und diese die weitere Zuwegung über ihr Grundstück verweigert hat, werden z.Zt. Kaufverhandlungen mit der WBG 1903 geführt. Zugleich soll auch die Zuwegung des anliegenden Spiel- und des Sportplatzes gesichert werden.

Garagenstandortkonzept
Dokumentation der Einzelstandorte **Umsetzungsstand 2012**

Standort	Knobelsdorffstraße
Fläche	4.248 m ²
Anzahl Garagen	103
Eigentumssituation Garagen 2008	LHP (17 Garagen) Garagengemeinschaft „Potsdam West“ (86 Garagen)
Planungsrechtliche Bewertung Planerische Ziele 2008	Allenfalls im Bestand verwertbar Höherwertige Nutzung wegen Lage am Bahndamm ausgeschlossen
Festlegung Beschluss 04.03.2009 DS 08/SVV/1026	1. Verkauf an Nutzer zum Verkehrswert 2. Verkauf an Dritte zum Verkehrswert unter Beibehaltung der Garagennutzung
Handlungsbedarf 2008	1. Erstellung Verkehrswertgutachten durch einen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen 2. Kaufpreisangebot an die Nutzer auf der Basis des Verkehrswertgutachtens
Sachstand Grundstücksverwaltung 2012	Die Verwaltung der Garagen wurde zum 30.06.2012 durch den KIS beendet, da die Verwaltung zum 01.07.2012 an die Pro Potsdam übergeben wurde.
Sachstand Grundstücksverwertung 2012	Garagennutzer haben Kauf zum Verkehrswert abgelehnt. Verkauf an Dritte im Rahmen einer Höchstgebotsausschreibung wird vorbereitet.

Garagenstandortkonzept
Dokumentation der Einzelstandorte **Umsetzungsstand 2012**

Standort	Maybachstraße
Fläche	3.385 m ²
Anzahl Garagen	30
Eigentumssituation Garagen 2008	LHP (2 Garagen) Garagengemeinschaft „Maybachstraße“ (28 Garagen)
Planungsrechtliche Bewertung Planerische Ziele 2008	Allenfalls im Bestand verwertbar Höherwertige Nutzung wegen Lage am Bahndamm ausgeschlossen
Festlegung Beschluss 04.03.2009 DS 08/SVV/1026	1. Verkauf an Nutzer zum Verkehrswert 2. Verkauf an Dritte zum Verkehrswert unter Beibehaltung der Garagennutzung
Handlungsbedarf 2008	1. Erstellung Verkehrswertgutachten durch einen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen 2. Kaufpreisangebot an die Nutzer auf der Basis des Verkehrswertgutachtens
Sachstand Grundstücksverwaltung 2012	Die Verwaltung der Garagen wurde zum 30.06.2012 durch den KIS beendet, da die Verwaltung zum 01.07.2012 an die Pro Potsdam übergeben wurde.
Sachstand Grundstücksverwertung 2012	Garagennutzer sind grundsätzlich am Kauf interessiert. Innerhalb des Garagenkomplexes befindet sich ein privates Flurstück. Die Garagennutzer wollen auch dieses Flurstück zusammen mit den städtischen Flächen kaufen. Zur Klärung des Verkaufs des privaten Grundstücks an die Garagennutzer wurde seitens der LHP und der Garagennutzer Kontakt mit dem Nachlasspfleger der Erbengemeinschaft aufgenommen. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor.

Garagenstandortkonzept
Dokumentation der Einzelstandorte **Umsetzungsstand 2012**

Standort	Turmstraße 20 / Im Schäferfeld
Fläche	2.470 m ²
Anzahl Garagen	67
Eigentumssituation Garagen 2008	LHP (8 Garagen) Garagengemeinschaft „Stern-Schäferfeld“ (59 Garagen)
Planungsrechtliche Bewertung Planerische Ziele 2008	Uneingeschränkt verwertbar, § 34 BauGB Wohnen (Einfamilienhausgrundstücke)
Festlegung Beschluss 04.03.2009 DS 08/SVV/1026	1. Verkauf an Nutzer zum Verkehrswert 2. Verkauf an Dritte zum Verkehrswert
Handlungsbedarf 2008	1. Erstellung Verkehrswertgutachten durch einen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen 2. Kaufpreisangebot an die Nutzer auf der Basis des Verkehrswertgutachtens
Sachstand Grundstücksverwaltung 2012	Die Verwaltung wurde mit Verkauf des Grundstücks an die Nutzer durch den KIS beendet
Sachstand Grundstücksverwertung 2012	Mit Kaufvertrag P 395/2011 des Notars Dr. Wolfgang Probandt vom 20.09.2011 an die Nutzer zum Verkehrswert verkauft.

Garagenstandortkonzept
Dokumentation der Einzelstandorte **Umsetzungsstand 2012**

Standort	Burgstraße
Fläche	Ca. 2.911 m ²
Anzahl Garagen	45
Eigentumssituation Garagen 2008	Verein – Garagengemeinschaft „Burgstraße“
Planungsrechtliche Bewertung Planerische Ziele 2008	Uneingeschränkt verwertbar, § 34 BauGB Wohnen (Geschosswohnungsbau)
Festlegung Beschluss 04.03.2009 DS 08/SVV/1026	1. Verkauf des Grundstückes zur Wohnbebauung an Dritte 2. Der Erwerber soll die zu errichtenden notwendigen Stellplätze vorrangig an die bisherigen Nutzer zu Marktpreisen anbieten. Die Möglichkeit weiterer Parkplätze im öffentlichen Raum soll geprüft werden
Handlungsbedarf 2008	Suche nach Träger Geschosswohnungsbau
Sachstand Grundstücksverwaltung 2012	Die Verwaltung der Garagen wurde zum 30.06.2012 durch den KIS beendet, da die Verwaltung zum 01.07.2012 an die Pro Potsdam übergeben wurde.
Sachstand Grundstücksverwertung 2012	Gegenwärtig wird in Vorbereitung des Verkaufs an Dritte im Wege einer Höchstgebotsausschreibung durch 471 die Möglichkeit zur Schaffung weiterer Parkplätze im öffentlichen Raum geprüft. Gleichzeitig werden für die Erstellung des Verkaufsexposés die aktuellen Rahmenbedingungen zur Veräußerung zusammengestellt.

Garagenstandortkonzept
Dokumentation der Einzelstandorte **Umsetzungsstand 2012**

Standort	Gluckstraße
Fläche	2.131 m ²
Anzahl Garagen	42
Eigentumssituation Garagen 2008	LHP (36 Garagen) Nutzer (6 Garagen)
Planungsrechtliche Bewertung Planerische Ziele 2008	Uneingeschränkt verwertbar, § 34 BauGB Wohnen (Geschosswohnungsbau)
Festlegung Beschluss 04.03.2009 DS 08/SVV/1026	1. Verwertung nach 3 Jahren 2. Ortsnahe Nutzer zu den Standorten Gluckstraße / Patrizierweg und Mittelbusch verlagern (siehe dort)
Handlungsbedarf 2008	Suche nach Träger Geschosswohnungsbau
Sachstand Grundstücksverwaltung 2012	Die Verwaltung der Garagen wurde zum 30.06.2012 durch den KIS beendet, da die Verwaltung zum 01.07.2012 an die Pro Potsdam übergeben wurde.
Sachstand Grundstücksverwertung 2012	Noch nicht in Bearbeitung.

Garagenstandortkonzept
Dokumentation der Einzelstandorte **Umsetzungsstand 2012**

Standort	Gluckstraße / Patrizierweg
Fläche	3.679 m ²
Anzahl Garagen	73
Eigentumssituation Garagen 2008	Nutzer
Planungsrechtliche Bewertung Planerische Ziele 2008	Uneingeschränkt verwertbar, § 34 BauGB Wohnen (Geschosswohnungsbau)
Festlegung Beschluss 04.03.2009 DS 08/SVV/1026	1. Verwertung nach frühestens 5 Jahren 2. Ortsnahe Nutzer vom Standort Gluckstraße können zwischenzeitlich vorzugsweise freiwerdende Garagen nutzen.
Handlungsbedarf 2008	Verlagerungsmöglichkeit verbleibender Nutzer in den Komplex Mittelbusch prüfen und freie Garagen dort bevorzugt zur Verlagerung anbieten Mittelfristig Suche nach Träger für Geschosswohnungsbau
Sachstand Grundstücksverwaltung 2012	Die Verwaltung der Garagen wurde zum 30.06.2012 durch den KIS beendet, da die Verwaltung zum 01.07.2012 an die Pro Potsdam übergeben wurde.
Sachstand Grundstücksverwertung 2012	Noch nicht in Bearbeitung.

**Garagenstandortkonzept
Dokumentation der Einzelstandorte Umsetzungsstand 2012**

Standort	Unter den Eichen / Meisenweg
Fläche	Ca. 9.293 m²
Anzahl Garagen	221
Eigentumssituation Garagen 2008	LHP (4 Garagen) Verein – Garagengemeinschaft „Unter den Eichen“ e.V. (160 Ga) Verein – Garagenverein Meisenweg e.V. (57 Garagen)
Planungsrechtliche Bewertung Planerische Ziele 2008	Nur mit Schaffung von Planungsrecht verwertbar Wohnen (Geschosswohnungsbau), Erschließung derzeit nicht gesichert
Festlegung Beschluss 04.03.2009 DS 08/SVV/1026	Standorterhaltung für mindestens 10 Jahre unter Auffüllung durch Nutzer der Standorte Tiroler Damm
Handlungsbedarf 2008	
Sachstand Grundstücksverwaltung 2012	Die Verwaltung der Garagen wurde zum 30.06.2012 durch den KIS beendet, da die Verwaltung zum 01.07.2012 an die Pro Potsdam übergeben wurde.
Sachstand Grundstücksverwertung 2012	Keine Bearbeitung, da mindestens bis 2019 Bestandsschutz.

**Garagenstandortkonzept
Dokumentation der Einzelstandorte Umsetzungsstand 2012**

Standort	Tiroler Damm (beide Standorte)
Fläche	Ca. 2.030 m²
Anzahl Garagen	51
Eigentumssituation Garagen 2008	LHP (6 Garagen) Nutzer (45 Garagen)
Planungsrechtliche Bewertung Planerische Ziele 2008	Teilweise nicht verwertbare Erschließungsfläche, allenfalls im Bestand verwertbar, erheblicher Baumbestand Flurstücksteilung entspricht nicht tatsächlicher Nutzungsgrenze, Grundstücksneuordnung und Bereinigung nach Konzept
Festlegung Beschluss 04.03.2009 DS 08/SVV/1026	Vertragliche Sicherung für einen Zeitraum von 10 Jahren (d.h. bis 2019) Die Empfehlung des Arbeitskreises Garagenstandortkonzept, eine Grundstücksneuordnung ist nicht in Angriff zu nehmen.
Handlungsbedarf 2008	Entfällt gemäß Festlegung
Sachstand Grundstücksverwaltung 2012	Die Verwaltung der Garagen wurde zum 30.06.2012 durch den KIS beendet, da die Verwaltung zum 01.07.2012 an die Pro Potsdam übergeben wurde.
Sachstand Grundstücksverwertung 2012	Keine Bearbeitung, da bis mindestens 2019 Bestandsschutz.

Garagenstandortkonzept
Dokumentation der Einzelstandorte **Umsetzungsstand 2012**

Standort	Wiesenstraße 13
Fläche	Ca. 600 m ²
Anzahl Garagen	13
Eigentumssituation Garagen 2008	LHP (1 Garage) Garagentgemeinschaft „Wiesenstraße 13“ (12 Garagen)
Planungsrechtliche Bewertung Planerische Ziele 2008	Uneingeschränkt verwertbar, § 34 BauGB Gewerbe
Festlegung Beschluss 04.03.2009 DS 08/SVV/1026	1. Verkauf an Nutzer zum Verkehrswert 2. Verkauf an Dritte zum Verkehrswert
Handlungsbedarf 2008	1. Erstellung Verkehrswertgutachten durch einen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen 2. Kaufpreisangebot an die Nutzer auf der Basis des Verkehrswertgutachtens
Sachstand Grundstücksverwaltung 2012	Die Verwaltung der Garagen wurde zum 30.06.2012 durch den KIS beendet, da die Verwaltung zum 01.07.2012 an die Pro Potsdam übergeben wurde.
Sachstand Grundstücksverwertung 2012	Nutzer haben kein Kaufinteresse, daher Verkauf an Dritte im Wege einer Höchstgebotsausschreibung erforderlich. Diese wird für 2013 vorbereitet.

Garagenstandortkonzept
Dokumentation der Einzelstandorte **Umsetzungsstand 2012**

Standort	Forststraße
Fläche	Ca. 3.700 m ²
Anzahl Garagen	92
Eigentumssituation Garagen 2008	LHP (20 Garagen) Nutzer (72 Garagen)
Planungsrechtliche Bewertung Planerische Ziele 2008	Eingeschränkt verwertbar, § 34 BauGB Beeinträchtigung durch EWP-Station Wohnen oder Mischnutzung, Rücksichtnahme auf WR nördlich
Festlegung Beschluss 04.03.2009 DS 08/SVV/1026	1. Verkauf an Nutzer zum Verkehrswert 2. Verkauf an Dritte zum Verkehrswert
Handlungsbedarf 2008	1. Erstellung Verkehrswertgutachten durch einen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen 2. Kaufpreisangebot an die Nutzer auf der Basis des Verkehrswertgutachtens
Sachstand Grundstücksverwaltung 2012	Die Verwaltung der Garagen wurde zum 30.06.2012 durch den KIS beendet, da die Verwaltung zum 01.07.2012 an die Pro Potsdam übergeben wurde.
Sachstand Grundstücksverwertung 2012	Die Beschlussvorlage für den Hauptausschuss mit dem Vorschlag, den Garagenstandort an die Nutzer zum Verkehrswert in Höhe von 240.000,00 € zu veräußern, befindet sich im Geschäftsgang. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

Garagenstandortkonzept
Dokumentation der Einzelstandorte **Umsetzungsstand 2012**

Standort	Auf dem Kiewitt
Fläche	4.209 m ²
Anzahl Garagen	118
Eigentumssituation Garagen 2008	Verein – Garagengemeinschaft „Auf dem Kiewitt“ e.V.
Planungsrechtliche Bewertung Planerische Ziele 2008	Tangiert durch ISES-Planung, Grundstückszuschnitt erlaubt keine Verwertung als Einzelgrundstück, nur nördlicher Teil bei Zusammenlegung mit Nachbargrundstück nutzbar, § 34 BauGB Nichtstörendes Gewerbe
Festlegung Beschluss 04.03.2009 DS 08/SVV/1026	Aufgrund ISES-Planung halten im Bestand (mindestens noch 5 Jahre) Nach Entscheid in Sachen ISES erneute Prüfung
Handlungsbedarf 2008	
Sachstand Grundstücksverwaltung 2012	Die Verwaltung der Garagen wurde zum 30.06.2012 durch den KIS beendet, da die Verwaltung zum 01.07.2012 an die Pro Potsdam übergeben wurde.
Sachstand Grundstücksverwertung 2012	Hier bleibt der Entscheid in Sachen ISES abzuwarten und die damit verbundene Entscheidung über den weiteren Umgang mit dem Standort.

Garagenstandortkonzept
Dokumentation der Einzelstandorte **Umsetzungsstand 2012**

Standort	Am Mittelbusch 400 A I und A II
Fläche	Ca. 27.627 m ²
Anzahl Garagen	746
Eigentumssituation Garagen 2008	Verein – Garagenkomplex am Stern e.V. (252 Garagen) LHP (147 Garagen) Nutzer (347 Garagen)
Planungsrechtliche Bewertung Planerische Ziele 2008	Wohnbaufläche – Entwicklung nur mit Schaffung Planungsrecht Planung eingestellt gemäß Beschluss 08/SVV/0107 vom 02.04.2008
Festlegung Beschluss 04.03.2009 DS 08/SVV/1026	Kein Bedarf – siehe Beschluss 08/SVV/0107 vom 02.04.2008
Handlungsbedarf 2008	Verlagerungsmöglichkeit verbleibender Nutzer aus den Komplexen Glückstraße und Glückstraße/Patrizierweg prüfen und freie Garagen bevorzugt zur Verlagerung von dort anbieten
Sachstand Grundstücksverwaltung 2012	Die Verwaltung der Garagen wurde zum 30.06.2012 durch den KIS beendet, da die Verwaltung zum 01.07.2012 an die Pro Potsdam übergeben wurde.
Sachstand Grundstücksverwertung 2012	Keine Verkaufsbemühungen aufgrund Beschluss 08/SVV/0107 vom 02.04.2008.